

GEMEENSCHAPS- EN GEWESTREGERINGEN
GOUVERNEMENTS DE COMMUNAUTE ET DE REGION
GEMEINSCHAFTS- UND REGIONALREGIERUNGEN

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2016/202856]

25. APRIL 2016 — Dekret über Maßnahmen im Beschäftigungsbereich TITEL

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL 1 — Abänderung des Erlassgesetzes vom 28. Dezember 1944 über die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer

Artikel 1 - Artikel 7 des Erlassgesetzes vom 28. Dezember 1944 über die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 23. April 2015, wird wie folgt abgeändert:

1. In Paragraph 1 Absatz 3, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 26. Dezember 2013, werden die Buchstaben *r*), *w*) und *zc*) aufgehoben.

2. Folgender Paragraph 1novies wird eingefügt:

" § 1novies - Die in Paragraph 1 Absatz 3 Buchstaben *i*) und *p*) erwähnte Ermächtigung erlaubt nicht das Ergreifen von Maßnahmen im Hinblick auf die Auszahlung folgender Prämien, Zulagen oder Zuschläge:

1. die Niederlassungsunterstützung;
2. der Mobilitätszuschlag;
3. die LBA-Ausbildungsprämie;
4. die Übergangsprämie."

Art. 2 - Artikel 8 desselben Erlassgesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 30. März 1994 und zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 22. Dezember 2008, wird wie folgt abgeändert:

1. In Paragraph 1 Absatz 1 wird die Wortfolge "Landesamt für Arbeitsbeschaffung" durch die Wortfolge "Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft" ersetzt und derselbe Absatz wie folgt ergänzt:

"Jede lokale Beschäftigungsagentur muss von der Regierung anerkannt werden, bevor sie ihre Aktivitäten ausüben darf."

2. In Paragraph 1 Absatz 3 wird die Wortfolge "Der König" durch die Wortfolge "Die Regierung" ersetzt.

3. In Paragraph 2 Absatz 4, ersetzt durch das Gesetz vom 7. April 1999, wird die Wortfolge "Der König" durch die Wortfolge "Die Regierung" ersetzt.

4. In Paragraph 2 Absatz 5, ersetzt durch das Gesetz vom 7. April 1999 und zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 27. Dezember 2005, werden die Wortfolgen "Durch einen im Ministerrat beratenen Erlass legt der König" und "Durch einen im Ministerrat beratenen Erlass legt Er" bzw. das Wort "Er" mit den entsprechenden grammatikalischen Anpassungen jeweils durch die Wortfolgen "Die Regierung legt" und "Sie legt" bzw. das Wort "Sie" ersetzt.

5. In Paragraph 3 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe *a*), ersetzt durch das Gesetz vom 2. Januar 2001, wird die Wortfolge "Gesetz vom 7. August 1974 zur Einführung des Rechts auf ein Existenzminimum vorgesehene Existenzminimum" durch die Wortfolge "Gesetz vom 26. Mai 2002 über das Recht auf soziale Eingliederung vorgesehene Eingliederungseinkommen" ersetzt.

6. In Paragraph 3 Absatz 2 wird die Wortfolge "Der König" jeweils durch die Wortfolge "Die Regierung" ersetzt.

7. In Paragraph 3 Absatz 3, ersetzt durch das Gesetz vom 7. April 1999, wird die Wortfolge "Durch einen im Ministerrat beratenen Erlass legt der König" durch die Wortfolge "Die Regierung legt" ersetzt.

8. In Paragraph 4 Absatz 1, ersetzt durch das Gesetz vom 7. April 1999 und abgeändert durch das Gesetz vom 22. Dezember 2008, wird die Wortfolge "Durch einen im Ministerrat beratenen Erlass bestimmt der König" bzw. das Wort "Er" durch die Wortfolge "Die Regierung bestimmt" bzw. das Wort "sie" ersetzt.

9. In Paragraph 5, abgeändert durch das Gesetz vom 7. April 1999, werden die Wortfolgen "vom König" bzw. "Landesamt für Arbeitsbeschaffung" durch die Wortfolgen "von der Regierung" bzw. "Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft" ersetzt.

10. In Paragraph 6 Absatz 1 wird die Wortfolge "Der König" durch die Wortfolge "Die Regierung" ersetzt.

11. In Paragraph 6, abgeändert durch die Gesetze vom 7. April 1999 und vom 5. März 2002, werden die Absätze 2, 3 und 4 aufgehoben.

12. In Paragraph 6 Absatz 5, eingefügt durch das Gesetz vom 5. März 2002, wird die Wortfolge "Der König kann gemäß den von Ihm festgelegten Bedingungen und Modalitäten das Landesamt für Arbeitsbeschaffung mit der Kontrolle der Einnahmen und Ausgaben der lokalen Beschäftigungsagenturen beauftragen und vorsehen" durch die Wortfolge "Die Regierung legt die Bedingungen und Modalitäten der Kontrolle der Einnahmen und Ausgaben der lokalen Beschäftigungsagenturen fest. Sie kann vorsehen" ersetzt.

13. In Paragraph 8, eingefügt durch das Gesetz vom 5. März 2002, wird die Wortfolge "Der König" bzw. das Wort "Er" durch die Wortfolge "Die Regierung" bzw. das Wort "Sie" ersetzt.

14. In Paragraph 11 Absatz 1, eingefügt durch das Gesetz vom 8. April 2003, wird die Wortfolge "Landesamt für Arbeitsbeschaffung" durch die Wortfolge "Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft" ersetzt.

Art. 3 - In Artikel 8ter Absätze 1 und 2 desselben Erlassgesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 29. März 2012, werden die Wortfolgen "Landesamt für Arbeitsbeschaffung" bzw. "vom König" jeweils durch die Wortfolgen "Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft" bzw. "von der Regierung" ersetzt.

Art. 4 - In Artikel 9 desselben Erlassgesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 30. März 1994, wird die Wortfolge "vom König" durch die Wortfolge "von der Regierung" ersetzt.

KAPITEL 2 — Abänderung des Erlassgesetzes vom 7. Februar 1945
über die soziale Sicherheit der Seeleute der Handelsmarine

Art. 5 - Artikel 3 § 1 des Erlassgesetzes vom 7. Februar 1945 über die soziale Sicherheit der Seeleute der Handelsmarine, ersetzt durch das Gesetz vom 12. August 2000, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 3 werden die Wortfolgen "par l'armateur et/ou" und "door de reder en/of" jeweils gestrichen.
2. Die Absätze 4, 5 und 6 werden aufgehoben.

Kapitel 3 - Abänderung des Gesetzes vom 19. Februar 1965 über die Ausübung seitens Ausländer von Berufstätigkeiten als Selbständige

Art. 6 - Im Gesetz vom 19. Februar 1965 über die Ausübung seitens Ausländer von Berufstätigkeiten als Selbständige, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 1. März 2007, werden die Wortfolgen "der König" und "vom König" bzw. das Wort "Er" mit den entsprechenden grammatikalischen Anpassungen jeweils durch die Wortfolgen "die Regierung", "von der Regierung" bzw. durch das Wort "sie" ersetzt.

Art. 7 - In Artikel 1 Absatz 1 desselben Gesetzes, ersetzt durch das Gesetz vom 2. Februar 2001, wird die Wortfolge "Staatsgebiet des Königreichs" durch die Wortfolge "deutschen Sprachgebiet" ersetzt.

Art. 8 - Artikel 2 Absatz 2 desselben Gesetzes, ersetzt durch das Gesetz vom 2. Februar 2001, wird aufgehoben.

Art. 9 - Artikel 3 desselben Gesetzes, ersetzt durch das Gesetz vom 28. Juni 1984 und abgeändert durch die Gesetze vom 2. Februar 2001, 1. Mai 2006 und 1. März 2007, wird wie folgt abgeändert:

1. In Paragraph 1 Absatz 1 wird die Wortfolge "von dem vom Minister des Mittelstands bestimmten beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "von der Regierung" ersetzt.

2. In Paragraph 1 Absatz 2 wird die Wortfolge "von dem zu diesem Zweck beauftragten Beamten, der in Absatz 1 erwähnt ist," durch die Wortfolge "von ihr" ersetzt.

3. In Paragraph 3 wird nach Absatz 1 folgender Absatz eingefügt:

"Ein Antrag auf Erhalt, Verlängerung oder Erneuerung einer Berufskarte entspricht insbesondere dann nicht den Zulässigkeitsbedingungen, wenn:

1. der Antrag unvollständige oder unrichtige Angaben enthält oder enthalten hat oder wenn die im Gesetz oder in seinen Ausführungserlassen vermerkten Bedingungen nicht erfüllt sind;
2. die selbstständige Beschäftigung entweder gegen die öffentliche Ordnung, gegen die öffentliche Sicherheit oder gegen die Gesetze, Dekrete und Verordnungen oder die internationalen Vereinbarungen und Abkommen in Angelegenheiten der Anwerbung und Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer verstößt;
3. Gründe der öffentlichen Ordnung oder der öffentlichen Sicherheit, die auf der persönlichen Verhaltensweise des Antragstellers beruhen, es erforderlich machen;
4. der Antragsteller gegen das Sozialstatut der Selbstständigen verstößt oder die Antragslage darauf schließen lässt, dass der Antragsteller in der Folge im Rahmen einer abhängigen Beschäftigung beschäftigt wird;
5. der Antragsteller oder die juristische Person, an der er gegebenenfalls beteiligt ist, nicht die Bedingungen für den Zugang zum Beruf bzw. zu der Aktivität erfüllt oder erfüllen wird;
6. ein wirtschaftliches Projekt betroffen ist, bei dem das Einkommen aus der selbstständigen Beschäftigung es dem Antragsteller nicht erlaubt, für seinen Unterhalt oder den seiner Familie zu sorgen;
7. die in Artikel 4 § 1 aufgeführte Bedingung nicht eingehalten ist."

Art. 10 - Artikel 6 desselben Gesetzes, ersetzt durch das Gesetz vom 1. Mai 2006, wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 wird durch die folgenden beiden Absätze ersetzt:

"Die Regierung beurteilt:

1. ob der Antrag auf Erhalt, Verlängerung oder Erneuerung einer Berufskarte den Zulässigkeitsbedingungen entspricht;

2. ob insbesondere im Hinblick auf die Förderung der Beschäftigung die Bewilligung des Antrags einen nachhaltigen wirtschaftlichen Mehrwert für die Deutschsprachige Gemeinschaft bietet. Hierbei kann sie sich von externen Sachverständigen für wirtschaftliche Fragestellungen beraten lassen.

Die Regierung kann den Antrag gegebenenfalls unter Auflagen bewilligen."

2. In Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, wird die Wortfolge "vom beauftragten Beamten" gestrichen und die Wortfolge "beim Minister des Mittelstands" durch die Wortfolge "bei der Regierung" ersetzt.

3. Die neuen Absätze 4, 6, 7 und 8 werden aufgehoben.

4. In dem neuen Absatz 5 wird die Wortfolge "Der Minister des Mittelstands fasst seinen Beschluss" durch die Wortfolge "Die Regierung fasst ihren Beschluss" ersetzt und die Wortfolge "der Stellungnahme des Rates für Wirtschaftliche Untersuchung in Sachen Ausländer" durch die Wortfolge "der Beschwerde" ersetzt.

Art. 11 - Artikel 7 desselben Gesetzes, abgeändert durch das Gesetz vom 2. Februar 2001, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird der einleitende Satz durch die Wortfolge "Die Regierung kann die Berufskarte dem Inhaber entziehen:" ersetzt.

2. Absatz 2 wird durch die folgenden Absätze ersetzt:

"Der Ausländer, dem die Berufskarte entzogen worden ist, kann binnen einer Frist von dreißig Kalendertagen ab Kenntnisnahme des Entzugsbeschlusses bei der Regierung eine Beschwerde einreichen.

Die Regierung fasst ihren Beschluss und notifiziert ihn dem Antragsteller binnen zwei Monaten ab Erhalt der Beschwerde."

Art. 12 - Die Artikel 8, abgeändert durch das Gesetz vom 28. Juni 1984, 9, abgeändert durch das Gesetz vom 28. Juni 1984, 10 und 11 desselben Gesetzes werden aufgehoben.

Art. 13 - In Artikel 12 Absatz 1 desselben Gesetzes wird das Wort "fünf" durch die Zahl "15" ersetzt.

Art. 14 - Artikel 13 Absatz 1 desselben Gesetzes, abgeändert durch das Gesetz vom 2. Februar 2001, wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 2 wird aufgehoben.

2. In Nummer 5 wird die Wortfolge "oder dem Rat für Wirtschaftliche Untersuchung in Sachen Ausländer" gestrichen.

Art. 15 - In Artikel 14 Absatz 1 desselben Gesetzes wird die Wortfolge "Nr. 2 bis 5" durch die Wortfolge "Nummern 3 bis 5" ersetzt.

KAPITEL 4 — Abänderung des Gesetzes vom 2. April 1965 bezüglich der Übernahme der von den öffentlichen Sozialhilfezentren gewährten Hilfeleistungen

Art. 16 - Artikel 5 des Gesetzes vom 2. April 1965 bezüglich der Übernahme der von den öffentlichen Sozialhilfezentren gewährten Hilfeleistungen, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 28. April 2010, wird wie folgt abgeändert:

1. In Paragraf 4*bis* Absatz 3, ersetzt durch das Gesetz vom 2. August 2002, wird die Wortfolge "Der König" durch die Wortfolge "Die Regierung" ersetzt.

2. In Paragraf 4*bis* Absatz 4, ersetzt durch das Gesetz vom 2. August 2002, wird das Wort "Er" durch das Wort "sie" ersetzt.

3. In Paragraf 4*ter* Absatz 3, ersetzt durch das Gesetz vom 2. August 2002, wird die Wortfolge "Der König legt durch einen im Ministerrat beratenen Königlichen Erlass" durch die Wortfolge "Die Regierung legt" ersetzt.

KAPITEL 5 — Abänderung des Grundlagengesetzes vom 8. Juli 1976 über die öffentlichen Sozialhilfezentren

Art. 17 - In Artikel 57*quater* des Grundlagengesetzes vom 8. Juli 1976 über die öffentlichen Sozialhilfezentren, ersetzt durch das Gesetz vom 2. August 2002 und abgeändert durch das Gesetz vom 22. Dezember 2003, wird wie folgt abgeändert:

1. In Paragraf 2 werden die Wortfolgen "Le Roi" und "De Koning" jeweils durch die Wortfolge "Die Regierung" ersetzt.

2. In Paragraf 4 werden die Wortfolgen "Le Roi peut, par arrêté délibéré en Conseil des Ministres, dans les conditions qu'il détermine," und "De Koning kan, bij een besluit vastgesteld na overleg in de Ministerraad, onder de voorwaarden die Hij bepaalt," jeweils durch die Wortfolge "Die Regierung kann unter den von ihr festgelegten Bedingungen" ersetzt.

Art. 18 - Artikel 60 § 7 desselben Gesetzes, ersetzt durch das Gesetz vom 24. Dezember 1999 und abgeändert durch das Gesetz vom 2. August 2002, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 3 werden die Wortfolgen "par le ministre compétent pour l'économie sociale" und "door de minister bevoegd voor sociale economie" jeweils durch die Wortfolge "durch die Regierung" ersetzt.

2. In Absatz 4, eingefügt durch das Gesetz vom 2. August 2002, werden die Wortfolgen "le Roi" und "de Koning" jeweils durch die Wortfolge "die Regierung" ersetzt.

KAPITEL 6 — Abänderung des Gesetzes vom 29. Juni 1981 zur Festlegung der allgemeinen Grundsätze der sozialen Sicherheit für Lohnempfänger

Art. 19 - In Artikel 37*ter* § 1 des Gesetzes vom 29. Juni 1981 zur Festlegung der allgemeinen Grundsätze der sozialen Sicherheit für Lohnempfänger, ersetzt durch das Gesetz vom 20. Juli 2005 und abgeändert durch das Gesetz vom 25. April 2014, wird der erste Satz gestrichen.

KAPITEL 7 — Abänderung des Sanierungsgesetzes vom 22. Januar 1985 zur Festlegung sozialer Bestimmungen

Art. 20 - Artikel 108 des Sanierungsgesetzes vom 22. Januar 1985 zur Festlegung sozialer Bestimmungen, abgeändert durch die Gesetze vom 26. März 1999, 2. August 2002 und 30. Dezember 2009, wird wie folgt abgeändert:

1. Paragraf 1 Nummer 2 wird wie folgt ersetzt:

"2. Arbeitgeber, die eine Niederlassungseinheit auf dem deutschen Sprachgebiet besitzen und die in Nummer 1 erwähnten Personen beschäftigen."

2. In Paragraf 4 wird die Wortfolge "Der König kann durch einen im Ministerrat beratenen Erlass und nach Einholung der Stellungnahme des Nationalen Arbeitsrates:" durch die Wortfolge "Die Regierung kann:" ersetzt.

Art. 21 - Artikel 109 desselben Gesetzes, zuletzt abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 11. Februar 2013, wird wie folgt abgeändert:

1. In Paragraf 1 Nummer 1 wird die Wortfolge "Kurse, die vom Staat" durch die Wortfolge "Kurse der in der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten, bezuschussten oder anerkannten Institute für schulische Weiterbildung oder Kurse, die von einer anderen Gemeinschaft" ersetzt.

2. In Paragraf 1 Nummer 2 wird die Wortfolge "vom König" durch die Wortfolge "von der Regierung" ersetzt.

3. In Paragraf 1 Nummer 2*bis*, eingefügt durch den Königlichen Erlass vom 23. Juli 1985, wird die Wortfolge "gemäß Artikel 5*bis* des Gesetzes vom 7. Juli 1970 über die allgemeine Struktur des Hochschulwesens erteilt werden" durch die Wortfolge "erteilt und von der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder einer anderen Gemeinschaft organisiert, bezuschusst oder anerkannt werden" ersetzt.

4. In Paragraf 1 Nummer 3 wird die Wortfolge "gemäß Artikel 5*bis* des Gesetzes vom 7. Juli 1970 über die allgemeine Struktur des Hochschulwesens erteilt werden" durch die Wortfolge "erteilt und von der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder einer anderen Gemeinschaft organisiert, bezuschusst oder anerkannt werden" ersetzt.

5. In Paragraf 1 Nummer 4 Absatz 1, ersetzt durch den Königlichen Erlass vom 23. Juli 1985 und abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 10. August 2005, wird die Wortfolge "an den Universitäten und an den mit Universitäten gleichgesetzten Einrichtungen im Hinblick auf die Erlangung eines gesetzlichen oder wissenschaftlichen Titels, der im Gesetz vom 11. September 1933 über den Schutz der Titel des Hochschulunterrichts erwähnt ist," durch die Wortfolge "an den von der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder einer anderen Gemeinschaft organisierten, bezuschussten oder anerkannten Universitäten und an den mit diesen Universitäten gleichgesetzten Einrichtungen" ersetzt und zwischen die Wortfolgen "am Wochenende an" und "Lehranstalten für Hochschulunterricht" wird die Wortfolge "von der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder einer anderen Gemeinschaft organisierten, bezuschussten oder anerkannten" eingefügt.

6. In Paragraf 1 Nummer 5 wird die Wortfolge "vom König durch einen im Ministerrat beratenen Erlass" durch die Wortfolge "von der Regierung" ersetzt.

7. In Paragraf 1 Nummer 6 wird die Wortfolge "vom König durch einen im Ministerrat beratenen Erlass" durch die Wortfolge "von der Regierung" ersetzt.

8. In Paragraf 1 Nummer 6*bis*, eingefügt durch das Gesetz vom 29. März 2012, wird die Wortfolge "zuständigen regionalen Amt für Berufsbildung" durch die Wortfolge "Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft" ersetzt.

9. In Paragraf 1 Nummer 7 wird die Wortfolge "vor dem staatlichen Prüfungsausschuss, unter Vorbehalt vom König" durch die Wortfolge "vor dem Prüfungsausschuss der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder den Prüfungsausschüssen der anderen Gemeinschaften oder Regionen, unter Vorbehalt von der Regierung" ersetzt.

10. In Paragraf 1 Nummer 7*bis*, eingefügt durch das Gesetz vom 30. Dezember 2001 und abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 11. Februar 2013, wird die Wortfolge "vom König" durch die Wortfolge "von der Regierung" ersetzt.

11. In Paragraf 1 Nummer 8*bis*, eingefügt durch das Gesetz vom 10. Juni 1993, wird die Wortfolge "seitens der Zulassungskommission" gestrichen.

12. In Paragraf 1 Nummer 9 wird die Wortfolge "von der durch Artikel 110 eingerichteten Zulassungskommission" durch die Wortfolge "von der Regierung" ersetzt.

13. Paragraf 2 Absatz 1 Nummer 3 wird aufgehoben.

14. In Paragraf 2 Absatz 2 wird die Wortfolge "dem Ministerium der Beschäftigung und der Arbeit und der Zulassungskommission" durch die Wortfolge "dem für Ausbildung zuständigen Fachbereich des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft" ersetzt.

15. In Paragraf 3, ersetzt durch das Gesetz vom 10. Juni 1993, wird die Wortfolge "Der König kann durch einen im Ministerrat beratenen Erlass und nach Einholung der Stellungnahme der Zulassungskommission" durch die Wortfolge "Die Regierung kann" ersetzt.

Art. 22 - Artikel 110 desselben Gesetzes, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 5. September 2001, wird wie folgt abgeändert:

1. Paragraf 1 wird wie folgt ersetzt:

" § 1 - Die Regierung entscheidet gemäß den von ihr festgelegten Modalitäten:

1. über die Zulassung des Programms der in Artikel 109 § 1 Nummer 9 erwähnten Ausbildungen und über den Entzug oder die Aussetzung dieser Zulassung;

2. über den Entzug oder die Aussetzung der Zulassung der in Artikel 109 § 1 Nummern 1 bis 8*bis* und § 2 Nummern 1 und 2 erwähnten Ausbildungen."

2. Die Paragrafen 2, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 5. September 2001, 3, 3*bis*, eingefügt durch das Gesetz vom 22. Dezember 1989, und 4 werden aufgehoben.

Art. 23 - Artikel 111 desselben Gesetzes, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 29. März 2012, wird wie folgt abgeändert:

1. Paragraf 1 Absatz 1 wird aufgehoben.

2. In Paragraf 1 Absatz 3 wird in den Nummern 1 und 3 die Zahl "120" jeweils durch die Zahl "100" ersetzt.

3. In Paragraf 2 Absatz 2 wird das Wort "Ausbildungen" durch das Wort "Sprachkurse" und die Zahl "120" durch die Zahl "100" ersetzt.

4. Paragraf 3, eingefügt durch das Gesetz vom 17. Mai 2007, wird wie folgt ersetzt:

" § 3 - Wenn die Unterrichtsstunden mit der Arbeitszeit des Betreffenden zusammenfallen, können die Urlaubsstunden über die in § 1 Nummern 1 und 3 erwähnten Höchstgrenzen hinaus genommen werden, sodass folgende Urlaubsstunden gewährt werden können:

1. insgesamt 120 Urlaubsstunden für die Absolvierung beruflicher Ausbildungen;

2. insgesamt 120 Urlaubsstunden für die Absolvierung mehrerer Kurse verschiedener Art."

5. In Paragraf 4 wird die Wortfolge "und nach Stellungnahme der Zulassungskommission" gestrichen, die Wortfolge "der Minister der Beschäftigung und der Arbeit" durch die Wortfolge "die Regierung" ersetzt und die Zahl "180" durch die Zahl "100" ersetzt.

6. Paragraf 5, ersetzt durch das Gesetz vom 20. Juli 2006, wird wie folgt ersetzt:

" § 5 - In Abweichung von den Paragrafen 1, 2, 3 und 4 beträgt die jährliche Höchstgrenze 120 Stunden, egal ob die Ausbildung mit den Arbeitsstunden zusammenfällt und auch wenn sie in Verbindung mit anderen Ausbildungen absolviert wird, für:

1. die in Artikel 109 § 1 Nummern 2*bis*, 3 und 4 erwähnten Ausbildungen;

2. die in Artikel 109 § 1 Nummer 9 erwähnten Ausbildungen, die zu einem Bachelorgrad oder einem Mastergrad führen."

7. Im einleitenden Satz von Paragraf 5*bis*, eingefügt durch das Gesetz vom 29. März 2012, wird die Wortfolge "und 5" durch die Wortfolge ", 4 und 5" ersetzt.

8. In Paragraf 5*bis* Nummer 3, eingefügt durch das Gesetz vom 29. März 2012, wird die Wortfolge ", die von der Zulassungskommission anerkannt sind," gestrichen.

9. In Paragraf 5*bis*, eingefügt durch das Gesetz vom 29. März 2012, wird folgende Nummer 5 eingefügt:

"5. Ausbildungen in Sachen elementare Grundfertigkeiten für wenig qualifizierte Arbeitnehmer."

10. Paragraf 6 wird aufgehoben.

11. In Paragraf 7 Absatz 1, ersetzt durch das Gesetz vom 27. Dezember 2006, wird der einleitende Satz wie folgt ersetzt:

"Die Regierung kann: "

12. In Paragraf 7, ersetzt durch das Gesetz vom 27. Dezember 2006, wird der Absatz 2 aufgehoben;

13. In Paragraf 8 wird die Wortfolge "Der König" durch die Wortfolge "Die Regierung" ersetzt.

Art. 24 - In Artikel 112 Absatz 2 desselben Gesetzes wird die Wortfolge "vom König" durch die Wortfolge "von der Regierung" ersetzt.

Art. 25 - In Artikel 116 § 3 desselben Gesetzes wird die Wortfolge "der König" durch die Wortfolge "die Regierung" ersetzt.

Art. 26 - Artikel 120 desselben Gesetzes, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 27. Dezember 2006, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1, abgeändert durch das Gesetz vom 5. September 2001, wird die Wortfolge "die der König in dieser Angelegenheit festlegt, beim Ministerium der Beschäftigung und der Arbeit die Rückzahlung der mit dem bezahlten Bildungsurlaub zusammenhängenden Entlohnungen und Sozialbeiträge erhalten" durch die Wortfolge "die die Regierung festlegt, im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel die Rückzahlung der mit dem bezahlten Bildungsurlaub zusammenhängenden Entlohnungen erhalten" ersetzt.

2. Die Absätze 2, eingefügt durch das Gesetz vom 27. Dezember 2005, und 5, eingefügt durch das Gesetz vom 27. Dezember 2006, werden aufgehoben.

3. In Absatz 3, eingefügt durch das Gesetz vom 27. Dezember 2006, wird die Wortfolge "Frühestens für die Ausbildungen, die ab dem Schuljahr 2005-2006 absolviert werden, kann der König in Abweichung von den vorhergehenden Absätzen durch einen im Ministerrat beratenen Erlass gemäß den Bedingungen und Modalitäten, die Er festlegt," durch die Wortfolge "Die Regierung kann" ersetzt.

4. In Absatz 4, eingefügt durch das Gesetz vom 27. Dezember 2006, wird die Wortfolge "bestimmt der König durch einen im Ministerrat beratenen Erlass auf der Grundlage des im zweijährigen überberuflichen Abkommen gemachten Vorschlags der Sozialpartner für den Gültigkeitszeitraum dieses überberuflichen Abkommens: " durch die Wortfolge "bestimmt die Regierung: " ersetzt.

Art. 27 - Die Artikel 121, ersetzt durch das Gesetz vom 27. Dezember 2006 und zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 25. April 2014, 122, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 27. April 2007, und 123, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 19. Juli 2001, desselben Gesetzes werden aufgehoben.

Art. 28 - Artikel 124 desselben Gesetzes, ersetzt durch das Gesetz vom 6. Juni 2010 wird wie folgt ersetzt:

"Art. 124 - Die von der Regierung zu diesem Zweck bestellten Personen dürfen alle Untersuchungen, Kontrollen und Ermittlungen vornehmen und Auskünfte einholen, die sie für notwendig erachten, um sich zu vergewissern, dass die Bestimmungen des vorliegenden Abschnitts und seiner Ausführungserlasse eingehalten werden."

Art. 29 - In Artikel 130 desselben Gesetzes wird die Wortfolge "Der König" durch die Wortfolge "Die Regierung" ersetzt.

Art. 30 - Artikel 137*bis* desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 22. Dezember 1989 und zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 17. Mai 2007, wird wie folgt abgeändert:

1. In Paragraph 1 Absatz 1, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 28. März 1995, wird die Wortfolge "und Sozialbeiträge" gestrichen und die Wortfolge "vom König" bzw. "zwei Jahren" durch die Wortfolge "von der Regierung" bzw. "anderthalb Jahren" ersetzt.

2. Paragraph 1 Absatz 2, eingefügt durch das Gesetz vom 27. Dezember 2006 und ersetzt durch das Gesetz vom 17. Mai 2007, wird aufgehoben.

3. Paragraph 2 wird aufgehoben.

KAPITEL 8 — Abänderung des Gesetzes vom 24. Juli 1987 über die zeitweilige Arbeit, die Leiharbeit und die Arbeitnehmerüberlassung

Art. 31 - Artikel 1 § 7 des Gesetzes vom 24. Juli 1987 über die zeitweilige Arbeit, die Leiharbeit und die Arbeitnehmerüberlassung, eingefügt durch das Gesetz vom 23. Dezember 2005, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge "der von der Region anerkannt ist, in der die Einrichtung liegt, in der der Arbeitnehmer beschäftigt wird" durch die Wortfolge "der vom Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft anerkannt ist" und die Wortfolge "vom König" durch die Wortfolge "von der Regierung" ersetzt.

2. In Absatz 2 wird die Wortfolge "vom König" durch die Wortfolge "von der Regierung" ersetzt.

3. In Absatz 3 wird die Wortfolge "Nach Beratung im Ministerrat kann der König" durch die Wortfolge "Die Regierung kann" ersetzt.

Art. 32 - Artikel 32*bis* desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 23. Dezember 2005, wird wie folgt abgeändert:

1. In Paragraph 1 wird die Wortfolge "eines Beschäftigungswegs, der von der Region anerkannt ist, in der die Einrichtung liegt, in der der Arbeitnehmer vom Entleiher beschäftigt wird" durch die Wortfolge "eines vom Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft anerkannten Beschäftigungswegs" und die Wortfolge "Der König" durch die Wortfolge "Die Regierung" ersetzt.

2. In Paragraph 2 wird die Wortfolge "Nach Beratung im Ministerrat kann der König" durch die Wortfolge "Die Regierung kann" ersetzt.

3. In Paragraph 3 wird die Wortfolge "vom König" durch die Wortfolge "von der Regierung" ersetzt.

4. In Paragraph 5 wird die Wortfolge "das regionale Amt für Arbeitsbeschaffung" durch die Wortfolge "das Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft" ersetzt.

KAPITEL 9 — Abänderung des Dekrets vom 21. Januar 1991 zur Aufhebung und Reorganisation der Haushaltsfonds

Art. 33 - Artikel 5 des Dekrets vom 21. Januar 1991 zur Aufhebung und Reorganisation der Haushaltsfonds, abgeändert durch das Dekret vom 3. Februar 2003, wird wie folgt abgeändert:

1. In Paragraph 1 Absatz 2 wird folgende Nummer 10 eingefügt:

"10. einem Teil der von der Wallonischen Region überwiesenen Mittel für die Ausübung der Befugnis Beschäftigung."

2. In Paragraph 2 wird folgende Nummer 6 eingefügt:

"6. Bezahlung von Zuschüssen zur Weiterbildungsförderung."

KAPITEL 10 — Abänderung des Königlichen Erlasses vom 25. November 1991 zur Regelung der Arbeitslosigkeit

Art. 34 - Der Königliche Erlass vom 25. November 1991 zur Regelung der Arbeitslosigkeit, zuletzt abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 5. Februar 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. Die Artikel 36*sexies*, 131*septies*, 131*octies* und 131*nonies* werden aufgehoben.
2. Die Artikel 78*ter* und 131*quater* werden aufgehoben.

KAPITEL 11 — Abänderung des Dekrets vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen

Art. 35 - Artikel 16 des Dekrets vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen, abgeändert durch die Dekrete vom 14. Februar 2000, 17. Mai 2004, 27. Juni 2011 und 16. Januar 2012, wird um die folgenden Nummern 16 und 17 ergänzt:

"16. Prämien an Arbeitgeber und Auszubildende im Rahmen von Systemen der dualen Ausbildung zu gewähren und zu verwalten;

17. die Anerkennung von Mentoren im Hinblick auf die in Artikel 347*bis* des Programmgesetzes (I) vom 24. Dezember 2002 erwähnte Zielgruppenermäßigung vorzunehmen."

KAPITEL 12 — Abänderung des Gesetzes vom 24. Dezember 1993 zur Schaffung von Haushaltsfonds und zur Abänderung des Grundlagengesetzes vom 27. Dezember 1990 zur Schaffung von Haushaltsfonds

Art. 36 - In der Rubrik 23 - Beschäftigung und Arbeit des Anhangs des Gesetzes vom 24. Dezember 1993 zur Schaffung von Haushaltsfonds und zur Abänderung des Grundlagengesetzes vom 27. Dezember 1990 zur Schaffung von Haushaltsfonds werden folgende Wortfolgen, eingefügt durch das Gesetz vom 5. September 2001 und abgeändert durch das Programmgesetz vom 27. Dezember 2004, aufgehoben:

"Dénomination du fonds budgétaire organique 23-9 Fonds de l'expérience professionnelle.

Nature des recettes affectées :

- recettes provenant des cotisations des employeurs et des travailleurs versées à l'Office national de sécurité sociale dont le montant est déterminé annuellement par le budget;

- recouvrement des subventions qui ont été versées indûment.

Nature des dépenses autorisées :

frais administratifs, frais résultant de l'engagement de personnel et dépenses affectées au paiement des subventions visées à l'article 26, alinéa 1^{er}, de la loi du 5 septembre 2001 visant à améliorer le taux d'emploi des travailleurs."

"Benaming van het organieke begrotingsfonds 23-9 Ervaringsfonds.

Aard van de toegewezen ontvangsten :

- ontvangsten afkomstig van de werkgevers- en werknemersbijdragen gestort aan de Rijksdienst voor Sociale Zekerheid waarvan het bedrag jaarlijks wordt bepaald in de begroting;

- terugvorderingen van toelagen die ten onrechte werden uitgekeerd.

Aard van de toegestane uitgaven :

administratieve kosten, kosten voor de indienstneming van personeel en uitgaven aangewend voor de uitkering van toelagen die tot doel hebben acties te ondersteunen bedoeld in artikel 26, eerste lid, van de wet van 5 september 2001 tot verbetering van de werkgelegenheidsgraad van de werknemers."

KAPITEL 13 — Abänderung des Gesetzes vom 26. Juli 1996 über die Beschäftigungsförderung und die vorbeugende Sicherung der Konkurrenzfähigkeit

Art. 37 - In Artikel 7 § 2 des Gesetzes vom 26. Juli 1996 über die Beschäftigungsförderung und die vorbeugende Sicherung der Konkurrenzfähigkeit wird folgender Absatz 2 eingefügt:

"Die in Absatz 1 erwähnte Ermächtigung erlaubt nicht das Ergreifen von Maßnahmen im Hinblick auf eine Senkung der Beiträge zur sozialen Sicherheit für die Arbeitgeber der Sektoren der Baggararbeiten, der Schleppschiffahrt und der Handelsmarine."

KAPITEL 14 — Abänderung des Dekrets der Wallonischen Region vom 5. Februar 1998 über die Überwachung und Kontrolle bezüglich der Beachtung der Gesetzgebungen im Bereich der Beschäftigungspolitik

Art. 38 - Artikel 1 des Dekrets der Wallonischen Region vom 5. Februar 1998 über die Überwachung und Kontrolle bezüglich der Beachtung der Gesetzgebungen im Bereich der Beschäftigungspolitik, abgeändert durch die Dekrete vom 17. Januar 2000, 17. Mai 2004, 18. Dezember 2006 und 11. Mai 2009, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 9 wird die Wortfolge "des Artikels 7 § 1, sowie dessen Durchführungserlasse" durch die Wortfolge "der Artikel 7 §§ 1 und 1*bis* sowie 8 bis 9, sowie deren Ausführungserlasse" ersetzt.

2. Nach Nummer 13 werden folgende Nummern 14 bis 25 eingefügt:

"14. das Gesetz vom 19. Februar 1965 über die Ausübung seitens Ausländern von Berufstätigkeiten als Selbständige, sowie dessen Ausführungserlasse;

15. Artikel 5 §§ 4*bis*-4*quater* des Gesetzes vom 2. April 1965 bezüglich der Übernahme der von den öffentlichen Sozialhilfezentren gewährten Hilfeleistungen, sowie dessen Ausführungserlasse;

16. die Artikel 57*quater*, 60 § 7 und 61 des Grundlagengesetzes vom 8. Juli 1976 über die öffentlichen Sozialhilfezentren, sowie deren Ausführungserlasse;

17. die Artikel 1 § 7 und 32*bis* des Gesetzes vom 24. Juli 1987 über die zeitweilige Arbeit, die Leiharbeit und die Arbeitnehmerüberlassung, sowie deren Ausführungserlasse;

18. die Artikel 59 und 67 des Gesetzes vom 26. März 1999 über den belgischen Aktionsplan für die Beschäftigung 1998 und zur Festlegung sonstiger Bestimmungen;

19. das Gesetz vom 30. April 1999 über die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer, sowie dessen Ausführungserlasse;

20. Artikel 43 des Gesetzes vom 24. Dezember 1999 zur Förderung der Beschäftigung, sowie dessen Ausführungserlasse;

21. die Artikel 194 und 195 des Gesetzes vom 12. August 2000 zur Festlegung von sozialen, Haushalts- und sonstigen Bestimmungen, sowie deren Ausführungserlasse;

22. die Kapitel V und VII des Gesetzes vom 5. September 2001 zur Verbesserung des Arbeitnehmerbeschäftigungsgrades, sowie deren Ausführungserlasse;

23. die Artikel 8, 9 §§ 1-3 sowie 36 bis 39 des Gesetzes vom 26. Mai 2002 über das Recht auf soziale Eingliederung, sowie deren Ausführungserlasse;

24. die Artikel 324 bis 328, 335 bis 341*bis*, 346 bis 347*bis*, 353*bis*, 353*bis*/9 bis 353*bis*/14, 353*ter* und 353*quater* des Programmgesetzes (I) vom 24. Dezember 2002, sowie deren Ausführungserlasse;

25. Titel IV Kapitel XII des Gesetzes vom 23. Dezember 2005 über den Solidaritätspakt zwischen den Generationen, sowie dessen Ausführungserlasse."

3. In denselben Artikel wird folgender Absatz 2 eingefügt:

"Die Ausübung der in Absatz 1 erwähnten Aufgaben erfolgt unbeschadet eventueller Inspektions- und Kontrollbefugnisse der im Rahmen ihrer Zuständigkeiten von der Föderalbehörde dazu ermächtigten Dienste."

KAPITEL 15 — Abänderung des Gesetzes vom 26. März 1999 über den belgischen Aktionsplan für die Beschäftigung 1998 und zur Festlegung sonstiger Bestimmungen

Art. 39 - In Artikel 67 Absatz 1 des Gesetzes vom 26. März 1999 über den belgischen Aktionsplan für die Beschäftigung 1998 und zur Festlegung sonstiger Bestimmungen, abgeändert durch das Gesetz vom 22. Mai 2005, werden die Wortfolgen "par le Ministre de l'Emploi et du Travail" und "door de minister van Tewerkstelling en Arbeid" jeweils durch die Wortfolge "durch die Regierung" ersetzt.

KAPITEL 16 — Abänderung des Gesetzes vom 30. April 1999 über die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer

Art. 40 - Im Gesetz vom 30. April 1999 über die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 11. Februar 2013, werden die Wörter "der König" bzw. "Er" mit den entsprechenden grammatikalischen Anpassungen jeweils durch die Wörter "die Regierung" bzw. "sie" ersetzt.

Art. 41 - Artikel 1 desselben Gesetzes wird wie folgt ersetzt:

"Artikel 1 - Das vorliegende Gesetz dient der teilweisen Umsetzung folgender Richtlinien:

1. Richtlinie 2009/52/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 über Mindeststandards für Sanktionen und Maßnahmen gegen Arbeitgeber, die Drittstaatsangehörige ohne rechtmäßigen Aufenthalt beschäftigen;

2. Richtlinie 2011/98/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 über ein einheitliches Verfahren zur Beantragung einer kombinierten Erlaubnis für Drittstaatsangehörige, sich im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats aufzuhalten und zu arbeiten, sowie über ein gemeinsames Bündel von Rechten für Drittstaatsarbeitnehmer, die sich rechtmäßig in einem Mitgliedstaat aufhalten;

3. Richtlinie 2014/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zwecks Beschäftigung als Saisonarbeitnehmer;

4. Richtlinie 2014/66/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen im Rahmen eines unternehmensinternen Transfers."

Art. 42 - Artikel 2 desselben Gesetzes wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 2 wird aufgehoben.

2. In Nummer 4, abgeändert durch das Gesetz vom 11. Februar 2013, wird die Wortfolge "Artikel 17 Absatz 1 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft" durch die Wortfolge "Artikel 20 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union" ersetzt.

3. Folgende Nummern 5 bis 14 werden eingefügt:

"5. kombinierter Erlaubnis: die Erlaubnis, die es einem Drittstaatsangehörigen gestattet, sich rechtmäßig im belgischen Hoheitsgebiet aufzuhalten:

a) zu Arbeitszwecken;

b) zur Ausübung einer saisonabhängigen Tätigkeit für mehr als 90 Tage;

c) zu Arbeits- oder Schulungszwecken im Rahmen eines unternehmensinternen Transfers;

d) zu Arbeits- oder Schulungszwecken im Rahmen eines unternehmensinternen Transfers aufgrund eines von einer anderen belgischen Gebietskörperschaft oder von einem EU-Mitgliedstaat ausgestellten gültigen Aufenthaltstitels für unternehmensintern transferierte Arbeitnehmer, insofern die Regierung dies vorsieht;

6. Saisonarbeitnehmer: einen Drittstaatsangehörigen, der sich - unter Beibehaltung seines Hauptwohnsitzes in einem Drittstaat - rechtmäßig und vorübergehend im belgischen Hoheitsgebiet aufhält, um im Rahmen eines oder mehrerer befristeter Arbeitsverträge, den bzw. die dieser Drittstaatsangehörige direkt mit dem auf dem deutschen Sprachgebiet niedergelassenen Arbeitgeber geschlossen hat, eine saisonabhängige Tätigkeit auszuüben;

7. saisonabhängige Tätigkeit: eine Tätigkeit, die aufgrund eines immer wiederkehrenden saisonbedingten Ereignisses oder einer immer wiederkehrenden Abfolge saisonbedingter Ereignisse an eine Jahreszeit gebunden ist, während der der Bedarf an Arbeitskräften den für gewöhnlich durchgeführte Tätigkeiten erforderlichen Bedarf in erheblichem Maße übersteigt;

8. Erlaubnis für Saisonarbeitnehmer: eine in dem in der Verordnung (EG) Nr. 1030/2002 des Rates festgelegten Format erteilte Genehmigung, die einen Vermerk hinsichtlich Saisonarbeit trägt und die ihren Inhaber berechtigt, sich für mehr als 90 Tage im belgischen Hoheitsgebiet aufzuhalten und dort eine Beschäftigung auszuüben;

9. unternehmensinternen Transfer: die vorübergehende Abstellung - für die Zwecke der beruflichen Tätigkeit oder für Schulungszwecke - eines zum Zeitpunkt der Stellung des Antrags auf einen Aufenthaltstitel für unternehmensintern transferierte Arbeitnehmer außerhalb des belgischen Hoheitsgebiets aufhältigen Drittstaatsangehörigen durch ein außerhalb des belgischen Hoheitsgebiets ansässiges Unternehmen, mit dem der Arbeitnehmer vor dem Transfer und für dessen Dauer einen Arbeitsvertrag geschlossen hat, in eine Niederlassung, die zum gleichen Unternehmen oder zur gleichen Unternehmensgruppe gehört und ihren Sitz auf dem deutschen Sprachgebiet hat, und gegebenenfalls die Mobilität in die aufnehmenden Niederlassungen, die in einem oder mehreren zweiten Mitgliedstaaten ansässig sind;

10. unternehmensintern transferierten Arbeitnehmer: einen Drittstaatsangehörigen, der zum Zeitpunkt der Stellung des Antrags auf einen Aufenthaltstitel für unternehmensintern transferierte Arbeitnehmer außerhalb des belgischen Hoheitsgebiets aufhältig ist und der innerhalb einer Unternehmensgruppe transferiert wird;

11. aufnehmender Niederlassung: die Niederlassung, in die der unternehmensintern transferierte Arbeitnehmer transferiert wird - ungeachtet ihrer Rechtsform - und die auf dem deutschen Sprachgebiet ansässig ist;

12. Aufenthaltstitel für unternehmensintern transferierte Arbeitnehmer: eine Genehmigung mit dem Eintrag der Abkürzung "ICT" (für "intra-corporate transferee"), die ihren Inhaber berechtigt, auf dem deutschen Sprachgebiet seinen Wohnsitz zu nehmen und dort zu arbeiten;

13. Aufenthaltstitel für langfristige Mobilität: eine Genehmigung mit dem Eintrag des Begriffs "mobiler ICT", die den Inhaber eines durch eine andere belgische Gebietskörperschaft oder einen EU-Mitgliedstaat ausgestellten Aufenthaltstitels für unternehmensintern transferierte Arbeitnehmer berechtigt, auf dem deutschen Sprachgebiet seinen Wohnsitz zu nehmen und dort zu arbeiten;

14. Unternehmensgruppe: zwei oder mehr Unternehmen, die insofern als miteinander verbunden gelten, als ein Unternehmen in Bezug auf ein anderes Unternehmen direkt oder indirekt die Mehrheit des gezeichneten Kapitals dieses Unternehmens besitzt oder über die Mehrheit der mit den Anteilen am anderen Unternehmen verbundenen Stimmrechte verfügt oder befugt ist, mehr als die Hälfte der Mitglieder des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsorgans des anderen Unternehmens zu bestellen, oder die Unternehmen unter einheitlicher Leitung des Mutterunternehmens stehen."

Art. 43 - In der Überschrift von Kapitel III desselben Gesetzes wird die Wortfolge "und Arbeitserlaubnis" durch die Wortfolge ", Arbeits- und kombinierte Erlaubnis" ersetzt.

Art. 44 - Artikel 4 desselben Gesetzes wird wie folgt abgeändert:

1. Paragraph 1 Absatz 1 wird durch die folgenden beiden Absätze ersetzt:

" § 1 - Ein Arbeitgeber, der einen ausländischen Arbeitnehmer auf dem deutschen Sprachgebiet zu beschäftigen wünscht, muss vorher von der zuständigen Behörde eine der folgenden Erlaubnisse erhalten:

1. eine Beschäftigungserlaubnis oder
2. eine kombinierte Erlaubnis.

Liegt für den ausländischen Arbeitnehmer bereits eine kombinierte Erlaubnis vor, braucht der Arbeitgeber keine Beschäftigungserlaubnis zu beantragen."

2. In Paragraph 2 Absatz 1 wird im ersten Satzteil die Wortfolge "Beschäftigungserlaubnis wird" durch die Wortfolge "in Paragraph 1 erwähnten Erlaubnisse" ersetzt und im zweiten Satzteil das Wort "Beschäftigungserlaubnis" durch das Wort "Erlaubnisse" ersetzt.

3. In Paragraph 4 wird die Wortfolge "Der König kann durch einen im Ministerrat beratenen Erlass" durch die Wortfolge "Die Regierung kann" ersetzt.

Art. 45 - Artikel 4/1 desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 11. Februar 2013, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 1 wird zwischen die Wörter "Aufenthaltserlaubnis" und "verfügt" die Wortfolge "bzw. bereits über eine gültige kombinierte Erlaubnis" eingefügt.

2. In Nummer 2 wird zwischen die Wörter "Aufenthaltserlaubnis" und "aufbewahren" die Wortfolge "bzw. der kombinierten Erlaubnis" eingefügt.

Art. 46 - Artikel 5 desselben Gesetzes wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird zwischen die Wörter "Arbeitsleistungen" und "zu erbringen" die Wortfolge "auf dem deutschen Sprachgebiet" eingefügt.

2. In Absatz 2 wird zwischen die Wörter "Arbeitserlaubnis" und "festgelegten" die Wortfolge "bzw. gegebenenfalls durch die kombinierte Erlaubnis" eingefügt.

Art. 47 - In Artikel 6 desselben Gesetzes wird folgende Nummer 3 eingefügt:

"3. eine in Artikel 4 § 1 vorgesehene kombinierte Erlaubnis."

Art. 48 - In dasselbe Gesetz wird folgender Artikel 6/1 eingefügt:

"Art. 6/1 - Um eine Erlaubnis für Saisonarbeitnehmer im Hinblick auf die Ausübung einer saisonabhängigen Tätigkeit für mehr als 90 Tage zu erhalten, ist die in Artikel 4 § 1 erwähnte kombinierte Erlaubnis mit dem entsprechenden Vermerk zu beantragen.

Für die Ausübung einer saisonabhängigen Tätigkeit für nicht mehr als 90 Tage ist die in Artikel 5 erwähnte Arbeitserlaubnis mit dem entsprechenden Vermerk zu beantragen.

Die Regierung legt die Liste der Beschäftigungssektoren fest, die saisonabhängige Tätigkeiten umfassen."

Art. 49 - In dasselbe Gesetz wird folgender Artikel 6/2 eingefügt:

"Art. 6/2 - Um einen Aufenthaltstitel für unternehmensintern transferierte Arbeitnehmer im Hinblick auf eine Arbeitsleistung oder eine Schulung im Rahmen eines unternehmensinternen Transfers zu erhalten, ist die in Artikel 4 § 1 erwähnte kombinierte Erlaubnis mit dem entsprechenden Vermerk zu beantragen."

Art. 50 - Artikel 7 desselben Gesetzes wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge "Der König kann durch einen im Ministerrat beratenen Erlass" durch die Wortfolge "Die Regierung kann" ersetzt.

2. In Absatz 2 wird zwischen die Wörter "Beschäftigungserlaubnis" und "zu erhalten" die Wortfolge "bzw. eine kombinierte Erlaubnis" eingefügt.

Art. 51 - In der Überschrift von Kapitel IV desselben Gesetzes wird die Wortfolge "und der Arbeitserlaubnis" durch die Wortfolge ", Arbeits- und kombinierten Erlaubnis" ersetzt.

Art. 52 - Artikel 8 desselben Gesetzes wird wie folgt abgeändert:

1. In Paragraph 1 Absatz 1 wird die Wortfolge "Der König bestimmt durch einen im Ministerrat beratenen Erlass" durch die Wortfolge "Die Regierung bestimmt" ersetzt.

2. Paragraph 1 Absatz 1 wird um die Wortfolge "bzw. der kombinierten Erlaubnis, unbeschadet der Zuständigkeiten der Föderalbehörde" ergänzt.

3. In Paragraph 1 Absatz 2 wird zwischen die Wörter "Arbeitserlaubnis" und "vorausgehen" die Wortfolge "bzw. einer kombinierten Erlaubnis" eingefügt.

4. In Paragraph 2 Absatz 1 wird die Wortfolge "Beschäftigungs- und auf Arbeitserlaubnis" durch die Wortfolge "Beschäftigungs-, Arbeits- und auf kombinierte Erlaubnis" ersetzt.

5. In Paragraph 2 Absatz 2 wird die Wortfolge "Beschäftigungs- und der Arbeitserlaubnis" durch die Wortfolge "Beschäftigungs-, Arbeits- und der kombinierten Erlaubnis" ersetzt.

6. In Paragraph 3 Absatz 1 wird zwischen die Wörter "Beschäftigungserlaubnis" und "und mit" die Wortfolge "bzw. auf eine kombinierte Erlaubnis" eingefügt.

7. In Paragraph 3 Absatz 2, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 20. Juli 2000, wird die Wortfolge "12 EUR" ersetzt durch die Wortfolge "200 EUR".

Art. 53 - In dasselbe Gesetz wird folgendes Kapitel IV/1, das den Artikel 8/1 umfasst, eingefügt:

"Kapitel IV/1 - Mobilität für unternehmensinterne transferierte Arbeitnehmer

Art. 8/1 - § 1 - Die Regierung legt fest, unter welchen Bedingungen Drittstaatsangehörige, die über einen von einer anderen belgischen Gebietskörperschaft oder von einem EU-Mitgliedstaat ausgestellten gültigen Aufenthaltstitel für unternehmensintern transferierte Arbeitnehmer verfügen, berechtigt sind, sich für eine Dauer von bis zu 90 Tagen innerhalb eines Zeitraums von 180 Tagen im belgischen Hoheitsgebiet aufzuhalten und in einer anderen Niederlassung, die auf dem deutschen Sprachgebiet ansässig ist und dem gleichen Unternehmen oder der gleichen Unternehmensgruppe angehört, zu arbeiten.

§ 2 - Die Regierung kann festlegen, dass Drittstaatsangehörige, die über einen von einer anderen belgischen Gebietskörperschaft oder von einem EU-Mitgliedstaat ausgestellten gültigen Aufenthaltstitel für unternehmensintern transferierte Arbeitnehmer verfügen und beabsichtigen, sich für mehr als 90 Tage im belgischen Hoheitsgebiet aufzuhalten und in einer anderen Niederlassung, die auf dem deutschen Sprachgebiet ansässig ist und dem gleichen Unternehmen oder der gleichen Unternehmensgruppe angehört, zu arbeiten, im Voraus von der zuständigen Behörde einen Aufenthaltstitel für langfristige Mobilität erhalten haben müssen.

In diesem Fall ist die in Artikel 4 § 1 erwähnte kombinierte Erlaubnis mit dem entsprechenden Vermerk zu beantragen."

Art. 54 - In Artikel 9 desselben Gesetzes wird zwischen die Wörter "wird," und "können" die Wortfolge "sowie ein ausländischer Arbeitnehmer und/oder ein Arbeitgeber, denen eine kombinierte Erlaubnis verweigert oder entzogen wird," eingefügt.

Art. 55 - Die Überschrift des Kapitels VI desselben Gesetzes wird um die Wortfolge "und Zugang zu Informationen" ergänzt.

Art. 56 - In Kapitel VI desselben Gesetzes wird folgender Artikel 11/1 eingefügt:

"Art. 11/1 - Die Regierung sorgt dafür, dass den Antragstellern die Informationen zu allen für die Antragstellung benötigten schriftlichen Nachweisen und die Informationen zu Einreise und Aufenthalt in leicht zugänglicher Weise zur Verfügung gestellt werden.

Die Informationen umfassen die Rechte und Pflichten, die Verfahrensgarantien, die Beschwerdemöglichkeiten sowie gegebenenfalls den Hinweis darauf, dass bei Nichtbeachtung der Bestimmungen des vorliegenden Gesetzes und seiner Ausführungsersasse Sanktionen verhängt werden können. Sie werden den Antragstellern bei der Antragstellung schriftlich übermittelt."

Art. 57 - Artikel 19 Absatz 1 desselben Gesetzes wird wie folgt ersetzt:

"Die Regierung kann zur Ausübung der ihr durch vorliegendes Gesetz aufgetragenen Befugnisse die Stellungnahme des Beirats für die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer, hiernach "Beirat" genannt, einholen."

Art. 58 - Kapitel IX desselben Gesetzes, das den Artikel 20 umfasst, wird aufgehoben.

KAPITEL 17 — Abänderung des Dekrets vom 17. Januar 2000 zur Schaffung eines Arbeitsamtes in der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Art. 59 - Artikel 2 § 1 des Dekrets vom 17. Januar 2000 zur Schaffung eines Arbeitsamtes in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, abgeändert durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 1 wird die Wortfolge "der Arbeitnehmer" durch die Wortfolge "von Arbeitnehmern und Arbeitsuchenden" ersetzt.

2. Nummer 2 wird wie folgt ersetzt:

"2. Beihilfen sowie Beschäftigungs- und Ausbildungsanreize, die dem Arbeitsamt aufgrund einer gesetzlichen, dekretalen, oder verordnenden Bestimmung anvertraut werden, zu gewähren und zu verwalten;"

3. In Nummer 4 wird die Wortfolge "den Kosten" gestrichen und die Wortfolge "arbeitslosen Arbeitnehmer" durch die Wortfolge "Arbeitsuchenden" ersetzt.

4. Nummer 5 wird wie folgt ersetzt:

"5. unter Einhaltung des normativen Rahmens der Föderalbehörde die Kontrolle der Verfügbarkeit der verpflichtend eingetragenen Arbeitsuchenden auszuführen und über die diesbezüglichen Sanktionen zu entscheiden. Als verpflichtend eingetragener Arbeitsuchender gilt jeder Arbeitsuchende, der sich im Hinblick auf den Erhalt des Arbeitslosengelds oder der Berufseingliederungszulage beim Arbeitsamt eingetragen hat;"

5. Nummer 6, aufgehoben durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird wie folgt wieder aufgenommen:

"6. über die Freistellung vom Erfordernis der Verfügbarkeit entschädigter Arbeitsuchender für den Arbeitsmarkt, die bei Wiederaufnahme des Studiums, bei Teilnahme an einer Berufsausbildung oder einem Praktikum gewährt wird, zu entscheiden;"

6. In Nummer 7 wird das Wort "entschädigter" gestrichen und nach dem ersten Satz folgender Satz hinzugefügt:

"Dies umfasst insbesondere:

a) das Ausstellen von Bescheinigungen in Bezug auf die Senkung der Arbeitgeberbeiträge zur sozialen Sicherheit, die nach Merkmalen der Arbeitnehmer festgelegt werden;

b) das Ausstellen von Bescheinigungen sowie das Prüfen von Anträgen in Bezug auf die Aktivierung der im Rahmen der Arbeitslosenversicherung gewährten Entschädigungen bei Wiederaufnahme der Arbeit, unter Beibehaltung einer Entschädigung, die der Arbeitgeber auf die Entlohnung anrechnet;

c) die Information und die Beratung von Arbeitsuchenden und Arbeitgebern zu Programmen zur Wiederbeschäftigung;"

7. Nummer 8, aufgehoben durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird wie folgt wieder aufgenommen:

"8. die Koordination der Aufgaben und Tätigkeiten sowie die administrative Aufsicht des Personals der lokalen Beschäftigungsagenturen zu sichern;"

8. Nach Nummer 9 wird folgende Nummer 10 eingefügt:

"10. in Sachen Outplacement:

a) gemäß den geltenden Bestimmungen die Outplacementkosten der Arbeitgeber zu erstatten;

b) Arbeitgeber, die kein Outplacement angeboten haben, zu sanktionieren;

c) den eingeforderten Betrag für das Outplacement von entlassenen Arbeitnehmern einzusetzen, denen kein solches angeboten wurde."

Art. 60 - In Artikel 6 § 3 desselben Dekrets wird der zweite Satz gestrichen.

Art. 61 - In Kapitel II desselben Dekrets wird der Abschnitt 4, aufgehoben durch das Dekret vom 25. Mai 2009, durch den folgenden Abschnitt 4, der die Artikel 14 und 14.1 umfasst, wie folgt wieder aufgenommen und ergänzt:

"Abschnitt 4 - Kontrolldienst

Art. 14 - Der Kontrolldienst ist mit der Kontrolle der in Artikel 2 § 1 Nummer 5 erwähnten verpflichtend eingetragenen Arbeitsuchenden beauftragt. Er untersteht unmittelbar dem leitenden Beamten des Arbeitsamtes.

Der Kontrolldienst übt seine Aufgaben unparteiisch aus. Er zieht alle Interessen und Standpunkte in Betracht und handelt losgelöst von den Interessen einer betroffenen Partei.

Der Verwaltungsrat trifft die zur Trennung der Kontrollaufgaben von den Vermittlungs-, Betreuungs- und Ausbildungsaufgaben des Arbeitsamtes nötigen organisatorischen Maßnahmen. Er sorgt dafür, dass die im Kontrolldienst tätigen Personalmitglieder in ihrer Beschlussfassung nicht beeinflusst werden und sich allein durch objektive Erwägungen und Sachverhalte leiten lassen können.

Die im Kontrolldienst tätigen Personalmitglieder vermeiden jeden tatsächlichen oder vermeintlichen Interessenkonflikt. In jedem Fall, bei dem ein entsprechender Verdacht auftreten könnte, lässt sich das betroffene Personalmitglied vertreten.

Art. 14.1 - Stellt der Kontrolldienst fest, dass der verpflichtend eingetragene Arbeitsuchende ausreichende Anstrengungen zwecks Eingliederung in den Arbeitsmarkt unternommen hat, informiert er spätestens 14 Tage nach der Überprüfung schriftlich den verpflichtend eingetragenen Arbeitsuchenden:

1. über diese Beurteilung;
2. über seine Verpflichtung, die Eingliederungsbemühungen fortzusetzen;
3. über die Tatsache, dass gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt eine weitere Kontrolle stattfinden wird.

Stellt der Kontrolldienst fest, dass der verpflichtend eingetragene Arbeitsuchende keine ausreichenden Anstrengungen zwecks Eingliederung in den Arbeitsmarkt unternommen hat, informiert er spätestens 14 Tage nach der Überprüfung schriftlich den verpflichtend eingetragenen Arbeitsuchenden:

1. in einem begründeten Beschluss über diese Beurteilung und die entsprechende Sanktion;
2. über die Berufungsmöglichkeit, die zuständige Gerichtsbarkeit sowie die hierbei einzuhaltenden Fristen und Verfahren;
3. über die Tatsache, dass gegebenenfalls spätestens sechs Monate nach der negativen Beurteilung eine weitere Kontrolle stattfinden wird.

Das Arbeitsamt setzt das Landesamt für Arbeitsbeschaffung unmittelbar über die negative Beurteilung und die entsprechende Sanktion gegenüber dem verpflichtend eingetragenen Arbeitsuchenden in Kenntnis.

Die in vorliegendem Artikel aufgeführten Fristen werden in Kalendertagen berechnet. Der Tag, an dem eine Frist abläuft, wird in der Frist mit eingerechnet. Fällt dieser Tag auf einen Samstag, einen Sonntag oder einen Feiertag, wird er auf den nachfolgenden Arbeitstag verlegt."

Art. 62 - In dasselbe Dekret, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 25. Februar 2013, wird zwischen Kapitel II und Kapitel III folgendes Kapitel II.1, das die Artikel 14.2 bis 14.6 umfasst, eingefügt:

"Kapitel II.1 - Elektronische Kommunikation

Art. 14.2 - Im Rahmen seiner Zuständigkeiten kann das Arbeitsamt mit einem Empfänger elektronisch kommunizieren, wenn der Empfänger vorab ausdrücklich seine Zustimmung erteilt hat.

Der Empfänger kann diese Zustimmung jederzeit und ohne Angabe von Gründen widerrufen.

Art. 14.3 - Die sowohl ein- als auch beidseitige elektronische Kommunikation zwischen dem Arbeitsamt und einem Empfänger besitzt die gleiche Rechtswirksamkeit und Beweiskraft wie über den Briefpostweg übermittelte Mitteilungen, wenn der Empfänger vorab ausdrücklich seine Zustimmung erteilt hat.

Das Arbeitsamt informiert den Empfänger im Vorfeld ausführlich über eventuelle Verfahrensschritte und über die rechtlichen Folgen dieser Zustimmung.

Der Empfänger kann diese Zustimmung jederzeit und ohne Angabe von Gründen widerrufen.

Art. 14.4 - Das Arbeitsamt trifft unter Berücksichtigung des Inhaltes, des Ziels und der Natur der elektronischen Kommunikation, alle erforderlichen Maßnahmen um:

1. die Sicherheit der elektronischen Kommunikation zu gewährleisten;
2. die Vertraulichkeit, Authentizität und Vollständigkeit der ausgetauschten Daten zu garantieren;
3. den Nachweis des Datenverkehrs zu sichern.

Art. 14.5 - Das Arbeitsamt kann zur Vereinfachung des Datenverkehrs Einschränkungen und technische Erfordernisse festlegen.

Art. 14.6 - Die Regierung kann die Bestimmungen des vorliegenden Kapitels präzisieren sowie weitere Vorgaben bei der elektronischen Kommunikation festlegen."

Kapitel 18 - Abänderung des Gesetzes vom 12. August 2000 zur Festlegung von sozialen, Haushalts- und sonstigen Bestimmungen

Art. 63 - Artikel 183 des Gesetzes vom 12. August 2000 zur Festlegung von sozialen, Haushalts- und sonstigen Bestimmungen wird aufgehoben.

KAPITEL 19 — Abänderung des Gesetzes vom 5. September 2001 zur Verbesserung des Arbeitnehmerbeschäftigungsgrades

Art. 64 - Artikel 15 des Gesetzes vom 5. September 2001 zur Verbesserung des Arbeitnehmerbeschäftigungsgrades, ersetzt durch das Gesetz vom 24. Dezember 2002, wird wie folgt abgeändert:

1. In den Absätzen 1 und 2 werden die Wortfolgen "le Roi" und "de Koning" jeweils durch die Wortfolge "die Regierung" ersetzt.

2. In Absatz 1 werden die Wortfolgen "Office national de l'Emploi" und "Rijksdienst voor Arbeidsvoorziening" jeweils durch die Wortfolge "Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft" ersetzt.

KAPITEL 20 — Abänderung des Gesetzes vom 26. Mai 2002 über das Recht auf soziale Eingliederung

Art. 65 - In Artikel 9 § 2 des Gesetzes vom 26. Mai 2002 über das Recht auf soziale Eingliederung wird die Wortfolge "Der König" jeweils durch die Wortfolge "Die Regierung" ersetzt.

Art. 66 - In Artikel 36 § 2 desselben Gesetzes wird die Wortfolge "Der König" durch die Wortfolge "Die Regierung" ersetzt.

Art. 67 - In Artikel 38 Absatz 3 desselben Gesetzes wird die Wortfolge "Der König legt durch einen im Ministerrat beratenen Erlass" durch die Wortfolge "Die Regierung legt" ersetzt.

KAPITEL 21 — Abänderung des Programmgesetzes (I) vom 24. Dezember 2002

Art. 68 - Artikel 347bis des Programmgesetzes (I) vom 24. Dezember 2002, eingefügt durch das Gesetz vom 30. Dezember 2009, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge "von Schülern oder Lehrkräften des technischen und beruflichen Vollzeit- oder dualen Sekundarunterrichts, von Arbeitssuchenden unter sechszwanzig Jahren, die an einer in Artikel 27 Nr. 6 des Königlichen Erlasses vom 25. November 1991 zur Regelung der Arbeitslosigkeit erwähnten beruflichen Ausbildung teilnehmen, von Studenten des Weiterbildungsunterrichts unter sechszwanzig Jahren und von Lernenden unter sechszwanzig Jahren, die an einer von der zuständigen Gemeinschaft anerkannten Ausbildung teilnehmen, und zwar im Rahmen der Abkommen, die mit Bildungs- oder Ausbildungseinrichtungen beziehungsweise mit einem regionalen Amt für Arbeitsbeschaffung oder Berufsbildung abgeschlossen werden" durch folgende Wortfolge ersetzt: "im Rahmen eines:

a) in Anwendung des Gesetzes vom 19. Juli 1983 über die Lehre in Berufen, die von Lohnempfängern ausgeübt werden, abgeschlossenen Lehrvertrags;

b) in Anwendung der Regelung in Bezug auf die ständige Weiterbildung des Mittelstandes abgeschlossenen Lehrvertrags;

c) in Anwendung der Regelung zur Schaffung eines Systems der Ausbildung im Betrieb zur Vorbereitung der Integration von Personen mit einer Behinderung in den Arbeitsprozess abgeschlossenen Lehrvertrags;

d) in Titel IV Kapitel X des Programmgesetzes vom 2. August 2002 erwähnten Berufseinarbeitungsvertrags."

2. In Absatz 2 wird die Wortfolge "Der König" durch die Wortfolge "Die Regierung" ersetzt und die Wortfolge "von Schülern, Studenten, Lehrkräften, Arbeitssuchenden und Lernenden" gestrichen.

KAPITEL 22 — Abänderung des Gesetzes vom 23. Dezember 2005 über den Solidaritätspakt zwischen den Generationen

Art. 69 - In Artikel 59 des Gesetzes vom 23. Dezember 2005 über den Solidaritätspakt zwischen den Generationen wird die Wortfolge "Der König legt durch einen im Ministerrat beratenen Erlass" durch die Wortfolge "Die Regierung legt" ersetzt.

Art. 70 - Titel V Kapitel III desselben Gesetzes, der die Artikel 79 bis 87 umfasst, wird aufgehoben.

KAPITEL 23 — Schlussbestimmungen

Art. 71 - Sind aufgehoben:

1. das Dekret der Wallonischen Region vom 18. Juli 1997 zur Schaffung eines beruflichen Übergangsprogramms, zuletzt abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 20. Februar 2014;

2. der Königliche Erlass vom 11. Mai 1965 zur Ausführung des Gesetzes vom 19. Februar 1965 über die Ausübung seitens Ausländer von Berufstätigkeiten als Selbständige und zur Regelung der Organisation und des Verfahrens vor dem Rat für Wirtschaftliche Untersuchung in Sachen Ausländer, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 11. Dezember 1980;

3. der Königliche Erlass vom 10. Juni 1994, durch den dem Landesamt für Arbeitsbeschaffung im Hinblick auf eine Beantwortung außerordentlicher und zeitweiliger Personalbedürfnisse erlaubt wird, vertragliche Mitarbeiter einzustellen;

4. der Königliche Erlass vom 9. Juni 1997 zur Ausführung von Artikel 7 § 1 Absatz 3 Buchstabe *m*) des Erlassgesetzes vom 28. Dezember 1944 über die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer in Bezug auf die Programme für beruflichen Übergang, zuletzt abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 3. Juni 2007;

5. der Erlass der Wallonischen Regierung vom 6. November 1997 zur Ausführung des Dekrets vom 18. Juli 1997 zur Schaffung eines beruflichen Übergangsprogramms;

6. der Königliche Erlass vom 11. Juli 2002 zur Festlegung der finanziellen Beteiligung des öffentlichen Sozialhilfezentrums an den Lohnkosten eines Berechtigten im System der sozialen Eingliederung, der im Rahmen eines Programms für beruflichen Übergang beschäftigt wird;

7. der Königliche Erlass vom 14. November 2002 zur Festlegung der finanziellen Beteiligung des öffentlichen Sozialhilfezentrums an den Lohnkosten eines Berechtigten mit Anspruch auf finanzielle Sozialhilfe, der im Rahmen eines Programms für beruflichen Übergang beschäftigt wird, abgeändert durch die Königlichen Erlasse vom 16. Mai 2003 und 1. April 2004;

8. der Königliche Erlass vom 19. Februar 2003 zur Festlegung der Bedingungen, unter denen Arbeitnehmer Benutzern im Rahmen der Programme für beruflichen Übergang zur Verfügung gestellt werden können, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 10. Mai 2007;

9. der Königliche Erlass vom 6. Februar 2007 zur Schaffung eines Föderalen Rats für Solidarwirtschaft, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 19. März 2007;

10. der Königliche Erlass vom 25. Februar 2007 zur Bestimmung der in Artikel 4 Nummern 2 und 3 des Königlichen Erlasses vom 6. Februar 2007 zur Schaffung eines Föderalen Rats für Solidarwirtschaft erwähnten Organisationen, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 19. März 2007;

11. der Königliche Erlass vom 27. April 2007 zu den allgemeinen Ausführungsregeln der Beschäftigungsmaßnahmen von Jugendlichen im nichtkommerziellen Sektor in Ausführung des Gesetzes vom 23. Dezember 2005 über den Solidaritätspakt zwischen den Generationen, abgeändert durch die Königlichen Erlasse vom 28. Oktober 2008 und 31. Mai 2009;

12. der Königliche Erlass vom 30. April 2007 zur Festlegung der Mittel für die Beschäftigung von Jugendlichen im nichtkommerziellen Sektor und ihre Aufteilung;

13. der Ministerielle Erlass vom 31. Mai 2007 zur Ausführung von Artikel 82 des Gesetzes vom 23. Dezember 2005 über den Solidaritätspakt zwischen den Generationen und Festlegung der Globalprojekte in den von der Zuständigkeit der Föderalbehörde abhängenden Sektoren.

Art. 72 - Ungeachtet aller anderslautenden Bestimmungen werden ab dem Haushaltsjahr 2016 keine neuen aufgrund des Kapitels VII des Gesetzes vom 5. September 2001 zur Verbesserung des Arbeitnehmerbeschäftigungsgrades eingereichten Bezuschussungsanträge gewährt.

Die bis zum 31. Dezember 2015 genehmigten Bezuschussungsanträge werden im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel gemäß den zu diesem Zeitpunkt geltenden Bedingungen für den entsprechend vorgesehenen Zeitraum zulasten des Haushalts der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgezahlt.

Art. 73 - Ungeachtet aller anderslautenden Bestimmungen werden ab dem 1. Juli 2016 keine neuen in den Artikeln 131, 131septies/1 und 131septies/2 des Königlichen Erlasses vom 25. November 1991 zur Regelung der Arbeitslosigkeit erwähnten Prämien oder Zuschläge gewährt.

Die bis zum 30. Juni 2016 gewährten Prämien oder Zuschläge werden im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel gemäß den zu diesem Zeitpunkt geltenden Bedingungen für den entsprechend vorgesehenen Zeitraum zulasten des Haushalts der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgezahlt.

Art. 74 - Die in den Artikeln 36sexies, 131septies, 131octies und 131nonies des Königlichen Erlasses vom 25. November 1991 zur Regelung der Arbeitslosigkeit erwähnten Prämien oder Zuschläge, die bis zum 30. Juni 2016 gewährt wurden, werden im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel gemäß den zu diesem Zeitpunkt geltenden Bedingungen für den entsprechend vorgesehenen Zeitraum zulasten des Haushalts der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgezahlt.

Art. 75 - Vorliegendes Dekret tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2016 in Kraft, mit Ausnahme:

1. der Artikel 34 Nummer 1, 73 und 74, die am 1. Juli 2016 in Kraft treten;
2. der Artikel 5, 19, 34 Nummer 2, 37, 63 sowie 71 Nummern 1 und 4-8, die am 1. Oktober 2016 in Kraft treten;
3. der Artikel 41, 42 Nummer 3, 43, 44 Nummern 1-2, 45, 46 Nummer 2, 47, 48, 49, 50 Nummer 2, 51, 52 Nummern 2-6, 53, 54, 55, 56 sowie 64, die zu einem Zeitpunkt in Kraft treten, den die Regierung bestimmt.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgischen Staatsblatt* veröffentlicht wird.
Eupen, den 25. April 2016

O. PAASCH

Der Ministerpräsident

I. WEYKMANS

Die Vize-Ministerpräsidentin, Ministerin für Kultur, Beschäftigung und Tourismus

A. ANTONIADIS

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales

H. MOLLERS

Der Minister für Bildung und wissenschaftliche Forschung

Sitzungsperiode 2015-2016

Nummerierte Dokumente: 107 (2015-2016) Nr. 1 Dekretentwurf + Erratum

107 (2015-2016) Nr. 2 Bericht

Ausführlicher Bericht: 25. April 2016 - Nr. 26 Diskussion und Abstimmung

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2016/202856]

25 AVRIL 2016. — Décret portant des mesures en matière d'Emploi

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE 1^{er} — Modification de l'arrêté-loi du 28 décembre 1944 concernant la sécurité sociale des travailleurs

Article 1^{er} - À l'article 7 de l'arrêté-loi du 28 décembre 1944 concernant la sécurité sociale des travailleurs, modifié en dernier lieu par la loi du 23 avril 2015, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 3, modifié en dernier lieu par la loi du 26 décembre 2013, les lettres *r*, *w*) et *zc*) sont abrogées;

2° il est inséré un § 1^{novies} rédigé comme suit :

« § 1^{novies} - L'habilitation visée au § 1^{er}, alinéa 3, *i*) et *p*), ne permet pas de prendre des mesures en vue de la liquidation des primes, allocations et compléments suivants :

1° l'allocation d'établissement;

2° le complément de mobilité;

3° la prime de formation ALE;

4° la prime de passage. »

Art. 2 - À l'article 8 du même arrêté-loi, inséré par la loi du 30 mars 1994 et modifié en dernier lieu par la loi du 22 décembre 2008, les modifications suivantes sont apportées :

1° au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, les mots « Office national de l'emploi » sont remplacés par les mots « Office de l'emploi de la Communauté germanophone » et le même alinéa est complété par la phrase suivante :

« Chaque agence locale de l'emploi doit être agréée par le Gouvernement avant de pouvoir exercer ses activités. »;

2° dans le § 1^{er}, alinéa 3, les mots « Le Roi » sont remplacés par les mots « Le Gouvernement »;

3° dans le § 2, alinéa 4, remplacé par la loi du 7 avril 1999, les mots « Le Roi » sont remplacés par les mots « Le Gouvernement »;

4° dans le § 2, alinéa 5, remplacé par la loi du 7 avril 1999 et modifié en dernier lieu par la loi du 27 décembre 2005, les mots « Le Roi fixe, par un arrêté délibéré en Conseil des ministres » et « Il détermine par arrêté délibéré en Conseil des ministres, » sont respectivement remplacés par les mots « Le Gouvernement fixe » et « Il détermine »;

5° dans le § 3, alinéa 1^{er}, 2°, a), remplacé par la loi du 2 janvier 2001, les mots « loi du 7 août 1974 instituant le droit à un minimum de moyens d'existence » sont remplacés par les mots « loi du 26 mai 2002 concernant le droit à l'intégration sociale »;

6° dans le § 3, alinéa 2, les mots « Le Roi » sont remplacés par les mots « Le Gouvernement »;

7° dans le § 3, alinéa 3, remplacé par la loi du 7 avril 1999, les mots « Le Roi fixe, par arrêté délibéré en Conseil des ministres, » sont remplacés par les mots « Le Gouvernement fixe »;

8° dans le § 4, alinéa 1^{er}, remplacé par la loi du 7 avril 1999 et modifié par la loi du 22 décembre 2008, les mots « Le Roi détermine, par arrêté délibéré en Conseil des ministres, » sont remplacés par les mots « Le Gouvernement détermine »;

9° dans le § 5, modifié par la loi du 7 avril 1999, les mots « par le Roi » et « Office national de l'emploi » sont respectivement remplacés par les mots « par le Gouvernement » et « Office de l'emploi de la Communauté germanophone »;

10° dans le § 6, alinéa 1^{er}, les mots « Le Roi » sont remplacés par les mots « Le Gouvernement »;

11° dans le § 6, modifié par les lois des 7 avril 1999 et 5 mars 2002, les alinéas 2, 3 et 4 sont abrogés;

12° dans le § 6, alinéa 5, inséré par la loi du 5 mars 2002, les mots « Le Roi peut, dans les conditions et selon les modalités qu'il détermine, charger l'Office national de l'emploi du contrôle des recettes et des dépenses des agences locales pour l'emploi et prévoir » sont remplacés par les mots « Le Gouvernement détermine les conditions et modalités du contrôle des recettes et des dépenses des agences locales pour l'emploi. Il peut prévoir »;

13° dans le § 8, inséré par la loi du 5 mars 2002, les mots « Le Roi » sont remplacés par les mots « Le Gouvernement »;

14° dans le § 11, alinéa 1^{er}, inséré par la loi du 8 avril 2003, les mots « Office national de l'emploi » sont remplacés par les mots « Office de l'emploi de la Communauté germanophone ».

Art. 3 - Dans l'article 8^{ter}, alinéas 1^{er} et 2, du même arrêté-loi, insérés par la loi du 29 mars 2012, les mots « Office national de l'emploi » et « par le Roi » sont chaque fois remplacés, respectivement, par les mots « Office de l'emploi de la Communauté germanophone » et « par le Gouvernement ».

Art. 4 - Dans l'article 9 du même arrêté-loi, inséré par la loi du 30 mars 1994, les mots « par le Roi » sont remplacés par les mots « par le Gouvernement ».

CHAPITRE 2 — Modification de l'arrêté-loi du 7 février 1945 concernant la sécurité sociale des marins de la marine marchande

Art. 5 - À l'article 3, § 1^{er}, de l'arrêté-loi du 7 février 1945 concernant la sécurité sociale des marins de la marine marchande, remplacé par la loi du 12 août 2000, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 3, les mots « par l'armateur et/ou » sont abrogés;

2° les alinéas 4, 5 et 6 sont abrogés.

CHAPITRE 3 — Modification de la loi du 19 février 1965 relative à l'exercice, par les étrangers, des activités professionnelles indépendantes

Art. 6 - Dans la loi du 19 février 1965 relative à l'exercice, par les étrangers, des activités professionnelles indépendantes, modifiée en dernier lieu par la loi du 1^{er} mars 2007, le mot « Roi » est remplacé par le mot « Gouvernement ».

Art. 7 - Dans l'article 1^{er}, alinéa 1^{er}, de la même loi, remplacé par la loi du 2 février 2001, les mots « sur le territoire du Royaume » sont remplacés par les mots « en Région de langue allemande ».

Art. 8 - L'article 2, alinéa 2, de la même loi, remplacé par la loi du 2 février 2001, est abrogé.

Art. 9 - À l'article 3 de la même loi, remplacé par le décret du 28 juin 1984 et modifié par les lois des 2 février 2001, 1^{er} mai 2006 et 1^{er} mars 2007, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le paragraphe 1^{er}, alinéa 1^{er}, les mots « le fonctionnaire délégué désigné par le Ministre des Classes moyennes » sont remplacés par les mots « par le Gouvernement »;

2° dans le paragraphe 1^{er}, alinéa 2, la première phrase est remplacée par ce qui suit :

« Le Gouvernement peut donner aux guichets d'entreprises le pouvoir de délivrer la carte professionnelle qu'il a accordée. »;

3° le paragraphe 3 est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Une demande d'octroi, de prolongation ou de renouvellement d'une carte professionnelle ne respecte pas les conditions d'accès notamment :

1° lorsque la demande contient ou a contenu des informations incomplètes ou inexacts ou lorsque les conditions visées dans la loi ou dans ses arrêtés d'exécution ne sont pas remplies;

2° lorsque l'activité indépendante transgresse soit l'ordre public, soit la sécurité publique, soit les lois, les décrets et les règlements ou viole les accords et traités internationaux dans les matières concernant le recrutement et l'emploi de travailleurs étrangers;

3° lorsque s'imposent des raisons d'ordre public ou de sécurité publique, qui s'appuient sur le propre comportement du demandeur;

4° lorsque le demandeur transgresse le statut social des indépendants ou que la demande permet de conclure que le demandeur sera par la suite occupé dans le cadre d'une activité dépendante;

5° lorsque le demandeur ou la personne morale à laquelle il participe, le cas échéant, ne remplit pas ou ne remplira pas les conditions requises pour l'accès à la profession ou à l'activité;

6° lorsqu'il s'agit d'un projet économique pour lequel le revenu tiré de l'activité indépendante ne permet pas au demandeur de subvenir à ses besoins ou à ceux de sa famille;

7° lorsque la condition mentionnée à l'article 4, § 1^{er}, n'est pas remplie. »

Art. 10 - À l'article 6 de la même loi, remplacé par la loi du 1^{er} mai 2006, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« Le Gouvernement détermine :

1° si la demande d'octroi, de prolongation ou de renouvellement d'une carte professionnelle correspond aux conditions d'admissibilité;

2° si l'octroi représente, notamment au regard de la promotion de l'emploi, une plus-value économique durable pour la Communauté germanophone. Pour ce faire, il peut être conseillé par des experts externes en matière économique.

Le cas échéant, le Gouvernement peut imposer des conditions à l'octroi d'une demande. »

2° dans l'alinéa 2, qui devient l'alinéa 3, les mots « par le fonctionnaire délégué » sont abrogés et les mots « ministre des Classes Moyennes » sont remplacés par le mot « Gouvernement ».

3° les nouveaux alinéas 4, 6, 7 et 8 sont abrogés;

4° le nouvel alinéa 5 est remplacé par ce qui suit :

« Le Gouvernement prend et notifie sa décision au demandeur dans les deux mois de la réception du recours. »

Art. 11 - À l'article 7 de la même loi, modifié par la loi du 2 février 2001, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, la phrase introductive est remplacée par ce qui suit :

« Le Gouvernement peut retirer sa carte professionnelle au titulaire : »;

2° l'alinéa 2 est remplacé par les alinéas suivants :

« L'étranger auquel la carte professionnelle a été retirée peut introduire un recours auprès du Gouvernement dans un délai de trente jours calendrier à dater du jour où il a pris connaissance de la décision de retrait.

Le Gouvernement prend sa décision et la notifie au demandeur dans les deux mois suivant la réception du recours. »

Art. 12 - Les articles 8 et 9, modifiés par la loi du 28 juin 1984, et les articles 10 et 11 de la même loi sont abrogés.

Art. 13 - Dans l'article 12, alinéa 1^{er}, de la même loi, le mot « cinq » est remplacé par le nombre « 15 ».

Art. 14 - À l'article 13, alinéa 1^{er}, de la même loi, modifié par la loi du 2 février 2001, les modifications suivantes sont apportées :

1° le 2° est abrogé.

2° dans le 5°, les mots « ou au Conseil d'enquête économique pour étrangers » sont abrogés.

Art. 15 - Dans l'article 14, alinéa 1^{er}, de la même loi, les mots "2° à 5°" sont remplacés par les mots "3° à 5°".

CHAPITRE 4 — Modification de la loi du 2 avril 1965

relative à la prise en charge des secours accordés par les centres publics d'aide sociale

Art. 16 - À l'article 5 de la loi du 2 avril 1965 relative à la prise en charge des secours accordés par les centres publics d'aide sociale, modifié en dernier lieu par la loi du 28 avril 2010, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 4^{bis}, alinéa 3, remplacé par la loi du 2 août 2002, les mots « Le Roi » sont remplacés par les mots « Le Gouvernement »;

2° (Concerne le texte allemand.)

3° dans le § 4^{ter}, alinéa 3, remplacé par la loi du 2 août 2002, les mots « Le Roi fixe, par arrêté délibéré en Conseil des Ministres, » sont remplacés par les mots « Le Gouvernement fixe ».

CHAPITRE 5 — Modification de la loi du 8 juillet 1976 organique des centres publics d'action sociale

Art. 17 - À l'article 57^{quater} de la loi du 8 juillet 1976 organique des centres publics d'action sociale, remplacé par la loi du 2 août 2002 et modifié par la loi du 22 décembre 2003, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 2, les mots « Le Roi » sont chaque fois remplacés par les mots « Le Gouvernement »;

2° dans le § 4, les mots « Le Roi peut, par arrêté délibéré en Conseil des Ministres, dans les conditions qu'il détermine, » sont remplacés par les mots « Le Gouvernement peut, dans les conditions qu'il détermine, ».

Art. 18 - À l'article 60, § 7, de la même loi, remplacé par la loi du 24 décembre 1999 et modifié par la loi du 2 août 2002, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 3, les mots « par le ministre compétent pour l'économie sociale » sont remplacés par les mots « par le Gouvernement ».

2° dans l'alinéa 4, inséré par la loi du 2 août 2002, les mots « le Roi » sont remplacés par les mots « le Gouvernement ».

CHAPITRE 6 — Modification de la loi du 29 juin 1981

établissant les principes généraux de la sécurité sociale des travailleurs salariés

Art. 19 - Dans l'article 37^{ter}, § 1^{er}, de la loi du 29 juin 1981 établissant les principes généraux de la sécurité sociale des travailleurs salariés, remplacé par la loi du 20 juillet 2005 et modifié par la loi du 25 avril 2014, la première phrase est abrogée.

CHAPITRE 7 — Modification de la loi de redressement du 22 janvier 1985 contenant des dispositions sociales

Art. 20 - À l'article 108 de la loi de redressement du 22 janvier 1985 contenant des dispositions sociales, modifié par les lois des 26 mars 1999, 2 août 2002 et 30 décembre 2009, les modifications suivantes sont apportées :

1° le § 1^{er}, 2°, est remplacé par ce qui suit :

« 2° aux employeurs qui ont une unité d'établissement en région de langue allemande et occupent les personnes mentionnées au 1°. »;

2° dans le § 4, la phrase introductive est remplacée par ce qui suit :

« Le Gouvernement peut : ».

Art. 21 - À l'article 109 de la même loi, modifié en dernier lieu par l'arrêté royal du 11 février 2013, les modifications suivantes sont apportées :

1° au § 1^{er}, le 1° est remplacé par ce qui suit :

« 1° les cours organisés dans le cadre de l'enseignement de promotion sociale et qui sont dispensés dans les instituts de formation scolaire continuée organisés, subventionnés ou reconnus par la Communauté germanophone ou qui sont organisés, subventionnés ou reconnus par une autre Communauté; »;

2° au § 1^{er}, 2°, les mots « dont le Roi » sont remplacés par les mots « dont le Gouvernement »;

3° dans le § 1^{er}, le 2^{bis}, inséré par l'arrêté royal du 23 juillet 1985, est remplacé par ce qui suit :

« 2^{bis} les cours de type court et de plein exercice, dispensés le soir ou le weekend et organisés, subventionnés ou reconnus par la Communauté germanophone ou une autre Communauté »;

4° dans le § 1^{er}, le 3° est remplacé par ce qui suit :

« 3° les cours de niveau universitaire, de type long et de plein exercice, dispensés le soir ou le weekend dans des établissements d'enseignement supérieur et organisés, subventionnés ou reconnus par la Communauté germanophone ou une autre Communauté »;

5° dans le § 1^{er}, 4°, l'alinéa 1^{er}, remplacé par l'arrêté royal du 23 juillet 1985 et modifié par l'arrêté royal du 10 août 2005, est remplacé par ce qui suit :

« les cours universitaires des premiers et deuxièmes cycles, dispensés le soir ou le weekend dans les universités et les établissements assimilés aux universités ainsi que les cours menant aux grades de bachelier ou de master dispensés le soir ou le weekend dans des établissements d'enseignement supérieur organisés, subventionnés ou reconnus par la Communauté germanophone ou une autre Communauté »;

6° dans le § 1^{er}, 5°, les mots « dont le Roi fixe la liste, par arrêté délibéré en Conseil des Ministres » sont remplacés par les mots « dont le Gouvernement fixe la liste »;

7° dans le § 1^{er}, 6°, les mots « dont le Roi fixe la liste, par arrêté délibéré en Conseil des Ministres » sont remplacés par les mots « dont le Gouvernement fixe la liste »;

8° dans le § 1^{er}, 6^{bis}, inséré par la loi du 29 mars 2012, les mots "le service régional compétent pour la formation professionnelle" sont remplacés par les mots "l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone";

9° dans le § 1^{er}, le 7° est remplacé par ce qui suit :

« 7° la préparation aux et la présentation d'examens devant le jury de la Communauté germanophone ou les jurys des autres Communautés ou Régions sous réserve de modalités particulières d'application déterminées par le Gouvernement; »;

10° dans le § 1^{er}, 7^{bis}, inséré par la loi du 30 décembre 2001 et modifié par l'arrêté royal du 11 février 2013, les mots « par le Roi » sont remplacés par les mots « par le Gouvernement »;

11° dans le § 1^{er}, 8^{bis}, inséré par la loi du 10 juin 1993, les mots « par la Commission d'agrément » sont abrogés;

12° dans le § 1^{er}, 9°, les mots « par la commission d'agrément instituée par l'article 110 » sont remplacés par les mots « par le Gouvernement »;

13° dans le § 2, alinéa 1^{er}, le 3° est abrogé;

14° dans le § 2, alinéa 2, les mots « au Ministère de l'Emploi et du Travail ainsi qu'à la commission d'agrément » sont remplacés par les mots « au département du Ministère de la Communauté germanophone compétent pour la Formation »;

15° dans le § 3, remplacé par la loi du 10 juin 1993, la phrase introductive est remplacée par ce qui suit :

« Le Gouvernement peut : ».

Art. 22 - À l'article 110 de la même loi, modifié en dernier lieu par la loi du 5 septembre 2001, les modifications suivantes sont apportées :

1° le § 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« § 1^{er} - Le Gouvernement statue selon les modalités fixées par lui :

1° sur l'agrément du programme des formations mentionnées à l'article 109, § 1^{er}, 9°, et sur le retrait ou la suspension de cet agrément;

2° sur le retrait ou la suspension de l'agrément des formations mentionnées à l'article 109, § 1^{er}, 1° à 8^{bis}, et § 2, 1° et 2°. »;

2° le § 2, modifié en dernier lieu par la loi du 5 septembre 2001, le § 3, le § 3^{bis}, inséré par la loi du 22 décembre 1989, et le § 4 sont abrogés.

Art. 23 - À l'article 111 de la même loi, modifié en dernier lieu par la loi du 29 mars 2012, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, le 1° est abrogé;

2° dans le § 1^{er}, alinéa 3, 1° et 3°, le nombre « 120 » est chaque fois remplacé par le nombre « 100 »;

3° dans le § 2, alinéa 2, les mots « ces formations sont suivies » sont remplacés par les mots « ces cours de langue sont suivis » et le nombre « 120 » est remplacé par le nombre « 100 »;

4° le § 3, inséré par la loi du 17 mai 2007, est remplacé par ce qui suit :

« § 3 - Lorsque les heures de cours coïncident avec le temps de travail de l'intéressé, les heures de congé peuvent être prises au-delà des plafonds visés au § 1^{er}, 1° et 3°, de sorte que les heures de congé suivantes peuvent être accordées :

1° au total 120 heures pour suivre des formations professionnelles;

2° au total 120 heures pour suivre plusieurs cours de nature différente. »;

5° dans le § 4, les mots « et après avis de la Commission d'agrément » sont abrogés, les mots « le Ministre de l'Emploi et du Travail » sont remplacés par les mots « le Gouvernement », et le nombre « 180 » est remplacé par le nombre « 100 »;

6° le § 5, remplacé par la loi du 20 juillet 2006, est remplacé par ce qui suit :

« § 5 - Par dérogation aux paragraphes 1, 2, 3 et 4, le nombre maximal d'heures est de 120 par an, que la formation coïncide ou non avec les heures de travail et aussi si elle est suivie en relation avec d'autres formation pour :

1° les formations mentionnées à l'article 109, § 1^{er}, 2^{bis}, 3° et 4°;

2° les formations mentionnées à l'article 109, § 1^{er}, 9°, qui mènent au grade de bachelor ou de master. »;

7° dans la phrase introductive du § 5^{bis}, inséré par la loi du 29 mars 2012, les mots « et 5° » sont remplacés par les mots « , 4° et 5° »;

8° dans le § 5^{bis}, 3°, inséré par la loi du 29 mars 2012, les mots « reconnues par la commission d'agrément, » sont abrogés;

9° le § 5^{bis}, inséré par la loi du 29 mars 2012, est complété par un 5°, rédigé comme suit :

« 5° les formations relatives à des aptitudes élémentaires pour des travailleurs peu qualifiés. »;

10° le § 6 est abrogé;

11° dans le § 7, alinéa 1^{er}, la phrase introductive est remplacée par ce qui suit :

"Le Gouvernement peut : "

12° dans le § 7, remplacé par la loi du 27 décembre 2006, l'alinéa 2 est abrogé;

13° dans le § 8, les mots « Le Roi » sont remplacés par les mots « Le Gouvernement »;

Art. 24 - Dans l'article 112, alinéa 2, de la même loi, les mots « le Roi » sont remplacés par les mots « le Gouvernement ».

Art. 25 - Dans l'article 116, § 3, de la même loi, les mots « le Roi » sont remplacés par les mots « le Gouvernement ».

Art. 26 - À l'article 120 de la même loi, modifié en dernier lieu par la loi du 27 décembre 2006, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 1^{er}, modifié par la loi du 5 septembre 2001, est remplacé par ce qui suit :

« Les employeurs peuvent obtenir le remboursement des rémunérations afférentes au congé-éducation payé, dans les conditions fixées par le Gouvernement, et ce, dans les limites des crédits budgétaires disponibles. »;

2° l'alinéa 2, inséré par la loi du 27 décembre 2005, et l'alinéa 5, inséré par la loi du 27 décembre 2006, sont abrogés;

3° dans l'alinéa 3, inséré par la loi du 27 décembre 2006, les mots « Le Roi peut, par dérogation aux alinéas précédents et au plus tôt pour les formations suivies à partir de l'année scolaire 2005-2006, par arrêté délibéré en Conseil des ministres, dans les conditions et modalités qu'il fixe, » sont remplacés par les mots « Le Gouvernement peut »;

4° dans l'alinéa 4, inséré par la loi du 27 décembre 2006, la phrase introductive est remplacée par ce qui suit :

« Pour l'application de l'alinéa précédent, le Gouvernement détermine : ».

Art. 27 - L'article 121, remplacé par la loi du 27 décembre 2006 et modifié en dernier lieu par la loi du 25 avril 2014, l'article 122, modifié en dernier lieu par la loi du 27 avril 2007, et l'article 123, modifié en dernier lieu par la loi du 19 juillet 2001, de la même loi sont abrogés.

Art. 28 - L'article 124 de la même loi, remplacé par la loi du 6 juin 2010, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 124 - Les personnes désignées à cette fin par le Gouvernement peuvent procéder à toutes les enquêtes, à tous les contrôles et à toutes les informations et collecter tous les renseignements qu'elles estiment nécessaires pour s'assurer que les dispositions de la présente section et de ses arrêtés d'exécution sont respectées. »

Art. 29 - Dans l'article 130 de la même loi, les mots « le Roi » sont remplacés par les mots « le Gouvernement ».

Art. 30 - À l'article 137bis de la même loi, inséré par la loi du 22 décembre 1989 et modifié en dernier lieu par la loi du 17 mai 2007, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, modifié par l'arrêté royal du 28 mars 1995, les mots « et des cotisations sociales » sont abrogés et les mots « par le Roi » et « de deux ans » sont respectivement remplacés par les mots « par le Gouvernement » et « d'un an et demi »;

2° dans le § 1^{er}, l'alinéa 2, inséré par la loi du 27 décembre 2006 et remplacé par la loi du 17 mai 2007, est abrogé;

3° le § 2 est abrogé.

CHAPITRE 8 — Modification de la loi du 24 juillet 1987 sur le travail temporaire, le travail intérimaire et la mise de travailleurs à la disposition d'utilisateurs

Art. 31 - À l'article 1^{er}, § 7, de la loi sur le travail temporaire, le travail intérimaire et la mise de travailleurs à la disposition d'utilisateurs, inséré par la loi du 23 décembre 2005, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « approuvé par la région où est situé l'établissement dans lequel le travailleur est occupé, » et « par le Roi » sont respectivement remplacés par les mots « approuvé par l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone » et « par le Gouvernement »;

2° dans l'alinéa 2, les mots « par le Roi » sont remplacés par les mots « par le Gouvernement »;

3° dans l'alinéa 3, la dernière phrase est remplacée par ce qui suit :

« Le Gouvernement peut modifier les groupes cibles. »

Art. 32 - À l'article 32^{bis} de la même loi, inséré par la loi du 23 décembre 2005, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, les mots « approuvé par la région où est situé l'établissement dans lequel le travailleur est occupé par l'utilisateur, » et « par le Roi » sont respectivement remplacés par les mots « approuvé par l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone » et « par le Gouvernement »;

2° dans le § 2, la dernière phrase est remplacée par ce qui suit :

« Le Gouvernement peut modifier les groupes cibles. »

3° dans le § 3, les mots « par le Roi » sont remplacés par les mots « par le Gouvernement »;

4° dans le § 5, les mots « le service régional de l'emploi » sont remplacés par les mots « l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone ».

CHAPITRE 9 — Modification du décret du 21 janvier 1991
portant suppression et réorganisation des Fonds budgétaires

Art. 33 - À l'article 5 du décret du 21 janvier 1991 portant suppression et réorganisation des Fonds budgétaires, modifié par le décret du 3 février 2003, les modifications suivantes sont apportées :

1° le § 1^{er}, alinéa 2, est complété par un 10° rédigé comme suit :

« 10° d'une partie des moyens versés par la Région wallonne, destinés à l'exercice des compétences en matière d'Emploi. »

2° le § 2 est complété par un 6° rédigé comme suit :

« 6° pour la liquidation de subventions destinées au soutien à la formation. »

CHAPITRE 10 — Modification de l'arrêté royal du 25 novembre 1991 portant réglementation du chômage

Art. 34 - À l'arrêté du 25 novembre 1991 portant réglementation du chômage, modifié en dernier lieu par l'arrêté royal du 5 février 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1° les articles 36*sexies*, 131*septies*, 131*octies* et 131*nonies* sont abrogés;

2° les articles 78*ter* et 131*quater* sont abrogés.

CHAPITRE 11 — Modification du décret du 16 décembre 1991
relatif à la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les PME

Art. 35 - L'article 16 du décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les PME, modifié par les décrets des 14 février 2000, 17 mai 2004, 27 juin 2011 et 16 janvier 2012, est complété par les 16° et 17° rédigés comme suit :

« 16° octroyer des primes aux employeurs et apprentis dans le cadre de systèmes de formation en alternance et les gérer;

17° procéder à l'agrément de tuteurs en vue de la réduction pour groupe cible mentionnée à l'article 347*bis* de la loi-programme du 24 décembre 2002. »

CHAPITRE 12 — Modification de la loi du 24 décembre 1993 créant des fonds budgétaires
et modifiant la loi organique du 27 décembre 1990 créant des fonds budgétaires

Art. 36 - Dans la rubrique 23 « Emploi et Travail » de l'annexe à la loi du 24 décembre 1993 créant des fonds budgétaires et modifiant la loi organique du 27 décembre 1990 créant des fonds budgétaires, les mots suivants, insérés par la loi du 5 septembre 2001 et modifiés par la loi-programme du 27 décembre 2004, sont abrogés :

« Dénomination du fonds budgétaire organique 23-9 Fonds de l'expérience professionnelle.

Nature des recettes affectées :

- - recettes provenant des cotisations des employeurs et des travailleurs versées à l'Office national de sécurité sociale dont le montant est déterminé annuellement par le budget;

- - recouvrement des subventions qui ont été versées indûment.

Nature des dépenses autorisées :

frais administratifs, frais résultant de l'engagement de personnel et dépenses affectées au paiement des subventions visées à l'article 26, alinéa 1^{er}, de la loi du 5 septembre 2001 visant à améliorer le taux d'emploi des travailleurs. »

CHAPITRE 13 — Modification de la loi du 26 juillet 1996 relative à la promotion
de l'emploi et à la sauvegarde préventive de la compétitivité

Art. 37 - L'article 7, § 2, de la loi du 26 juillet 1996 relative à la promotion de l'emploi et à la sauvegarde préventive de la compétitivité est complété par un alinéa 2 rédigé comme suit :

« L'habilitation visée à l'alinéa 1^{er} ne permet pas de prendre des mesures visant à diminuer les cotisations de sécurité sociale pour les employeurs des secteurs du dragage, du remorquage et de la marine marchande. »

CHAPITRE 14 — Modification du décret de la Région wallonne du 5 février 1998
relatif à la surveillance et au contrôle des législations relatives à la politique de l'emploi

Art. 38 - À l'article 1^{er} du décret de la Région wallonne du 5 février 1998 relatif à la surveillance et au contrôle des législations relatives à la politique de l'emploi, modifié par les décrets des 17 janvier 2000, 17 mai 2004, 18 décembre 2006 et 11 mai 2009, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le 9°, les mots « l'article 7, § 1^{er}, ainsi que ses arrêtés d'exécution » sont remplacés par les mots « l'article 7, §§ 1^{er} et 1*bis*, et les articles 8 à 9, ainsi que leurs arrêtés d'exécution;

2° l'article est complété par les 14° à 25° rédigés comme suit :

« 14° la loi du 19 février 1965 relative à l'exercice, par les étrangers, des activités professionnelles indépendantes, ainsi que ses arrêtés d'exécution;

15° l'article 5, §§ 4*bis* à 4*quater* de la loi du 2 avril 1965 relative à la prise en charge des secours accordés par les centres publics d'aide sociale, ainsi que ses arrêtés d'exécution;

16° les articles 57*quater*, 60, § 7, et 61 de la loi du 8 juillet 1976 organique relative aux centres publics d'aide sociale, ainsi que leurs arrêtés d'exécution;

17° les articles 1^{er}, § 7, et 32*bis* de la loi du 24 juillet 1987 sur le travail temporaire, le travail intérimaire et la mise de travailleurs à la disposition d'utilisateurs, ainsi que leurs arrêtés d'exécution;

18 les articles 59 et 67 de la loi du 26 mars 1999 relative au plan d'action belge pour l'emploi 1998 et portant des dispositions diverses;

19° la loi du 30 avril 1999 relative à l'occupation des travailleurs étrangers, ainsi que ses arrêtés d'exécution;

20° l'article 43 de la loi du 24 décembre 1999 en vue de la promotion de l'emploi, ainsi que ses arrêtés d'exécution;

21° les articles 194 et 195 de la loi du 12 août 2000 portant des dispositions sociales, budgétaires et diverses, ainsi que leurs arrêtés d'exécution;

22° les chapitre V et VII de la loi du 5 septembre 2001 visant à améliorer le taux d'emploi des travailleurs, ainsi que leurs arrêtés d'exécution;

23° les articles 8, 9, §§ 1^{er} à 3, et les articles 36 à 39 de la loi du 26 mai 2002 concernant le droit à l'intégration sociale, ainsi que leurs arrêtés d'exécution;

24° les articles 324 à 328, 335 à 341*bis*, 346 à 347*bis*, 353*bis*, 353*bis*/9 à 353*bis*/14, 353*ter* et 353*quater* de la loi-programme (I) du 24 décembre 2002, ainsi que leurs arrêtés d'exécution;

25° le Titre IV, chapitre XII, de la loi du 23 décembre 2005 relative au pacte de solidarité entre les générations, ainsi que ses arrêtés d'exécution. »

3° le même article est complété par un alinéa 2 rédigé comme suit :

« Les missions mentionnées à l'alinéa 1^{er} sont exercées sans préjudice d'éventuelles compétences d'inspection et de contrôle des services y habilités par l'autorité fédérale dans le cadre de ses compétences. »

CHAPITRE 15 — Modification de la loi du 26 mars 1999 relative au plan d'action belge pour l'emploi 1998 et portant des dispositions diverses

Art. 39 - Dans l'article 67, alinéa 1^{er}, de la loi du 26 mars 1999 relative au plan d'action belge pour l'emploi 1998 et portant des dispositions diverses, modifié par la loi du 22 mai 2005, les mots « le Ministre de l'Emploi et du Travail » sont remplacés par les mots « le Gouvernement ».

CHAPITRE 16 — Modification de la loi du 30 avril 1999 relative à l'occupation des travailleurs étrangers

Art. 40 - Dans la loi du 30 avril 1999 relative à l'occupation des travailleurs étrangers, modifiée en dernier lieu par la loi du 11 février 2013, les mots « le Roi » sont chaque fois remplacés par les mots « le Gouvernement ».

Art. 41 - L'article 1^{er} de la même loi est remplacé par ce qui suit :

« Article 1^{er} - La présente loi transpose partiellement les directives suivantes :

1° la directive 2009/52/CE du Parlement européen et du Conseil du 18 juin 2009 prévoyant des normes minimales concernant les sanctions et les mesures à l'encontre des employeurs de ressortissants de pays tiers en séjour irrégulier;

2° la directive 2011/98/UE du Parlement européen et du Conseil du 13 décembre 2011 établissant une procédure de demande unique en vue de la délivrance d'un permis unique autorisant les ressortissants de pays tiers à résider et à travailler sur le territoire d'un État membre et établissant un socle commun de droits pour les travailleurs issus de pays tiers qui résident légalement dans un État membre;

3° la directive 2014/36/UE du Parlement européen et du Conseil du 26 février 2014 établissant les conditions d'entrée et de séjour des ressortissants de pays tiers aux fins d'un emploi en tant que travailleur saisonnier;

4° la directive 2014/66/UE du Parlement européen et du Conseil du 15 mai 2014 établissant les conditions d'entrée et de séjour des ressortissants de pays tiers dans le cadre d'un transfert temporaire intragroupe. »

Art. 42 - À l'article 2 de la même loi, les modifications suivantes sont apportées :

1° le 2° est abrogé.

2° dans le 4°, modifié par la loi du 11 février 2013, les mots « l'article 17, § 1^{er}, du Traité instituant la Communauté européenne » sont remplacés par les mots « l'article 20, § 1^{er}, du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne »;

3° l'alinéa est complété par les 5° à 14° rédigés comme suit :

« 5° permis unique : autorisation permettant à un ressortissant d'un pays tiers de résider légalement sur le territoire belge :

a) pour travailler;

b) pour exercer une activité soumise au rythme des saisons pour une durée dépassant 90 jours;

c) à des fins professionnelles ou de formation dans le cadre d'un transfert temporaire intragroupe;

d) à des fins professionnelles ou de formation dans le cadre d'un transfert temporaire intragroupe sur la base d'un permis pour personne faisant l'objet d'un transfert temporaire intragroupe valable délivré par une autre entité territoriale belge ou un autre État membre de l'UE, pour autant que le Gouvernement l'ait prévu;

6° travailleur saisonnier : le ressortissant d'un pays tiers qui conserve son lieu de résidence principal dans un pays tiers et séjourne légalement et temporairement sur le territoire belge pour exercer une activité soumise au rythme des saisons, sur la base d'un ou de plusieurs contrats de travail à durée déterminée, conclu(s) directement entre ce ressortissant d'un pays tiers et l'employeur établi en région de langue allemande;

7° activité soumise au rythme des saisons : une activité en lien avec une certaine époque de l'année présentant une situation récurrente ou une suite d'événements récurrents liés aux conditions saisonnières pendant lesquels les besoins de main-d'œuvre sont nettement supérieurs à ceux qui sont nécessaires dans le cadre des activités courantes;

8° permis de travail saisonnier : une autorisation mentionnant un travail saisonnier, délivrée au moyen du modèle fixé par le règlement (CE) n° 1030/2002 du Conseil et donnant à son titulaire le droit de séjourner et de travailler sur le territoire belge pour une durée dépassant 90 jours;

9° transfert temporaire intragroupe : le détachement temporaire à des fins professionnelles ou de formation d'un ressortissant d'un pays tiers qui, à la date de l'introduction de la demande de permis pour personne faisant l'objet d'un transfert temporaire intragroupe, réside en dehors du territoire belge, par une entreprise établie en dehors du territoire belge et à laquelle ce ressortissant d'un pays tiers est lié par un contrat de travail avant et pendant le transfert temporaire, dans une entité (implantation) établie en région de langue allemande appartenant à ladite entreprise ou au même groupe d'entreprises et, le cas échéant, la mobilité entre des entités hôtes établies dans un ou plusieurs deuxièmes États membres;

10° personne faisant l'objet d'un transfert temporaire intragroupe : tout ressortissant d'un pays tiers qui réside en dehors du territoire belge à la date de l'introduction de la demande de permis pour personne faisant l'objet d'un transfert temporaire intragroupe et qui fait l'objet d'un transfert temporaire intragroupe;

11° entité hôte : l'entité (implantation) dans laquelle la personne faisant l'objet d'un transfert temporaire intragroupe est transférée temporairement, quelle que soit sa forme juridique, établie en région de langue allemande;

12° permis pour personne faisant l'objet d'un transfert temporaire intragroupe : une autorisation portant l'acronyme « ICT » et permettant à son titulaire de séjourner et de travailler en région de langue allemande;

13° permis pour mobilité de longue durée : une autorisation portant la mention « mobile ICT » et permettant au titulaire d'un permis pour personne faisant l'objet d'un transfert temporaire intragroupe délivré par une autre entité territoriale belge ou un autre État membre de l'UE de séjourner et de travailler en région de langue allemande;

14° groupe d'entreprises : deux ou plusieurs entreprises considérées comme étant liées de l'une des manières suivantes : lorsqu'une entreprise, directement ou indirectement, à l'égard d'une autre entreprise, détient la majorité du capital souscrit de l'entreprise; dispose de la majorité des voix attachées aux parts émises par l'entreprise; est habilitée à nommer plus de la moitié des membres de l'organe d'administration, de direction ou de surveillance de l'entreprise; ou lorsque les entreprises sont placées sous la direction unique de l'entreprise mère. »

Art. 43 - L'intitulé du chapitre III est remplacé par ce qui suit :

« Autorisation d'occupation, permis de travail et permis unique ».

Art. 44 - L'article 4 de la même loi est remplacé par ce qui suit :

1° dans le § 1^{er}, l'alinéa 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« § 1^{er} - L'employeur qui souhaite occuper un travailleur étranger en région de langue allemande doit au préalable obtenir, de l'autorité compétente, l'une des autorisations suivantes :

1° une autorisation d'occupation ou

2° un permis unique. »

Si le travailleur étranger dispose déjà d'un permis unique, l'employeur ne doit pas introduire de demande pour une autorisation d'occupation. »;

2° dans le § 2, l'alinéa 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« Les autorisations mentionnées au § 1^{er} ne sont pas accordées lorsque le ressortissant étranger a pénétré en Belgique en vue d'y être occupé avant que l'employeur ait obtenu ladite autorisation. »

3° dans le § 4, les mots « Le Roi fixe, par arrêté délibéré en Conseil des Ministres, » sont remplacés par les mots « Le Gouvernement fixe ».

Art. 45 - À l'article 4/1 de la même loi, inséré par la loi du 11 février 2013, les modifications suivantes sont apportées :

1° le 1° est remplacé par ce qui suit :

« 1° vérifier, au préalable, que celui-ci dispose déjà d'un titre de séjour, d'une autre autorisation de séjour valable ou d'un permis unique; »;

2° dans le 2°, les mots « ou d'une autre autorisation de séjour » sont remplacés par les mots « , d'une autre autorisation de séjour ou du permis unique »;

Art. 46 - À l'article 5 de la même loi, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « en région de langue allemande » sont insérés entre les mots « prestations de travail » et les mots « le travailleur étranger »;

2° dans l'alinéa 2, la phrase est complétée par les mots « ou, le cas échéant, par ce permis unique. »

Art. 47 - L'article 6 du même décret est complété par un 3° rédigé comme suit :

« 3° un permis unique prévu à l'article 4, § 1^{er}. »

Art. 48 - Dans la même loi, il est inséré un article 6/1 rédigé comme suit :

« Art. 6/1 - Afin d'obtenir un permis de travail saisonnier en vue d'exercer une activité soumise au rythme des saisons pour une durée dépassant 90 jours, le permis unique avec la mention correspondante, visé à l'article 4, § 1^{er}, doit être demandé.

Pour l'exercice d'une activité soumise au rythme des saisons pour une durée ne dépassant pas 90 jours, le permis de travail avec la mention correspondante, visé à l'article 5, doit être demandé.

Le Gouvernement fixe la liste des secteurs d'activité qui comprennent des activités soumises au rythme des saisons. »

Art. 49 - Dans la même loi, il est inséré un article 6/2 rédigé comme suit :

« Art. 6/2 - Afin d'obtenir un permis pour personne faisant l'objet d'un transfert temporaire intragroupe à des fins professionnelles ou de formation dans le cadre d'un transfert temporaire intragroupe, le permis unique avec la mention correspondante, visé à l'article 4, § 1^{er}, doit être demandé. »

Art. 50 - À l'article 7 de la même loi, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « Le Roi fixe, par arrêté délibéré en Conseil des Ministres, » sont remplacés par les mots « Le Gouvernement fixe »;

2° l'alinéa 2 est complété par les mots « ou un permis unique. »;

Art. 51 - L'intitulé du chapitre IV est remplacé par ce qui suit :

« Conditions et modalités d'obtention des autorisations d'occupation, des permis de travail et des permis uniques ».

Art. 52 - À l'article 8 de la même loi, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, les mots « Le Roi détermine, par un arrêté délibéré en Conseil des ministres, » sont remplacés par les mots « Le Gouvernement détermine »;

2° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, les mots « des autorisations d'occupation et des permis de travail » sont remplacés par les mots « des autorisations d'occupation, des permis de travail ou des permis uniques, et ce, sans préjudice des compétences de l'autorité fédérale »;

3° dans le § 1^{er}, alinéa 2, les mots « des autorisations d'occupation et des permis de travail » sont remplacés par les mots « des autorisations d'occupation, des permis de travail ou d'un permis unique »;

4° dans le § 2, alinéa 1^{er}, les mots « d'autorisations d'occupation et de permis de travail » sont remplacés par les mots « d'autorisations d'occupation, de permis de travail ou de permis uniques »;

5° dans le § 2, alinéa 2, les mots « des autorisations d'occupation et des permis de travail » sont remplacés par les mots « des autorisations d'occupation, des permis de travail ou des permis uniques »;

6° dans le paragraphe 3, alinéa 1^{er}, les mots « , de permis uniques » sont insérés entre les mots « de permis de travail » et le mot « et »;

7° dans le § 3, alinéa 2, modifié par l'arrêté royal du 20 juillet 2000, les mots « 12 EUR » sont remplacés par les mots « 200 euros ».

Art. 53 - Dans la même loi, il est inséré un chapitre IV/1, comportant l'article 8/1, rédigé comme suit :

« Chapitre IV/1 - Mobilité des personnes faisant l'objet d'un transfert temporaire intragroupe

Art. 8/1 - § 1^{er} - Le Gouvernement fixe les conditions auxquelles les ressortissants de pays tiers disposant d'un titre de séjour pour personne faisant l'objet d'un transfert temporaire intragroupe valable, délivré par une autre entité territoriale belge ou un autre État membre de l'UE, peuvent pour une période allant jusqu'à 90 jours, répartis sur une période de 180 jours, résider sur le territoire belge et travailler dans une entité (implantation) établie en région de langue allemande appartenant à une même entreprise ou à un même groupe d'entreprises.

§ 2 - Le Gouvernement peut déterminer que les ressortissants de pays tiers, disposant d'un titre de séjour pour personne faisant l'objet d'un transfert temporaire intragroupe valable, délivré par une autre entité territoriale belge ou un autre État membre de l'UE, et qui envisagent de résider sur le territoire belge pour une durée dépassant 90 jours et de travailler pour une autre entité (implantation) établie en région de langue allemande appartenant à une même entreprise ou à un même groupe d'entreprises, doivent au préalable obtenir de l'autorité compétente un permis pour mobilité de longue durée.

Dans ce cas, le permis unique avec la mention correspondante, visé à l'article 4, § 1^{er}, doit être demandé. »

Art. 54 - Dans l'article 9 de la même loi, les mots « ainsi que le travailleur étranger et/ou l'employeur auquel le permis unique est refusé ou retiré » sont insérés entre le mot « retirée, » et le mot « peuvent ».

Art. 55 - L'intitulé du chapitre VI de la même loi est complété par les mots « et accès aux informations ».

Art. 56 - Le chapitre VI de la même loi est complété par un article 11/1 rédigé comme suit :

« Art. 11/1 - Le Gouvernement veille à ce que les informations relatives à toutes les preuves écrites nécessaires à l'introduction d'une demande ainsi que celles relatives à l'entrée et au séjour soient mises facilement à la disposition des demandeurs.

Ces informations reprennent les droits et les obligations, les garanties procédurales, les possibilités de recours et précisent, le cas échéant, que le non-respect des dispositions de la présente loi et de ses arrêtés d'exécution peut entraîner des sanctions. Elles sont transmises par écrit aux demandeurs au moment de l'introduction de la demande. »

Art. 57 - L'article 19, alinéa 1^{er}, de la même loi est remplacé par ce qui suit :

« Pour exercer la compétence lui attribuée par la présente loi, le Gouvernement peut demander l'avis du Conseil consultatif pour l'occupation des travailleurs étrangers, ci-après dénommé "Conseil". »

Art. 58 - Le chapitre IX de la même loi, comportant l'article 20, est abrogé.

CHAPITRE 17 — Modification du décret du 17 janvier 2000 portant création d'un Office de l'emploi en Communauté germanophone

Art. 59 - À l'article 2, § 1^{er}, du décret du 17 janvier 2000 portant création d'un Office de l'emploi en Communauté germanophone, modifié par le décret du 11 mai 2009, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le 1°, les mots « des travailleurs » sont remplacés par les mots « des travailleurs et demandeurs d'emploi »;

2° le 2° est remplacé par ce qui suit :

« 2° d'octroyer et de gérer des allocations et incitants à l'emploi et à la formation confiés à l'Office en vertu d'une disposition légale, décrétable ou réglementaire; »;

3° le 4° est remplacé par ce qui suit :

« 4° d'intervenir dans la réinsertion des demandeurs d'emploi; »

4° le 5° est remplacé par ce qui suit :

« 5° de mener les contrôles relatifs à la disponibilité des demandeurs d'emploi dont l'inscription est obligatoire et de statuer sur les sanctions y afférentes, et ce, dans le respect du cadre normatif de l'autorité fédérale. Est considéré comme demandeur d'emploi dont l'inscription est obligatoire tout demandeur d'emploi qui s'est inscrit auprès de l'Office en vue d'obtenir l'allocation de chômage ou l'allocation d'insertion professionnelle; »

5° le 6°, abrogé par le décret du 11 mai 2009, est rétabli dans la rédaction suivante :

« 6° de statuer sur la dispense à l'exigence de disponibilité pour le marché du travail qui est octroyée aux demandeurs d'emploi indemnisés en cas de reprise d'études, de suivi d'une formation professionnelle ou d'un stage; »;

6° dans le 7°, le mot « indemnisés » est abrogé et la phrase suivante est ajoutée après la première :

« Cela consiste au moins à :

a) établir des attestations relatives à la réduction des cotisations patronales à la sécurité sociale, déterminées d'après les caractéristiques des travailleurs;

b) établir des attestations et vérifier des demandes d'activation pour les allocations octroyées par l'assurance-chômage en cas de reprise du travail avec maintien d'une allocation qui est déduite du salaire par l'employeur;

c) informer et conseiller les demandeurs d'emploi et employeurs à propos de programmes visant la remise au travail; »

7° le 8°, abrogé par le décret du 11 mai 2009, est rétabli dans la rédaction suivante :

« 8° d'assurer la coordination des tâches et activités ainsi que la tutelle administrative du personnel occupé par les agences locales pour l'emploi; »;

8° le § 1^{er} est complété par un 10° rédigé comme suit :

« 10° en matière de reclassement professionnel :

a) de rembourser aux employeurs les frais de reclassement professionnel, conformément aux dispositions en vigueur;

b) de sanctionner les employeurs qui n'ont proposé aucun reclassement professionnel;

c) d'utiliser le montant récupéré pour reclasser des travailleurs licenciés auxquels un reclassement n'a pas été proposé. »

Art. 60 - Dans l'article 6, § 3, du même décret, la deuxième phrase est abrogée.

Art. 61 - Dans le chapitre II du même décret, la section 4, abrogée par le décret du 25 mai 2009, est rétablie dans la rédaction suivante :

« Section 4 - Service de contrôle

Art. 14 - Le service de contrôle est chargé du contrôle des demandeurs d'emploi dont l'inscription est obligatoire, visés à l'article 2, § 1^{er}, 5°. Il dépend directement du fonctionnaire dirigeant de l'Office de l'Emploi.

Le service de contrôle mène ses missions de manière impartiale. Il prend tous les intérêts et tous les points de vue en considération et agit de manière indépendante par rapport aux intérêts des parties concernées.

Le conseil d'administration prend les mesures organisationnelles nécessaires pour distinguer les missions de contrôle des missions de médiation, d'encadrement et de formation de l'Office de l'Emploi. Il veille à ce que les membres du personnel occupés dans le service de contrôle ne soient pas influencés dans leur prise de décision et qu'ils puissent se laisser guider par des considérations et des faits objectifs.

Les membres du personnel occupés dans le service de contrôle évitent tout conflit d'intérêt effectif ou supposé. Dans tout cas où un tel doute pourrait surgir, le membre du personnel concerné se fait représenter.

Art. 14.1 - Si le service de contrôle constate que le demandeur d'emploi dont l'inscription est obligatoire a entrepris des efforts suffisants en vue de s'insérer sur le marché de l'emploi, il l'informe par écrit, au plus tard 14 jours après le contrôle :

- 1° de cette évaluation;
- 2° de son obligation de poursuivre ses efforts d'insertion;
- 3° du fait que, le cas échéant, un autre contrôle pourrait avoir lieu ultérieurement.

Si le service de contrôle constate que le demandeur d'emploi dont l'inscription est obligatoire n'a pas entrepris d'efforts suffisants en vue de s'insérer sur le marché de l'emploi, il l'informe par écrit, au plus tard 14 jours après le contrôle :

- 1° de l'évaluation et de la sanction correspondante, et ce, dans une décision motivée;
- 2° de la possibilité de recours, de la juridiction compétente ainsi que des délais et des procédures à respecter dans ces cas;
- 3° du fait que, le cas échéant, un autre contrôle aura lieu au plus tard six mois après l'évaluation négative.

L'Office de l'Emploi informe immédiatement l'Office national de l'emploi de l'évaluation négative et de la sanction correspondante infligée au demandeur d'emploi dont l'inscription est obligatoire.

Les délais mentionnés dans le présent article sont calculés en jours calendrier. Le jour où expire un délai est compris dans ce délai. Si ce jour coïncide avec un samedi, un dimanche ou un jour férié, il est reporté au jour ouvrable suivant. »

Art. 62 - Dans le même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 25 février 2013, il est inséré entre le chapitre II et le chapitre III un chapitre II.1, comportant les articles 14.2 à 14.6, rédigé comme suit :

« Chapitre II.1 - Communication électronique

Art. 14.2 - Dans le cadre de ses compétences, l'Office peut communiquer par voie électronique avec un bénéficiaire si celui-ci a préalablement marqué son accord de manière explicite.

Le bénéficiaire peut en tout temps retirer son accord, et ce, sans justification.

Art. 14.3 - Lorsque le bénéficiaire a préalablement marqué son accord de manière explicite, la communication électronique entre l'Office et le bénéficiaire, qu'elle soit uni- ou bilatérale, a le même effet juridique et la même force probante que les communications transmises par la poste.

Préalablement, l'Office de l'emploi informe le bénéficiaire de manière détaillée sur d'éventuelles démarches administratives et sur les conséquences juridiques de cet accord.

Le bénéficiaire peut en tout temps retirer son accord, et ce, sans justification.

Art. 14.4 - En tenant compte du contenu, de l'objectif et de la nature de la communication électronique, l'Office prend toutes les mesures nécessaires pour :

- 1° assurer la sécurité de la communication électronique;
- 2° garantir la confidentialité, l'authenticité et la complétude des données échangées;
- 3° assurer la traçabilité des transferts de données.

Art. 14.5 - En vue de simplifier le transfert des données, l'Office peut fixer des restrictions et des exigences techniques.

Art. 14.6 - Le Gouvernement peut préciser les dispositions du présent chapitre et fixer d'autres obligations en matière de communication électronique. »

CHAPITRE 18 — Modification de la loi du 12 août 2000 portant des dispositions sociales, budgétaires et diverses

Art. 63 - L'article 183 de la loi du 12 août 2000 portant des dispositions sociales, budgétaires et diverses est abrogé.

CHAPITRE 19 — Modification de la loi du 5 septembre 2001 visant à améliorer le taux d'emploi des travailleurs

Art. 64 - À l'article 15 de la loi du 5 septembre 2001 visant à améliorer le taux d'emploi des travailleurs, remplacé par la loi du 24 décembre 2002, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans les alinéas 1^{er} et 2, les mots « Le Roi » sont chaque fois remplacés par les mots « Le Gouvernement »;
- 2° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « Office national de l'Emploi » sont remplacés par les mots « Office de l'emploi de la Communauté germanophone ».

CHAPITRE 20 — Modification de la loi du 26 mai 2002 concernant le droit à l'intégration sociale

Art. 65 - Dans l'article 9, § 2, de la loi du 26 mai 2002 concernant le droit à l'intégration sociale, les mots « Le Roi » sont chaque fois remplacés par les mots « Le Gouvernement ».

Art. 66 - Dans l'article 36, § 2, de la même loi, les mots « le Roi » sont remplacés par les mots « le Gouvernement ».

Art. 67 - Dans l'article 38, alinéa 3, de la même loi, les mots « Le Roi fixe, par arrêté délibéré en Conseil des Ministres, » sont remplacés par les mots « Le Gouvernement fixe ».

CHAPITRE 21 — Modification de la loi-programme (I) du 24 décembre 2002

Art. 68 - À l'article 347*bis* de la loi-programme (I) du 24 décembre 2002, inséré par la loi du 30 décembre 2009, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« Les employeurs visés à l'article 335 de la présente loi bénéficient d'une réduction groupe cible pour des travailleurs qui, pendant leur période d'occupation, assurent comme tuteurs le suivi de stages ou sont responsables pour la formation dans le cadre

a) d'un contrat d'apprentissage conclu en application de la loi du 19 juillet 1983 sur l'apprentissage de professions exercées par des travailleurs salariés;

b) d'un contrat d'apprentissage conclu en application de la réglementation relative à la formation continue dans les classes moyennes;

c) d'un contrat d'apprentissage conclu en application de la réglementation instaurant un système de formation en entreprise en vue de préparer à l'intégration professionnelle de personnes handicapées;

d) d'une convention d'immersion professionnelle, mentionnée au Titre IV, chapitre X, de la loi-programme du 2 août 2002. »

2° dans l'alinéa 2, les mots « Le Roi » sont remplacés par les mots « Le Gouvernement » et les mots « d'élèves, d'étudiants, d'enseignants, de demandeurs d'emploi et d'apprenants » sont abrogés.

CHAPITRE 22 — Modification de la loi du 23 décembre 2005 relative au pacte de solidarité entre les générations

Art. 69 - Dans l'article 59 de la loi du 23 décembre 2005 relative au pacte de solidarité entre les générations, les mots « Le Roi détermine par arrêté délibéré en Conseil des Ministres » sont remplacés par les mots « Le Gouvernement détermine ».

Art. 70 - Le Titre V, chapitre III, de la même loi, qui comporte les articles 79 à 87, est abrogé.

CHAPITRE 23 — Dispositions finales

Art. 71 - Sont abrogés :

1° le décret de la Région wallonne du 18 juillet 1997 créant un programme de transition professionnelle, modifié en dernier lieu par le décret de la Région wallonne du 20 février 2014;

2° l'arrêté royal du 11 mai 1965 pris en exécution de la loi du 19 février 1965 relative à l'exercice, par les étrangers, des activités professionnelles indépendantes et réglant l'organisation et la procédure à suivre par le Conseil d'enquête économique pour étrangers, modifié par l'arrêté royal du 11 décembre 1980;

3° l'arrêté royal du 10 juin 1994 autorisant l'Office national de l'Emploi à engager des contractuels en vue de répondre à des besoins exceptionnels et temporaires en personnel;

4° l'arrêté royal du 9 juin 1997 d'exécution de l'article 7, § 1^{er}, alinéa 3, m), de l'arrêté-loi du 28 décembre 1944 concernant la sécurité sociale des travailleurs relatif aux programmes de transition professionnelle, modifié en dernier lieu par l'arrêté royal du 3 juin 2007;

5° l'arrêté du Gouvernement wallon du 6 novembre 1997 d'exécution du décret du 18 juillet 1997 créant un programme de transition professionnelle;

6° l'arrêté royal du 11 juillet 2002 déterminant l'intervention financière du centre public d'aide sociale dans le coût salarial d'un ayant droit à l'intégration sociale mis au travail dans un programme de transition professionnelle;

7° l'arrêté royal du 14 novembre 2002 déterminant l'intervention financière du centre public d'aide sociale dans le coût salarial d'un ayant droit à une aide sociale financière mis au travail dans un programme de transition professionnelle, modifié par les arrêtés royaux des 16 mai 2003 et 1^{er} avril 2004;

8° l'arrêté royal du 19 février 2003 fixant les conditions dans lesquelles les travailleurs peuvent être mis à la disposition des utilisateurs dans le cadre des programmes de transition, modifié par l'arrêté royal du 10 mai 2007;

9° l'arrêté royal du 6 février 2007 portant création du Conseil fédéral pour l'Économie plurielle, modifié par l'arrêté royal du 19 mars 2007;

10° l'arrêté royal du 25 février 2007 désignant les organisations visées à l'article 4, 2° et 3°, de l'arrêté royal du 6 février 2007 portant création du Conseil fédéral pour l'Économie plurielle, modifié par l'arrêté royal du 19 mars 2007;

11° l'arrêté royal du 27 avril 2007 portant les dispositions générales d'exécution des mesures en faveur de l'emploi des jeunes dans le secteur non marchand résultant de la loi du 23 décembre 2005 relative au pacte de solidarité entre les générations, modifié par les arrêtés royaux des 28 octobre 2008 et 31 mai 2009;

12° l'arrêté royal du 30 avril 2007 portant fixation des enveloppes pour l'emploi des jeunes dans le secteur non-marchand et sa répartition;

13° l'arrêté ministériel du 31 mai 2007 exécutant l'article 82 de la loi du 23 décembre 2005 relative au pacte de solidarité entre les générations et déterminant les projets globaux dans les secteurs relevant de la compétence de l'autorité fédérale.

Art. 72 - Sans préjudice de toute disposition contraire, toute nouvelle demande de subside introduite en application au chapitre VII de la loi du 5 septembre 2001 visant à améliorer le taux d'emploi des travailleurs sera refusée à partir de l'année budgétaire 2016.

Les demandes de subsides approuvées jusqu'au 31 décembre 2015 seront liquidées à charge du budget de la Communauté germanophone, dans les limites des crédits budgétaires disponibles pour la période correspondante prévue, et ce, conformément aux conditions alors applicables.

Art. 73 - Sans préjudice de toute disposition contraire, aucune nouvelle prime ni aucun nouveau complément, tels que mentionnés dans les articles 131, 131septies/1 et 131septies/2 de l'arrêté royal du 25 novembre 1991 portant réglementation du chômage, ne seront octroyés à partir du 1^{er} juillet 2016.

Les primes et compléments octroyés jusqu'au 30 juin 2016 seront liquidés à charge du budget de la Communauté germanophone, dans les limites des crédits budgétaires disponibles pour la période correspondante prévue, et ce, conformément aux conditions alors applicables.

Art. 74 - Les primes et compléments visés aux articles 36sexies, 131septies, 131octies et 131nonies de l'arrêté royal du 25 novembre 1991 portant réglementation du chômage et octroyés jusqu'au 30 juin 2016 seront liquidés à charge du budget de la Communauté germanophone, dans les limites des crédits budgétaires disponibles pour la période correspondante prévue, et ce, conformément aux conditions applicables.

Art. 75 - Le présent décret produit ses effets le 1^{er} janvier 2016, à l'exception :
 1° des articles 34, 1°, 73 et 74, qui entrent en vigueur le 1^{er} juillet 2016;
 2° des articles 5, 19, 34, 2°, 37, 63, ainsi que 71, 1° et 4 à 8°, qui entrent en vigueur le 1^{er} octobre 2016;
 3° des articles 41, 42, 3°, 43, 44, 1° et 2°, 45, 46, 2°, 47, 48, 49, 50, 2°, 51, 52, 2° à 6°, 53, 54, 55, 56 et 64, qui entrent en vigueur à un moment déterminé par le Gouvernement.
 Nous promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.
 Eupen, le 25 avril 2016

O. PAASCH
 Le Ministre-Président
 I. WEYKMANS

La Vice-Ministre-Présidente, Ministre de la Culture, de l'Emploi et du Tourisme
 A. ANTONIADIS

Le Ministre de la Famille, de la Santé et des Affaires sociales
 H. MOLLERS

Le Ministre de l'Éducation et de la Recherche scientifique

Session 2015-2016

Documents parlementaires : 107 (2015-2016) n° 1 Projet de décret + Erratum

107 (2015-2016) n° 2 Rapport

Compte rendu intégral : 25 avril 2016, n° 26 Discussion et vote

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2016/202856]

25 APRIL 2016. — Decreet houdende maatregelen inzake werkgelegenheid

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt:

HOOFDSTUK 1 — Wijziging van de besluitwet van 28 december 1944
 betreffende de maatschappelijke zekerheid der arbeiders

Artikel 1 - In artikel 7 van de besluitwet van 28 december 1944 betreffende de maatschappelijke zekerheid der arbeiders, laatstelijk gewijzigd bij de wet van 23 april 2015, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in paragraaf 1, derde lid, laatstelijk gewijzigd bij de wet van 26 december 2013, worden de bepalingen onder r), w) en zc) opgeheven.

2° er wordt een paragraaf 1novies ingevoegd, luidende:

"§ 1novies - De machtiging bedoeld in paragraaf 1, derde lid, i) en p), omvat niet de machtiging om maatregelen te nemen voor de uitbetaling van de volgende premies, uitkeringen of toeslagen:

1° de vestigingsuitkering;

2° de mobiliteitstoelage;

3° de PWA-opleidingspremie;

4° de doorstromingspremie."

Art. 2 - In artikel 8 van dezelfde besluitwet, ingevoegd bij de wet van 30 maart 1994 en laatstelijk gewijzigd bij de wet van 22 december 2008, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in paragraaf 1, eerste lid, worden de woorden "Rijksdienst voor arbeidsvoorziening" vervangen door de woorden "dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap" en wordt hetzelfde lid aangevuld als volgt:

"Elk plaatselijk werkgelegenheidsagentschap moet door de Regering erkend worden voordat het zijn activiteiten mag uitoefenen."

2° in paragraaf 1, derde lid, worden de woorden "De Koning" vervangen door de woorden "De Regering";

3° in paragraaf 2, vierde lid, vervangen bij de wet van 7 april 1999, worden de woorden "De Koning" vervangen door de woorden "De Regering";

4° paragraaf 2, vijfde lid, vervangen bij de wet van 7 april 1999 en laatstelijk gewijzigd bij de wet van 27 december 2005, wordt vervangen als volgt: "De Regering stelt het bedrag vast van de vergoedingen die de kandidaat-gebruiker van een activiteit moet betalen aan het plaatselijk werkgelegenheidsagentschap, wanneer hij een aanvraag indient bij dit agentschap. Zij bepaalt de grenzen waarbinnen de aanschafprijs die de gebruiker moet betalen voor de PWA-cheques gelegen is en hoe dit bedrag wordt vastgesteld. Zij bepaalt eveneens de wijze waarop de kandidaat-gebruiker de PWA-cheques aanschafte en aan wie het bedrag van de PWA-cheques ten goede komt. Zij kan tevens bepalen op welke wijze dit bedrag van de PWA-cheques wordt aangewend. Zij kan ook de wijze bepalen waarop de gebruiker de terugbetaling van niet gebruikte PWA-cheques kan bekomen.";

5° in paragraaf 3, eerste lid, 2°, a), vervangen bij de wet van 2 januari 2001, worden de woorden "het bestaansminimum genieten bepaald bij de wet van 7 augustus 1974 tot instelling van het recht op een bestaansminimum" vervangen door de woorden "het leefloon ontvangen bepaald bij de wet van 26 mei 2002 betreffende het recht op maatschappelijke integratie";

6° in paragraaf 3, tweede lid, worden de woorden "De Koning" telkens vervangen door de woorden "De Regering";

7° in paragraaf 3, derde lid, vervangen bij de wet van 7 april 1999, worden de woorden "De Koning bepaalt, bij een in Ministerraad overlegd besluit," vervangen door de woorden "De Regering bepaalt";

8° in paragraaf 4, eerste lid, vervangen bij de wet van 7 april 1999 en gewijzigd bij de wet van 22 december 2008, worden de woorden "De Koning bepaalt, bij een in Ministerraad overlegd besluit," vervangen door de woorden "De Regering bepaalt" en wordt het woord "Hij" vervangen door het woord "Zij";

9° in paragraaf 5, gewijzigd bij de wet van 7 april 1999, worden de woorden "Rijksdienst voor arbeidsvoorziening" vervangen door de woorden "dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap" en worden de woorden "door de Koning" vervangen door de woorden "door de Regering";

10° in paragraaf 6, eerste lid, worden de woorden "De Koning" vervangen door de woorden "De Regering";

11° in paragraaf 6, gewijzigd bij de wet van 7 april 1999 en de wet van 5 maart 2002, worden het tweede, derde en vierde lid opgeheven;

12° in paragraaf 6, vijfde lid ingevoegd bij de wet van 5 maart 2002, dat het tweede lid wordt, worden de woorden "De Koning kan, volgens de voorwaarden en de nadere regels die Hij bepaalt, de Rijksdienst voor arbeidsvoorziening belasten met de controle op de inkomsten en de uitgaven van de plaatselijke werkgelegenheidsagentschappen en voorzien in een vermindering ten belope van ten hoogste 75 % van de financiële middelen die aan deze agentschappen worden toebedeeld in geval van verhindering van de controle, het niet opmaken of het niet ter beschikking stellen van voorgeschreven documenten of onjuiste besteding van de ontvangsten." vervangen door de woorden "De Regering bepaalt de voorwaarden en de nadere regels betreffende de controle op de inkomsten en de uitgaven van de plaatselijke werkgelegenheidsagentschappen. Zij kan voorzien in een vermindering ten belope van ten hoogste 75 % van de financiële middelen die aan deze agentschappen worden toebedeeld in geval van verhindering van de controle, het niet opmaken of het niet ter beschikking stellen van voorgeschreven documenten of onjuiste besteding van de ontvangsten.";

13° in paragraaf 8, ingevoegd bij de wet van 5 maart 2002, worden de woorden "De Koning" vervangen door de woorden "De Regering" en wordt het woord "Hij" vervangen door het woord "Zij";

14° in paragraaf 11, eerste lid, ingevoegd bij de wet van 8 april 2003, worden de woorden "Rijksdienst voor Arbeidsvoorziening" vervangen door de woorden "Dienst voor Arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap".

Art. 3 - In artikel 8ter, eerste en tweede lid, van dezelfde besluitwet, ingevoegd bij de wet van 29 maart 2012, worden de woorden "Rijksdienst voor Arbeidsvoorziening" telkens vervangen door de woorden "Dienst voor Arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap" en worden de woorden "door de Koning" telkens vervangen door de woorden "door de Regering".

Art. 4 - In artikel 9 van dezelfde besluitwet, ingevoegd bij de wet van 30 maart 1994, worden de woorden "door de Koning" vervangen door de woorden "door de Regering".

Hoofdstuk 2 - Wijziging van de besluitwet van 7 februari 1945 betreffende de maatschappelijke veiligheid van de zeelieden ter koopvaardij

Art. 5 - In artikel 3, § 1, van de besluitwet van 7 februari 1945 betreffende de maatschappelijke veiligheid van de zeelieden ter koopvaardij, vervangen bij de wet van 12 augustus 2000, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het derde lid worden de woorden "door de reder en/of" opgeheven;

2° het vierde, vijfde en zesde lid wordt opgeheven.

HOOFDSTUK 3 — Wijziging van de wet van 19 februari 1965 betreffende de uitoefening van de zelfstandige beroepsactiviteiten der vreemdelingen

Art. 6 - In de wet van 19 februari 1965 betreffende de uitoefening van de zelfstandige beroepsactiviteiten der vreemdelingen, laatstelijk gewijzigd bij de wet van 1 maart 2007, worden de woorden "De Koning" resp. "de Koning" telkens vervangen door de woorden "De Regering" resp. "de Regering" en wordt het naar de Koning verwijzende woord "Hij" aan het begin van een zin telkens vervangen door het woord "Zij" en binnen de tekst telkens vervangen door "zij".

Art. 7 - In artikel 1, eerste lid, van dezelfde wet, vervangen bij de wet van 2 februari 2001, worden de woorden "op het grondgebied van het Koninkrijk" vervangen door de woorden "in het Duitse taalgebied".

Art. 8 - Artikel 2, tweede lid, van dezelfde wet, vervangen bij de wet van 2 februari 2001, wordt opgeheven.

Art. 9 - In artikel 3 van dezelfde wet, vervangen bij de wet van 28 juni 1984 en gewijzigd bij de wetten van 2 februari 2001, 1 mei 2006 en 1 maart 2007, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in paragraaf 1, eerste lid, worden de woorden "door de afgevaardigde ambtenaar die door de Minister van Middenstand is aangewezen" vervangen door de woorden "door de Regering";

2° in paragraaf 1, tweede lid, worden de woorden "door de daartoe afgevaardigde ambtenaar bedoeld in het eerste lid" vervangen door de woorden "door haar";

3° in paragraaf 3 wordt na het eerste lid het volgende lid ingevoegd:

"Een aanvraag om verkrijging, verlenging of vernieuwing van een beroepskaart voldoet niet aan de ontvanke-
lijkheidsvoorwaarden in het bijzonder indien:

1° de aanvraag onvolledige of onjuiste gegevens bevat of bevat heeft of niet voldoet aan de voorwaarden vermeld in de wet of in de uitvoeringsbesluiten ervan;

2° de zelfstandige beroepsactiviteit indruist tegen de openbare orde, tegen de openbare veiligheid of tegen de wetten, decreten en verordeningen of tegen internationale overeenkomsten en verdragen inzake indienstneming en tewerkstelling van buitenlandse werknemers;

3° dat noodzakelijk is om redenen van openbare orde of openbare veiligheid die op het persoonlijke gedrag van de aanvrager berusten;

4° de aanvraag indruist tegen het sociaal statuut van de zelfstandigen of uit de aanvraagsituatie kan worden opgemaakt dat de aanvrager daarna in het kader van een niet-zelfstandige beroepsactiviteit tewerkgesteld zal worden;

5° de aanvrager of de rechtspersoon waaraan hij eventueel deelneemt, niet voldoet of niet zal voldoen aan de voorwaarden voor de toegang tot het beroep of tot de activiteit;

6° het gaat om een economisch project waarbij het inkomen uit de zelfstandige beroepsactiviteit de aanvrager niet in staat stelt om in zijn levensonderhoud of in dat van zijn gezin te voorzien;

7° de voorwaarde vermeld in artikel 4, § 1, niet wordt nageleefd."

Art. 10 - In artikel 6 van dezelfde wet, vervangen bij de wet van 1 mei 2006, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het eerste lid wordt vervangen door de volgende twee leden:

“De Regering beoordeelt:

1° of de aanvraag om verkrijging, verlenging of vernieuwing van een beroepskaart voldoet aan de ontvankelijkheidsvoorwaarden;

2° of, in het bijzonder met betrekking tot de bevordering van de werkgelegenheid, het inwilligen van de aanvraag een duurzame economische meerwaarde voor de Duitstalige Gemeenschap biedt. Hierbij kan zij zich laten adviseren door externe deskundigen in economische kwesties.

De Regering kan de aanvraag eventueel onder voorwaarden inwilligen.”

2° in het tweede lid, dat het derde lid wordt, worden de woorden “door de afgevaardigde ambtenaar” opgeheven en worden de woorden “bij de Minister van Middenstand” vervangen door de woorden “bij de Regering”;

3° het nieuwe vierde, zesde, zevende en achtste lid wordt opgeheven;

4° het nieuwe vijfde lid wordt vervangen als volgt: “Binnen twee maanden te rekenen vanaf de ontvangst van het beroep neemt de Regering een beslissing en brengt die ter kennis van de aanvrager.”

Art. 11 - In artikel 7 van dezelfde wet, gewijzigd bij de wet van 2 februari 2001, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid wordt de inleidende zin vervangen als volgt: “De Regering kan de beroepskaart intrekken van een houder:”;

2° het tweede lid wordt vervangen door de volgende leden:

“De vreemdeling van wie de beroepskaart ingetrokken werd, kan binnen een termijn van dertig kalenderdagen die ingaat bij kennisneming van de intrekkingbeslissing, beroep instellen bij de Regering.

Binnen twee maanden te rekenen vanaf de ontvangst van het beroep neemt de Regering een beslissing en brengt die ter kennis van de aanvrager.”

Art. 12 - Artikel 8, gewijzigd bij de wet van 28 juni 1984, artikel 9, gewijzigd bij de wet van 28 juni 1984, artikel 10 en artikel 11 van dezelfde wet worden opgeheven.

Art. 13 - In artikel 12, eerste lid, van dezelfde wet wordt het woord “vijf” vervangen door het getal “15”.

Art. 14 - In artikel 13, eerste lid, van dezelfde wet, gewijzigd bij de wet van 2 februari 2001, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de bepaling onder 2° wordt opgeheven;

2° in de bepaling onder 5° worden de woorden “, of aan de Raad voor Economisch Onderzoek inzake Vreemdelingen” opgeheven.

Art. 15 - In artikel 14, eerste lid, van dezelfde wet worden de woorden “2° tot 5°” vervangen door de woorden “3° tot 5°”.

HOOFDSTUK 4 — Wijziging van de wet van 2 april 1965 betreffende het ten laste nemen van de steun verleend door de openbare centra voor maatschappelijk welzijn

Art. 16 - In artikel 5 van de wet van 2 april 1965 betreffende het ten laste nemen van de steun verleend door de openbare centra voor maatschappelijk welzijn, laatstelijk gewijzigd bij de wet van 28 april 2010, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in paragraaf 4bis, derde lid, vervangen bij de wet van 2 augustus 2002, worden de woorden “De Koning” vervangen door de woorden “De Regering”;

2° in paragraaf 4bis, vierde lid, vervangen bij de wet van 2 augustus 2002, wordt het woord “Hij” vervangen door het woord “Zij”;

3° in paragraaf 4ter, derde lid, vervangen bij de wet van 2 augustus 2002, worden de woorden “De Koning bepaalt, bij een besluit vastgesteld na overleg in de Ministerraad,” vervangen door de woorden “De Regering bepaalt”.

HOOFDSTUK 5 — Wijziging van de organieke wet van 8 juli 1976 betreffende de openbare centra voor maatschappelijk welzijn

Art. 17 - In artikel 57quater van de organieke wet van 8 juli 1976 betreffende de openbare centra voor maatschappelijk welzijn, vervangen bij de wet van 2 augustus 2002 en gewijzigd bij de wet van 22 december 2003, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in paragraaf 2 worden de woorden “De Koning” telkens vervangen door de woorden “De Regering”;

2° in paragraaf 4 worden de woorden “De Koning kan, bij een besluit vastgesteld na overleg in de Ministerraad, onder de voorwaarden die Hij bepaalt,” vervangen door de woorden “De Regering kan, onder de voorwaarden die zij bepaalt,”.

Art. 18 - In artikel 60, § 7, van dezelfde wet, vervangen bij de wet van 24 december 1999 en gewijzigd bij de wet van 2 augustus 2002, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het derde lid worden de woorden “door de minister bevoegd voor sociale economie” vervangen door de woorden “door de Regering”;

2° in het vierde lid, ingevoegd bij de wet van 2 augustus 2002, worden de woorden “de Koning” vervangen door de woorden “de Regering”.

HOOFDSTUK 6 — Wijziging van de wet van 29 juni 1981 houdende de algemene beginselen van de sociale zekerheid voor werknemers

Art. 19 - In artikel 37ter, § 1, van de wet van 29 juni 1981 houdende de algemene beginselen van de sociale zekerheid voor werknemers, vervangen bij de wet van 20 juli 2005 en gewijzigd bij de wet van 25 april 2014, wordt de eerste zin opgeheven.

HOOFDTUK 7 — Wijziging van de herstellwet van 22 januari 1985 houdende sociale bepalingen

Art. 20 - In artikel 108 van de herstellwet van 22 januari 1985 houdende sociale bepalingen, gewijzigd bij de wetten van 26 maart 1999, 2 augustus 2002 en 30 december 2009, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° paragraaf 1, 2°, wordt vervangen als volgt:

"2° op de werkgevers die een vestiging hebben in het Duitse taalgebied en die personen als bedoeld in 1° tewerkstellen."

2° in paragraaf 4 wordt de inleidende zin vervangen als volgt: "§ 4. De Regering kan: "

Art. 21 - In artikel 109 van dezelfde wet, laatstelijk gewijzigd bij het koninklijk besluit van 11 februari 2013, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in paragraaf 1, wordt de bepaling onder 1° vervangen als volgt: "1° de cursussen in het kader van het onderwijs voor sociale promotie die gegeven worden door onderwijsinstellingen voor sociale promotie georganiseerd, gesubsidieerd of erkend door de Duitstalige Gemeenschap of door een andere Gemeenschap;"

2° in paragraaf 1, 2°, worden de woorden "waarvan de Koning" vervangen door de woorden "waarvan de Regering";

3° in paragraaf 1, wordt de bepaling onder 2°bis, ingevoegd bij het koninklijk besluit van 23 juli 1985, vervangen als volgt: "2°bis de cursussen van het korte type en met volledig leerplan, die 's avonds of in het weekeinde in instellingen voor hoger onderwijs gegeven worden en die door de Duitstalige Gemeenschap of een andere Gemeenschap georganiseerd, gesubsidieerd of erkend worden;"

4° in paragraaf 1, wordt de bepaling onder 3° vervangen als volgt: "3° de cursussen op universitair niveau van het lange type en met volledig leerplan die 's avonds of tijdens het weekeinde in instellingen voor hoger onderwijs gegeven worden en die door de Duitstalige Gemeenschap of een andere Gemeenschap georganiseerd, gesubsidieerd of erkend worden;"

5° in paragraaf 1, 4°, wordt het eerste lid, vervangen bij het koninklijk besluit van 23 juli 1985 en gewijzigd bij het koninklijk besluit van 10 augustus 2005, vervangen als volgt: "de universitaire cursussen van de eerste en de tweede cyclus die 's avonds of tijdens het weekend worden gegeven in universiteiten die door de Duitstalige Gemeenschap of een andere Gemeenschap georganiseerd, gesubsidieerd of erkend worden of in met die universiteiten gelijkgestelde instellingen, evenals de cursussen die leiden tot de graad van bachelor of master die 's avonds of tijdens het weekend worden gegeven in instellingen voor hoger onderwijs die door de Duitstalige Gemeenschap of een andere Gemeenschap georganiseerd, gesubsidieerd of erkend worden;"

6° in paragraaf 1 wordt de bepaling onder 5° vervangen als volgt: "5° de opleidingen die geregeld worden door de reglementen betreffende de voortdurende vorming in de middenstand en waarvan de Regering de lijst vaststelt;"

7° in paragraaf 1 wordt de bepaling onder 6° vervangen als volgt: "6° de opleidingen die geregeld worden door de reglementen betreffende de scholing van de personen die in de landbouw werkzaam zijn en waarvan de Regering de lijst vaststelt;"

8° in paragraaf 1 wordt de bepaling onder 6°bis, ingevoegd bij de wet van 29 maart 2012, vervangen als volgt: "6°bis. de opleidingen die voorbereiden op de uitoefening van een knelpuntberoep en georganiseerd worden door de Dienst voor Arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap;"

9° in paragraaf 1 wordt de bepaling onder 7° vervangen als volgt: "7° de voorbereiding op en het afleggen van examens voor de examencommissie van de Duitstalige Gemeenschap of van de andere Gemeenschappen of Gewesten, onder voorbehoud van bijzondere toepassingsregels die de Regering vaststelt;"

10° in paragraaf 1, 7°bis, ingevoegd bij de wet van 30 december 2001 en gewijzigd bij het koninklijk besluit van 11 februari 2013, worden de woorden "door de Koning" vervangen door de woorden "door de Regering";

11° in paragraaf 1, 8°bis, ingevoegd bij de wet van 10 juni 1993, worden de woorden "van de Erkenningscommissie" geschrapt;

12° in paragraaf 1 wordt de bepaling onder 9° vervangen als volgt: "9° de hierboven niet opgenomen opleidingen waarvan het programma erkend is door de Regering;"

13° paragraaf 2, eerste lid, 3°, wordt opgeheven;

14° in paragraaf 2 wordt het tweede lid vervangen als volgt: "De bij 1° en 2° bedoelde organisaties en instellingen delen de programma's van de georganiseerde cursussen mee aan het departement van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap dat bevoegd is voor Opleiding;"

15° in paragraaf 3, vervangen bij de wet van 10 juni 1993, wordt de inleidende zin vervangen als volgt: "De Regering kan: "

Art. 22 - In artikel 110 van dezelfde wet, laatstelijk gewijzigd bij de wet van 5 september 2001, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° paragraaf 1 wordt vervangen als volgt:

"§ 1 - De Regering spreekt zich volgens de door haar vastgestelde regels uit:

1° over de erkenning van het programma van de opleidingen vermeld in artikel 109, § 1, 9°, en over de intrekking of schorsing van die erkenning;

2° over de intrekking of schorsing van de erkenning van de opleidingen vermeld in artikel 109, § 1, 1° tot 8°bis, en § 2, 1° en 2°."

2° paragraaf 2, laatstelijk gewijzigd bij de wet van 5 september 2001, paragraaf 3, paragraaf 3bis, ingevoegd bij de wet van 22 december 1989, en paragraaf 4 worden opgeheven.

Art. 23 - In artikel 111 van dezelfde wet, laatstelijk gewijzigd bij de wet van 29 maart 2012, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° paragraaf 1, eerste lid, wordt opgeheven;

2° in paragraaf 1, derde lid, 1° en 3°, wordt het getal "120" telkens vervangen door het getal "100";

3° in paragraaf 2, tweede lid, wordt het woord "opleidingen" vervangen door het woord "taalcursussen" en wordt het getal "120" vervangen door het getal "100";

4° paragraaf 3, ingevoegd bij de wet van 17 mei 2007, wordt vervangen als volgt:

" § 3 - Als de lesuren samenvallen met de arbeidstijd van de betrokkene kunnen verlofuren boven de maxima bedoeld in § 1, 1° en 3°, opgenomen worden, zodat de volgende verlofuren kunnen worden toegekend:

1° in totaal 120 verlofuren voor het volgen van beroepsopleidingen;

2° in totaal 120 verlofuren voor het volgen van meerdere cursussen van verschillende aard."

5° paragraaf 4 wordt vervangen als volgt: " § 4. Op voorstel van de sectoren kan de Regering beslissen dat voor de sectorgebonden beroepsopleidingen die tegemoetkomen aan tekorten op de arbeidsmarkt het maximum aantal uren op 100 vastgesteld wordt."

6° paragraaf 5, vervangen bij de wet van 20 juli 2006, wordt vervangen als volgt:

" § 5 - In afwijking van de paragrafen 1, 2, 3 en 4 bedraagt het maximum 120 uren per jaar, ongeacht of de opleiding met de arbeidstijd samenvalt en ook als de opleiding in verbinding met andere opleidingen gevolgd wordt voor:

1° de opleidingen vermeld in artikel 109, § 1, 2°bis, 3° en 4°;

2° de opleidingen vermeld in artikel 109, § 1, 9°, die tot de graad van bachelor of master leiden."

7° in de inleidende zin van paragraaf 5bis, ingevoegd bij de wet van 29 maart 2012, worden de woorden "In afwijking van § § 1, 2, 3 en 5" vervangen door de woorden "In afwijking van de § § 1, 2, 3, 4 en 5";

8° in paragraaf 5bis, 3°, ingevoegd bij de wet van 29 maart 2012, worden de woorden "erkend door de Erkenningscommissie" opgeheven;

9° in paragraaf 5bis, ingevoegd bij de wet van 29 maart 2012, wordt aangevuld met een bepaling onder 5°, luidende:

"5° opleidingen inzake elementaire basisvaardigheden voor laaggeschoolde werknemers."

10° paragraaf 6 wordt opgeheven;

11° in paragraaf 7, eerste lid, vervangen bij de wet van 27 december 2006, wordt de inleidende zin vervangen als volgt:

"De Regering kan: ";

12° in paragraaf 7, vervangen bij de wet van 27 december 2006, wordt het tweede lid opgeheven;

13° in paragraaf 8, worden de woorden "De Koning" vervangen door de woorden "De Regering".

Art. 24 - In artikel 112, tweede lid, van dezelfde wet worden de woorden "door de Koning" vervangen door de woorden "door de Regering".

Art. 25 - In artikel 116, § 3, van dezelfde wet worden de woorden "de Koning" vervangen door de woorden "de Regering".

Art. 26 - In artikel 120 van dezelfde wet, laatstelijk gewijzigd bij de wet van 27 december 2006, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het eerste lid, gewijzigd bij de wet van 5 september 2001, wordt vervangen als volgt: "De werkgevers kunnen de terugbetaling van de lonen met betrekking tot het betaald educatief verlof verkrijgen binnen de voorwaarden die de Regering bepaalt en binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen."

2° het tweede lid, ingevoegd bij de wet van 27 december 2005, en het vijfde lid, ingevoegd bij de wet van 27 december 2006, worden opgeheven;

3° het derde lid, ingevoegd bij de wet van 27 december 2006, wordt vervangen als volgt: "De Regering kan de terugbetaling beperken tot een forfaitair bedrag dat kan variëren naargelang het type opleiding.;"

4° in het vierde lid, ingevoegd bij de wet van 27 december 2006, wordt de inleidende zin vervangen als volgt: "Voor de toepassing van het voorgaand lid bepaalt de Regering: ".

Art. 27 - Artikel 121, vervangen bij de wet van 27 december 2006 en laatstelijk gewijzigd bij de wet van 25 april 2014, artikel 122, laatstelijk gewijzigd bij de wet van 27 april 2007, en artikel 123, laatstelijk gewijzigd bij de wet van 19 juli 2001, van dezelfde wet, worden opgeheven.

Art. 28 - Artikel 124 van dezelfde wet, vervangen bij de wet van 6 juni 2010, wordt vervangen als volgt:

"Art. 124 - De daartoe door de Regering aangewezen personen mogen alle onderzoeken, controles en opsporingen uitvoeren en alle inlichtingen verzamelen die zij noodzakelijk achten om zich te vergewissen dat de bepalingen van deze afdeling en van de uitvoeringsbesluiten ervan nageleefd worden."

Art. 29 - In artikel 130, van dezelfde wet worden de woorden "De Koning" vervangen door de woorden "De Regering".

Art. 30 - In artikel 137bis van dezelfde wet, ingevoegd bij de wet van 22 december 1989 en laatstelijk gewijzigd bij de wet van 17 mei 2007, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° paragraaf 1, eerste lid, gewijzigd bij het koninklijk besluit van 28 maart 1995, wordt vervangen als volgt: " § 1. Het recht van de werkgever om terugbetaling te verkrijgen van de lonen met betrekking tot het betaald educatief verlof, zoals bepaald in artikel 120, en waarvoor de schuldvorderingen met betrekking tot de bewuste betalingen en stortingen niet werden ingediend volgens de nadere regelen vastgesteld door de Regering, binnen een termijn van anderhalf jaar te rekenen vanaf 1 januari van het begrotingsjaar in de loop waarvan zij ontstonden, vervalft.;"

2° paragraaf 1, tweede lid, ingevoegd bij de wet van 27 december 2006 en vervangen bij de wet van 17 mei 2007, wordt opgeheven;

3° paragraaf 2 wordt opgeheven.

HOOFDSTUK 8 — Wijziging van de wet van 24 juli 1987 betreffende de tijdelijke arbeid, de uitzendarbeid en het ter beschikking stellen van werknemers ten behoeve van gebruikers

Art. 31 - In artikel 1, § 7, van de wet van 24 juli 1987 betreffende de tijdelijke arbeid, de uitzendarbeid en het ter beschikking stellen van werknemers ten behoeve van gebruikers, ingevoegd bij de wet van 23 december 2005, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het eerste lid van § 7 wordt vervangen als volgt: "De tewerkstelling in het kader van een tewerkstellingstraject erkend door de Dienst voor Arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap kan tijdelijke arbeid uitmaken voor zover zij met een arbeidsvereenkomst voor uitzendarbeid wordt uitgevoerd en op voorwaarde dat zij voorafgaandelijk ter kennis wordt gebracht volgens de door de Regering bepaalde procedure.;"

2° het tweede lid van § 7 wordt vervangen als volgt: "De duur van de tijdelijke arbeid is beperkt tot een periode van zes maanden; verlenging met een totale duur van zes maanden is mogelijk volgens de door de Regering bepaalde procedure.;"

3° het derde lid van § 7 wordt vervangen als volgt: "De doelgroepen die in aanmerking komen voor de toepassing van een tewerkstellingstraject bepaald in het eerste lid, zijn de niet-werkende werkzoekenden en de leefloontrekkers. De Regering kan de doelgroepen wijzigen."

Art. 32 - In artikel 32*bis* van dezelfde wet, ingevoegd bij de wet van 23 december 2005, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° paragraaf 1 wordt vervangen als volgt: " § 1. In afwijking van artikel 31 kan een werkgever door hem tewerkgestelde werknemers voor een beperkte tijd ter beschikking stellen van een gebruiker in het kader van een tewerkstellingstraject erkend door de Dienst voor Arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap. De Regering kan het begrip "voor een beperkte tijd" preciseren.;"

2° in paragraaf 2 wordt de tweede zin vervangen als volgt: " De Regering kan de doelgroepen wijzigen.;"

3° in paragraaf 3 worden de woorden "door de Koning" vervangen door de woorden "door de Regering";

4° in paragraaf 5 worden de woorden "de gewestelijke bemiddelingsdienst" vervangen door de woorden "de Dienst voor Arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap".

HOOFDSTUK 9 — Wijziging van het decreet van 21 januari 1991 houdende afschaffing en reorganisatie van Begrotingsfondsen

Art. 33 - In artikel 5 van het decreet van 21 januari 1991 houdende afschaffing en reorganisatie van Begrotingsfondsen, gewijzigd bij het decreet van 3 februari 2003, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° paragraaf 1, tweede lid, wordt aangevuld met een bepaling onder 10°, luidende:

"10° een gedeelte van de middelen die het Waals Gewest heeft overgeschreven voor de uitoefening van de bevoegdheid Werkgelegenheid."

2° paragraaf 2 wordt aangevuld met een bepaling onder 6°, luidende:

"6° betaling van subsidies om het volgen van voortgezette opleidingen te stimuleren."

HOOFDSTUK 10 — Wijziging van het koninklijk besluit van 25 november 1991 houdende de werkloosheidsreglementering

Art. 34 - In het koninklijk besluit van 25 november 1991 houdende de werkloosheidsreglementering, laatstelijk gewijzigd bij het koninklijk besluit van 5 februari 2016, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de artikelen 36*sexies*, 131*septies*, 131*octies* en 13*nonies* worden opgeheven;

2° de artikelen 78*ter* en 131*quater* worden opgeheven.

HOOFDSTUK 11 — Wijziging van het decreet van 16 december 1991 betreffende de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en de KMO's

Art. 35 - Artikel 16 van het decreet van 16 december 1991 betreffende de opleiding en de voortgezette opleiding in de middenstand en de KMO's, gewijzigd bij de decreten van 14 februari 2000, 17 mei 2004, 27 juni 2011 en 16 januari 2012, wordt aangevuld met de bepalingen onder 16° en 17°, luidende:

"16° in het kader van de duale opleiding premies toe te kennen aan werkgevers en leerlingen en die premies te beheren;

17° mentoren te erkennen met het oog op de doelgroepvermindering vermeld in artikel 347*bis* van programmawet (I) van 24 december 2002."

HOOFDSTUK 12 — Wijziging van de wet van 24 december 1993 tot oprichting van begrotingsfondsen en tot wijziging van de organieke wet van 27 december 1990 houdende oprichting van begrotingsfondsen

Art. 36 - In rubriek 23 - Tewerkstelling en Arbeid van de bijlage bij de wet van 24 december 1993 tot oprichting van begrotingsfondsen en tot wijziging van de organieke wet van 27 december 1990 houdende oprichting van begrotingsfondsen worden de volgende woorden, ingevoegd bij de wet van 5 september 2001 en gewijzigd bij de programmawet van 27 december 2004, opgeheven:

"Benaming van het organiek begrotingsfonds 23-9 Ervaringsfonds.

Aard van de toegewezen ontvangsten:

- ontvangsten afkomstig van de werkgevers- en werknemersbijdragen gestort aan de Rijksdienst voor Sociale Zekerheid waarvan het bedrag jaarlijks wordt bepaald in de begroting;

- terugvorderingen van toelagen die ten onrechte werden uitgekeerd.

Aard van de toegestane uitgaven:

administratieve kosten, kosten voor de indienstneming van personeel en uitgaven aangewend voor de uitkering van toelagen die tot doel hebben acties te ondersteunen bedoeld in artikel 26, eerste lid, van de wet van 5 september 2001 tot verbetering van de werkgelegenheidsgraad van de werknemers."

HOOFDSTUK 13 — Wijziging van de wet van 26 juli 1996 tot bevordering van de werkgelegenheid en tot preventieve vrijwaring van het concurrentievermogen

Art. 37 - Artikel 7, § 2, van de wet van 26 juli 1996 tot bevordering van de werkgelegenheid en tot preventieve vrijwaring van het concurrentievermogen wordt aangevuld met een tweede lid, luidende:

"Op grond van de machtiging als bedoeld in het eerste lid kunnen geen maatregelen worden genomen die strekken tot het verminderen van de sociale zekerheidsbijdragen voor de werkgevers in de bagger- en de sleepvaartsector en in de sector van de koopvaardij."

HOOFDSTUK 14 — Wijziging van het decreet van het Waals Gewest van 5 februari 1998 houdende toezicht en controle op de naleving van de wetgeving betreffende het tewerkstellingsbeleid

Art. 38 - In artikel 1 van het decreet van het Waals Gewest van 5 februari 1998 houdende toezicht en controle op de naleving van de wetgeving betreffende het tewerkstellingsbeleid, gewijzigd bij de decreten van 17 januari 2000, 17 mei 2004, 18 december 2006 en 11 mei 2009, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 9° worden de woorden "inzonderheid op artikel 7, § 1, alsook de uitvoeringsbesluiten ervan" vervangen door de woorden "artikel 7, § 1 en 1*bis*, en de artikelen 8 tot 9, en de uitvoeringsbesluiten ervan";

2° het artikel wordt aangevuld met de bepalingen onder 14° tot 25°, luidende:

"14° de wet van 19 februari 1965 betreffende de uitoefening van de zelfstandige beroepsactiviteiten der vreemdelingen en de uitvoeringsbesluiten ervan;

15° artikel 5, §§ 4bis tot 4quater, van de wet van 2 april 1965 betreffende het ten laste nemen van de steun verleend door de openbare centra voor maatschappelijk welzijn en de uitvoeringsbesluiten ervan;

16° artikel 57quater, artikel 60, § 7, en artikel 61 van de organieke wet van 8 juli 1976 betreffende de openbare centra voor maatschappelijk welzijn en de uitvoeringsbesluiten ervan;

17° artikel 1, § 7, en artikel 32bis van de wet van 24 juli 1987 betreffende de tijdelijke arbeid, de uitzendarbeid en het ter beschikking stellen van werknemers ten behoeve van gebruikers en de uitvoeringsbesluiten ervan;

18° de artikelen 59 en 67 van de wet van 26 maart 1999 betreffende het Belgisch actieplan voor de werkgelegenheid 1998 en houdende diverse bepalingen;

19° de wet van 30 april 1999 betreffende de tewerkstelling van buitenlandse werknemers en de uitvoeringsbesluiten ervan;

20° artikel 43 van de wet van 24 december 1999 ter bevordering van de werkgelegenheid en de uitvoeringsbesluiten ervan;

21° de artikelen 194 en 195 van de wet van 12 augustus 2000 houdende sociale, budgettaire en andere bepalingen en de uitvoeringsbesluiten ervan;

22° de hoofdstukken V en VII van de wet van 5 september 2001 tot de verbetering van de werkgelegenheidsgraad van de werknemers en de uitvoeringsbesluiten ervan;

23° artikel 8, artikel 9, § 1 tot 3, en de artikelen 36 tot 39 van de wet van 26 mei 2002 betreffende het recht op maatschappelijke integratie en de uitvoeringsbesluiten ervan;

24° de artikelen 324 tot 328, de artikelen 335 tot 341bis, de artikelen 346 tot 347bis, artikel 353bis, artikel 353bis/9 tot artikel 353bis/14, artikel 353ter en artikel 353quater van de programmawet (I) van 24 december 2002, alsook de uitvoeringsbesluiten ervan;

25° titel IV, hoofdstuk XII, van de wet van 23 december 2005 betreffende het generatiepact en de uitvoeringsbesluiten ervan."

3° hetzelfde artikel wordt aangevuld met een tweede lid, luidende:

"De opdrachten vermeld in het eerste lid worden uitgeoefend zonder afbreuk te doen aan de eventuele inspectie- en controlebevoegdheden van de diensten die in het kader van hun bevoegdheden daartoe door de federale overheid gemachtigd zijn."

HOOFDSTUK 15 — Wijziging van de wet van 26 maart 1999 betreffende het Belgisch actieplan voor de werkgelegenheid 1998 en houdende diverse bepalingen

Art. 39 - In artikel 67, eerste lid, van de wet van 26 maart 1999 betreffende het Belgisch actieplan voor de werkgelegenheid 1998 en houdende diverse bepalingen, gewijzigd bij de wet van 22 mei 2005, worden de woorden "de minister van Tewerkstelling en Arbeid" vervangen door de woorden "de Regering".

HOOFDSTUK 16 — Wijziging van de wet van 30 april 1999 betreffende de tewerkstelling van buitenlandse werknemers

Art. 40 - In de wet van 30 april 1999 betreffende de tewerkstelling van buitenlandse werknemers, laatstelijk gewijzigd bij de wet van 11 februari 2013, worden de woorden "De Koning" resp. "de Koning" telkens vervangen door de woorden "De Regering" resp. "de Regering" en wordt het naar de Koning verwijzende woord "Hij" aan het begin van een zin telkens vervangen door het woord "Zij" en binnen de tekst telkens vervangen door het woord "zij".

Art. 41 - Artikel 1 van dezelfde wet wordt vervangen als volgt:

"Artikel 1 - Deze wet voorziet in de gedeeltelijke omzetting van de volgende richtlijnen:

1° richtlijn 2009/52/EG van het Europees Parlement en de Raad van 18 juni 2009 tot vaststelling van minimumnormen inzake sancties en maatregelen tegen werkgevers van illegaal verblijvende onderdanen van derde landen;

2° richtlijn 2011/98/EU van het Europees Parlement en de Raad van 13 december 2011 betreffende één enkele aanvraagprocedure voor een gecombineerde vergunning voor onderdanen van derde landen om te verblijven en te werken op het grondgebied van een lidstaat, alsmede inzake een gemeenschappelijk pakket rechten voor werknemers uit derde landen die legaal in een lidstaat verblijven;

3° richtlijn 2014/36/EU van het Europees Parlement en de Raad van 26 februari 2014 betreffende de voorwaarden voor toegang en verblijf van onderdanen van derde landen met het oog op tewerkstelling als seizoenarbeider;

4° richtlijn 2014/66/EU van het Europees Parlement en de Raad van 15 mei 2014 betreffende de voorwaarden voor toegang en verblijf van onderdanen van derde landen in het kader van een overplaatsing binnen een onderneming."

Art. 42 - Artikel 2 van dezelfde wet wordt gewijzigd als volgt:

1° de bepaling onder 2° wordt opgeheven;

2° in de bepaling onder 4°, gewijzigd bij de wet van 11 februari 2013, worden de woorden "artikel 17, § 1, van het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap" vervangen door de woorden "artikel 20, lid 1, van het Verdrag betreffende de werking van de Europese Unie";

3° het artikel wordt aangevuld met de bepalingen onder 5° tot 14°, luidende:

"5° gecombineerde vergunning: de aan een onderdaan van een derde land verstrekte vergunning om legaal op het Belgische grondgebied te verblijven:

a) met het oog op werk;

b) met het oog op de uitoefening van een seizoenafhankelijke activiteit voor meer dan 90 dagen;

c) voor beroepsactiviteiten of opleiding in het kader van een overplaatsing binnen een onderneming;

d) voor beroepsactiviteiten of opleiding in het kader van een overplaatsing binnen een onderneming op basis van een door een andere Belgische entiteit of door een EU-lidstaat afgegeven geldige vergunning voor een binnen een onderneming overgeplaatste persoon, voor zover de Regering daarin voorziet;

6° seizoenarbeider: een onderdaan van een derde land die zijn hoofdverblijfplaats in een derde land heeft, maar legaal tijdelijk op het Belgische grondgebied verblijft om een seizoenafhankelijke activiteit uit te oefenen op basis van één of meer arbeidsovereenkomsten voor bepaalde tijd die rechtstreeks tussen die onderdaan van een derde land en de in het Duitse taalgebied gevestigde werkgever zijn gesloten;

7° seizoenafhankelijke activiteit: een activiteit die vanwege een zich herhalende gebeurtenis of een zich herhalend patroon van gebeurtenissen, die samenhangen met seizoenomstandigheden, gebonden is aan een bepaalde tijd van het jaar waarin het aantal benodigde arbeidskrachten significant uitstijgt boven het aantal dat nodig is voor de gewoonlijk te verrichten werkzaamheden;

8° seizoenarbeidersvergunning: een vergunning, afgegeven met gebruikmaking van het model dat is vastgesteld bij Verordening (EG) nr. 1030/2002 van de Raad die een verwijzing naar seizoenarbeid bevat en die de houder het recht geeft op het Belgische grondgebied te verblijven en te werken voor meer dan 90 dagen;

9° overplaatsing binnen een onderneming: de tijdelijke detachering, voor beroepsactiviteiten of opleiding, van een onderdaan van een derde land die op het tijdstip van de aanvraag van een vergunning voor een binnen een onderneming overgeplaatste persoon buiten het Belgische grondgebied verblijft, door een buiten het Belgische grondgebied gevestigde onderneming waarmee deze onderdaan voorafgaand aan en gedurende de overplaatsing een arbeidsovereenkomst heeft gesloten, naar een entiteit die behoort tot de onderneming of tot dezelfde groep van ondernemingen en die is gevestigd in het Duitse taalgebied, alsmede, waar van toepassing, de mobiliteit tussen gastentiteiten die gevestigd zijn in één of meerdere andere lidstaten;

10° binnen een onderneming overgeplaatste persoon: een onderdaan van een derde land die op het tijdstip van de aanvraag van een vergunning voor een binnen een onderneming overgeplaatste persoon buiten het Belgische grondgebied verblijft en die het voorwerp is van een overplaatsing binnen een onderneming;

11° gastentiteit: de vestiging waarnaar de binnen een onderneming overgeplaatste persoon wordt overgeplaatst en die, ongeacht haar rechtsvorm, overeenkomstig het nationale recht is gevestigd in het Duitse taalgebied;

12° vergunning voor een binnen een onderneming overgeplaatste persoon: een titel met de afkorting "ICT" (IntraCorporate Transferee) die de houder het recht geeft in het Duitse taalgebied te verblijven en te werken;

13° vergunning voor lange-termijnmobiliteit: een titel met het begrip "mobiele ICT" die de houder van een door een andere Belgische entiteit of een EU-lidstaat afgegeven vergunning voor een binnen een onderneming overgeplaatste persoon het recht geeft om in het Duitse taalgebied te verblijven en te werken;

14° groep van ondernemingen: twee of meer ondernemingen waarvan wordt erkend dat zij verbonden zijn op een van de volgende wijzen: wanneer een onderneming, direct of indirect, ten opzichte van een andere onderneming de meerderheid van het geplaatste kapitaal van de onderneming bezit; beschikt over de meerderheid van de stemmen die verbonden zijn aan de door de onderneming uitgegeven aandelen; gerechtigd is meer dan de helft van de leden van het bestuurs-, leidinggevend of toezichhoudend orgaan van de onderneming te benoemen, of wanneer de ondernemingen onder centrale leiding van de moederonderneming staan."

Art. 43 - Het opschrift van hoofdstuk III van dezelfde wet wordt vervangen als volgt: "Hoofdstuk III - Arbeidsvergunning, arbeidskaart en gecombineerde vergunning".

Art. 44 - Artikel 4 van dezelfde wet wordt gewijzigd als volgt:

1° het eerste lid van paragraaf 1 wordt vervangen door de volgende twee leden:

"§ 1 - Een werkgever die een buitenlandse werknemer in het Duitse taalgebied wil tewerkstellen, moet vooraf één van de volgende vergunningen krijgen van de bevoegde overheid:

1° een arbeidsvergunning;

2° een gecombineerde vergunning.

Indien de buitenlandse werknemer al een gecombineerde vergunning heeft, hoeft de werkgever geen arbeidsvergunning aan te vragen."

2° in paragraaf 2 wordt het eerste lid vervangen als volgt: "De vergunningen vermeld in paragraaf 1 worden niet toegekend wanneer de buitenlandse onderdaan België is binnengekomen om er te worden tewerkgesteld vooraleer de werkgever de vergunningen heeft bekomen."

3° in paragraaf 4 worden de woorden "De Koning kan, bij een in Ministerraad overlegd besluit, bepalen" vervangen door de woorden "De Regering kan bepalen".

Art. 45 - In artikel 4/1 van dezelfde wet, ingevoegd bij de wet van 11 februari 2013, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de bepaling onder 1° wordt vervangen als volgt: "1° vooraf nagaan of deze beschikt over een geldige verblijfsvergunning, een andere geldige machtiging tot verblijf of een geldige gecombineerde vergunning;"

2° de bepaling onder 2° wordt vervangen als volgt: "2° ten minste voor de duur van de tewerkstelling een afschrift of de gegevens van de verblijfsvergunning, van een andere machtiging tot verblijf of van de gecombineerde vergunning beschikbaar houden voor de bevoegde inspectiediensten;"

Art. 46 - Artikel 5 van dezelfde wet wordt gewijzigd als volgt:

1° in het eerste lid worden de woorden "Om arbeid te verrichten" vervangen door de woorden "Om in het Duitse taalgebied arbeid te verrichten";

2° in het tweede lid worden de woorden "binnen de perken van deze arbeidskaart" vervangen door de woorden "binnen de perken van deze arbeidskaart of, naargelang van het geval, deze gecombineerde vergunning".

Art. 47 - Artikel 6 van dezelfde wet wordt aangevuld met een bepaling onder 3°, luidende:

"3° een gecombineerde vergunning zoals bepaald in artikel 4, § 1."

Art. 48 - In dezelfde wet wordt een artikel 6/1 ingevoegd, luidende:

"Art. 6/1 - Wie een seizoenarbeidersvergunning met het oog op de uitoefening van een seizoenafhankelijke activiteit voor meer dan 90 dagen wil verkrijgen, moet de in artikel 4, § 1, vermelde gecombineerde vergunning aanvragen met vermelding waarvoor ze wordt aangevraagd.

Wie een seizoenafhankelijke activiteit voor ten hoogste 90 dagen wil uitoefenen, moet de in artikel 5 vermelde arbeidskaart aanvragen met vermelding waarvoor ze wordt aangevraagd.

De Regering bepaalt de lijst van de bedrijfssectoren die seizoenafhankelijke activiteiten omvatten."

Art. 49 - In dezelfde wet wordt een artikel 6/2 ingevoegd, luidende:

"Art. 6/2 - Wie een vergunning voor een binnen een onderneming overgeplaatste persoon wil verkrijgen voor beroepsactiviteiten of opleiding in het kader van een overplaatsing binnen een onderneming, moet de in artikel 4, § 1, vermelde gecombineerde vergunning aanvragen met vermelding waarvoor ze wordt aangevraagd."

Art. 50 - Artikel 7 van dezelfde wet wordt gewijzigd als volgt:

1° het eerste lid wordt vervangen als volgt: "De Regering kan de door haar bepaalde categorieën van buitenlandse werknemers vrijstellen van de verplichting een arbeidskaart te verkrijgen."

2° het tweede lid wordt vervangen als volgt: "De werkgevers van de buitenlandse werknemers bedoeld in het voorgaande lid worden vrijgesteld van de verplichting een arbeidsvergunning of een gecombineerde vergunning te verkrijgen."

Art. 51 - Het opschrift van hoofdstuk IV van dezelfde wet wordt vervangen als volgt: "Hoofdstuk IV - Voorwaarden en nadere regels voor het verkrijgen van arbeidskaarten, arbeidsvergunningen en gecombineerde vergunningen".

Art. 52 - Artikel 8 van dezelfde wet wordt gewijzigd als volgt:

1° in paragraaf 1, eerste lid, worden de woorden "De Koning bepaalt, bij een in Ministerraad overlegd besluit," vervangen door de woorden "De Regering bepaalt";

2° in paragraaf 1, eerste lid, worden de woorden "de arbeidsvergunningen en de arbeidskaarten" vervangen door de woorden "de arbeidsvergunningen, de arbeidskaarten resp. de gecombineerde vergunningen, onverminderd de bevoegdheden van de federale overheid";

3° in paragraaf 1, tweede lid, worden de woorden "de arbeidskaarten" vervangen door de woorden "de arbeidskaarten resp. de gecombineerde vergunningen";

4° in paragraaf 2, eerste lid, worden de woorden "de aanvragen om de arbeidsvergunningen en de arbeidskaarten" vervangen door de woorden "de aanvragen van arbeidsvergunningen, arbeidskaarten en gecombineerde vergunningen";

5° in paragraaf 2, tweede lid, worden de woorden "van de arbeidsvergunningen en van de arbeidskaarten" vervangen door de woorden "van de arbeidsvergunningen, arbeidskaarten en gecombineerde vergunningen";

6° in paragraaf 3, eerste lid, worden de woorden "de arbeidskaarten en de arbeidsvergunningen" vervangen door de woorden "de arbeidskaarten en de arbeidsvergunningen resp. de gecombineerde vergunningen";

7° in paragraaf 3, tweede lid, gewijzigd bij het koninklijk besluit van 20 juli 2000, worden de woorden "12 EUR" vervangen door de woorden "200 euro".

Art. 53 - In dezelfde wet wordt een hoofdstuk IV/1, dat artikel 8/1 omvat, ingevoegd, luidende:

"Hoofdstuk IV/1 - Mobiliteit voor binnen een onderneming overgeplaatste personen

Art. 8/1 - § 1 - De Regering bepaalt onder welke voorwaarden onderdanen van derde landen die houder zijn van een door een andere Belgische entiteit of door een EU-lidstaat afgegeven geldige vergunning voor een binnen een onderneming overgeplaatste persoon het recht hebben om gedurende ten hoogste 90 dagen in een periode van 180 dagen op het Belgische grondgebied te verblijven en in een andere entiteit (vestiging) te werken die in het Duitse taalgebied gevestigd is en tot dezelfde onderneming of groep van ondernemingen behoort.

§ 2 - De Regering kan bepalen dat onderdanen van derde landen die houder zijn van een door een andere Belgische entiteit of door een EU-lidstaat afgegeven geldige vergunning voor een binnen een onderneming overgeplaatste persoon en die voornemens zijn gedurende meer dan 90 dagen op het Belgische grondgebied te verblijven en in een andere entiteit (vestiging) te werken die in het Duitse taalgebied gevestigd is en tot dezelfde onderneming of dezelfde groep van ondernemingen behoort, vooraf een vergunning voor lange-termijnmobiliteit moeten hebben verkregen van de bevoegde autoriteiten.

In dat geval moet dat vermelden worden op de aanvraag van de in artikel 4, § 1, vermelde gecombineerde vergunning."

Art. 54 - In artikel 9 van dezelfde wet worden tussen het woord "ingetrokken," en het woord "kunnen" de woorden "alsmede de buitenlandse werknemer en/of werkgever wiens gecombineerde vergunning wordt geweigerd of ingetrokken," ingevoegd.

Art. 55 - Het opschrift van hoofdstuk VI van dezelfde wet wordt vervangen als volgt: "Hoofdstuk VI - Toezicht en toegang tot informatie".

Art. 56 - In hoofdstuk VI van dezelfde wet wordt een artikel 11/1 ingevoegd, luidende:

"Art. 11/1 - De Regering zorgt ervoor dat de aanvragers gemakkelijk toegang hebben tot de informatie over alle schriftelijke bewijzen die nodig zijn om een aanvraag in te dienen en tot de informatie over de toegang en het verblijf.

Die informatie omvat de rechten en plichten, de procedurele waarborgen, de beroepsmogelijkheden en, in voorkomend geval, de opmerking dat de niet-naleving van deze wet en de uitvoeringsbesluiten ervan bestraft kan worden. De aanvragers ontvangen die informatie schriftelijk bij het indienen van de aanvraag."

Art. 57 - Artikel 19, eerste lid, van dezelfde wet wordt vervangen als volgt:

"Voor de uitoefening van de bevoegdheden die haar bij deze wet worden toegekend, kan de Regering het advies inwinnen van de Adviesraad voor de tewerkstelling van buitenlandse werknemers, hierna "Adviesraad" te noemen."

Art. 58 - Hoofdstuk IX van dezelfde wet, dat artikel 20 omvat, wordt opgeheven.

HOOFDSTUK 17 — Wijziging van het decreet van 17 januari 2000

tot oprichting van een dienst voor arbeidsbemiddeling in de Duitstalige Gemeenschap

Art. 59 - In artikel 2, § 1, van het decreet van 17 januari 2000 tot oprichting van een dienst voor arbeidsbemiddeling in de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij het decreet van 11 mei 2009, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 1° wordt het woord "werknemers" vervangen door de woorden "werknemers en werkzoekenden";

2° de bepaling onder 2° wordt vervangen als volgt:

"2° uitkeringen, alsook aanmoedigingen om te werken en om opleidingen te volgen die op basis van een wettelijke, decretale of verordenende bepaling aan de dienst voor arbeidsbemiddeling zijn toevertrouwd, toe te kennen en te beheren;"

3° de bepaling onder 4° wordt vervangen als volgt: "intervenieren om werkzoekenden opnieuw in het arbeidsproces in te schakelen";

4° de bepaling onder 5° wordt vervangen als volgt:

"5° de controle van de beschikbaarheid van de verplicht ingeschreven werkzoekenden uit te voeren en over de desbetreffende sancties beslissen, met inachtneming van het regelgevend kader van de federale overheid. Wordt beschouwd als verplicht ingeschreven werkzoekende: elke werkzoekende die bij de dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap ingeschreven is met het oog op het verkrijgen van een werkloosheidsuitkering of een inschakelingsuitkering;"

5° de bepaling onder 6°, opgeheven bij het decreet van 11 mei 2009, wordt hersteld als volgt:

"6° te beslissen over de vrijstelling van het vereiste om beschikbaar te zijn voor de arbeidsmarkt die wordt toegekend aan werkzoekenden in geval van studiehervatting, het volgen van een beroepsopleiding of een stage;"

6° in de bepaling onder 7° wordt het woord "uitkeringsgerechtigde" geschrapt en wordt na de eerste zin de volgende zin toegevoegd:

"Dat omvat in het bijzonder:

a) het afgeven van attesten over de vermindering van de werkgeversbijdragen voor de sociale zekerheid die worden bepaald op basis van de kenmerken van de werknemers;

b) het afgeven van attesten en het controleren van aanvragen omtrent de activering van de uitkeringen toegekend door de werkloosheidsverzekering, in geval van werkhervatting, met het behoud van een uitkering die door de werkgever in mindering wordt gebracht van het loon;

c) het informeren en adviseren van werkzoekenden en werkgevers over programma's voor wedertewerkstelling;"

7° de bepaling onder 8°, opgeheven bij het decreet van 11 mei 2009, wordt hersteld als volgt:

"8° te zorgen voor de coördinatie van de taken en activiteiten van het personeel van de plaatselijke werkgelegenheidsagenschappen en voor het administratief toezicht op dat personeel;"

8° na de bepaling onder 9° wordt een bepaling onder 10° ingevoegd, luidende:

"10° op het gebied van outplacement:

a) de outplacementkosten terug te betalen aan de werkgevers, overeenkomstig de geldende bepalingen;

b) sancties op te leggen aan werkgevers die geen outplacement aangeboden hebben;

c) het ingevorderde bedrag te benutten voor het outplacement van ontslagen werknemers die geen outplacement-aanbod hebben gekregen."

Art. 60 - In artikel 6, § 3, van hetzelfde decreet wordt de tweede zin opgeheven.

Art. 61 - In hoofdstuk II van hetzelfde decreet wordt afdeling 4, opgeheven bij het decreet van 25 mei 2009, hersteld en aangevuld door de volgende afdeling 4, die de artikelen 14 en 14.1 omvat, luidende:

"Afdeling 4 - Controledienst

Art. 14 - De controledienst is belast met de controle van de verplicht ingeschreven werkzoekenden vermeld in artikel 2, § 1, 5°. Hij ressorteert rechtstreeks onder de leidend ambtenaar van de dienst voor arbeidsbemiddeling.

De controledienst voert zijn taken onpartijdig uit. Hij neemt alle belangen en standpunten in aanmerking en handelt los van de belangen van een betrokken partij.

Het beheerscomité neemt de nodige organisatorische maatregelen om de controle te scheiden van de bemiddeling, begeleiding en opleiding. Het beheerscomité zorgt ervoor dat de personeelsleden van de controledienst niet beïnvloed worden in hun besluitvormingsproces en zich alleen door objectieve overwegingen en feiten kunnen laten leiden.

De personeelsleden van de controledienst vermijden elk werkelijk of mogelijk belangenconflict. In alle gevallen waarin een belangenconflict kan worden vermoed, laat het betrokken personeelslid zich vervangen.

Art. 14/1 - Indien de controledienst vaststelt dat de verplicht ingeschreven werkzoekende voldoende inspanningen geleverd heeft om werk te vinden, licht hij de verplicht ingeschreven werkzoekende uiterlijk 14 dagen na de controle schriftelijk in:

1° over die beoordeling;

2° over zijn verplichting om verder naar werk te zoeken;

3° over het feit dat op een later tijdstip eventueel nog een controle plaatsvindt.

Indien de controledienst vaststelt dat de verplicht ingeschreven werkzoekende onvoldoende inspanningen geleverd heeft om werk te vinden, licht hij de verplicht ingeschreven werkzoekende uiterlijk 14 dagen na de controle schriftelijk in:

1° over die beoordeling en de desbetreffende sanctie in een met redenen omkleed besluit;

2° over de mogelijkheid om beroep in te stellen, over de bevoegde rechtsmacht en over de na te leven termijnen en procedures;

3° over het feit dat uiterlijk zes maanden na de negatieve beoordeling eventueel nog een controle plaatsvindt.

De dienst voor arbeidsbemiddeling brengt de Rijksdienst voor arbeidsvoorziening onmiddellijk op de hoogte van de negatieve beoordeling en de desbetreffende sanctie ten aanzien van de verplicht ingeschreven werkzoekende.

De in dit artikel vermelde termijnen worden in kalenderdagen berekend. De dag waarop de termijn verstrijkt, wordt meegerekend in de termijn. Als die dag een zaterdag, zondag of feestdag is, valt hij op de eerstvolgende werkdag."

Art. 62 - In hetzelfde decreet, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 25 februari 2013, wordt tussen hoofdstuk II en hoofdstuk III een hoofdstuk II.1 ingevoegd dat de artikelen 14.2 tot 14.6 omvat, luidende:

"Hoofdstuk II.1 - Elektronische communicatie

"Art. 14.2 - In het kader van zijn bevoegdheden kan de dienst voor arbeidsbemiddeling via elektronische weg communiceren, indien de ontvanger vooraf uitdrukkelijk zijn toestemming daartoe heeft gegeven.

De ontvanger kan die toestemming te allen tijde en zonder motivering intrekken.

Art. 14.3 - Indien de ontvanger vooraf uitdrukkelijk zijn toestemming heeft gegeven, heeft de elektronische communicatie tussen de dienst voor arbeidsbemiddeling en de ontvanger - ongeacht of die communicatie in één of in beide richtingen is - dezelfde rechtsgeldigheid en dezelfde bewijskracht als mededelingen die via de post worden bezorgd.

De dienst voor arbeidsbemiddeling deelt de ontvanger vooraf gedetailleerd mee welke administratieve stappen eventueel moeten worden ondernomen en welke juridische gevolgen die toestemming heeft.

De ontvanger kan die toestemming te allen tijde en zonder motivering intrekken.

Art. 14.4 - De dienst voor arbeidsbemiddeling neemt met inachtneming van de inhoud, het doel en de aard van de elektronische communicatie alle noodzakelijke maatregelen om:

1° de veiligheid van de elektronische communicatie te waarborgen;

2° de vertrouwelijkheid, authenticiteit en volledigheid van de uitgewisselde gegevens te waarborgen;

3° de traceerbaarheid van het dataverkeer te waarborgen.

Art. 14.5 - Om het dataverkeer te vereenvoudigen, kan de dienst voor arbeidsbemiddeling beperkingen opleggen en technische eisen stellen.

Art. 14.6 - De Regering kan de bepalingen van dit hoofdstuk preciseren en kan nog andere voorwaarden bepalen die bij de elektronische communicatie in acht moeten worden genomen."

HOOFDSTUK 18 — Wijziging van de wet van 12 augustus 2000 houdende sociale, budgettaire en andere bepalingen

Art. 63 - Artikel 183 van de wet van 12 augustus 2000 houdende sociale, budgettaire en andere bepalingen wordt opgeheven.

HOOFDSTUK 19 — Wijziging van de wet van 5 september 2001 tot de verbetering van de werkgelegenheidsgraad van de werknemers

Art. 64 - In artikel 15 van de wet van 5 september 2001 tot de verbetering van de werkgelegenheidsgraad van de werknemers, vervangen bij de wet van 24 december 2002, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste en het tweede lid worden de woorden "de Koning" vervangen door de woorden "de Regering";

2° in het eerste lid worden de woorden "Rijksdienst voor Arbeidsvoorziening" vervangen door de woorden "dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap".

HOOFDSTUK 20 — Wijziging van de wet van 26 mei 2002 betreffende het recht op maatschappelijke integratie

Art. 65 - In artikel 9, § 2, van de wet van 26 mei 2002 betreffende het recht op maatschappelijke integratie worden de woorden "De Koning" telkens vervangen door de woorden "De Regering".

Art. 66 - In artikel 36, § 2, van dezelfde wet worden de woorden "De Koning" vervangen door de woorden "De Regering".

Art. 67 - In artikel 38, derde lid, van dezelfde wet worden de woorden "De Koning bepaalt, bij een besluit vastgesteld na overleg in de Ministerraad," vervangen door de woorden "De Regering bepaalt".

HOOFDSTUK 21 — Wijziging van de programmawet (I) van 24 december 2002

Art. 68 - In artikel 347bis van de programmawet (I) van 24 december 2002, ingevoegd bij de wet van 30 december 2009, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het eerste lid wordt vervangen als volgt: "De werkgevers bedoeld in artikel 335 van deze wet krijgen een doelgroepvermindering voor de werknemers die gedurende hun tewerkstelling als mentor de opvolging verzekeren van stages of instaan voor de opleiding in het kader van:

a) een leerovereenkomst die wordt gesloten met toepassing van de wet van 19 juli 1983 op het leerlingwezen voor beroepen uitgeoefend door werknemers in loondienst;

b) een leerovereenkomst die wordt gesloten met toepassing van de regelgeving betreffende de voortdurende vorming in de Middenstand;

c) een leerovereenkomst die wordt gesloten met toepassing van de regelgeving tot oprichting van een stelsel voor opleiding in een bedrijf met het oog op de voorbereiding van de inschakeling van personen met een handicap in het arbeidsproces;

d) een beroepsinlevingsovereenkomst vermeld in titel IV, hoofdstuk X, van de programmawet van 2 augustus 2002."

2° Het tweede lid wordt vervangen als volgt: "De Regering kan de in het eerste lid bedoelde categorieën wijzigen of uitbreiden en bepaalt wat moet worden verstaan onder de begrippen "opvolging verzekeren van stages" of "instaan voor opleidingen".

HOOFDSTUK 22 — Wijziging van de wet van 23 december 2005 betreffende het generatiepact

Art. 69 - Artikel 59 van de wet van 23 december 2005 betreffende het generatiepact wordt vervangen als volgt: "De Regering bepaalt het bedrag van de start- en stagebonus, alsook de voorwaarden en modaliteiten waaronder die bonussen toegekend worden."

Art. 70 - Hoofdstuk III van titel V van dezelfde wet, dat de artikelen 79 tot 87 omvat, wordt opgeheven.

HOOFDSTUK 23 — Slotbepalingen

Art. 71 - Opgeheven worden:

1° het decreet van het Waals Gewest van 18 juli 1997 houdende creatie van een doorstromingsprogramma, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van het Waals Gewest van 20 februari 2014;

2° het koninklijk besluit van 11 mei 1965 in uitvoering van de wet van 19 februari 1965 betreffende de uitoefening van de zelfstandige beroepsactiviteiten der vreemdelingen en houdende vaststelling van de organisatie en van de rechtspleging te volgen door de Raad voor economisch onderzoek inzake vreemdelingen, gewijzigd bij het koninklijk besluit van 11 december 1980;

3° het koninklijk besluit van 10 juni 1994 waarbij de Rijksdienst voor Arbeidsvoorziening gemachtigd wordt contractuelen in dienst te nemen om te voldoen aan uitzonderlijke en tijdelijke behoeften aan personeel;

4° het koninklijk besluit van 9 juni 1997 tot uitvoering van artikel 7, § 1, derde lid, m), van de besluitwet van 28 december 1944 betreffende de maatschappelijke zekerheid der arbeiders betreffende de doorstromingsprogramma's, laatstelijk gewijzigd bij het koninklijk besluit van 3 juni 2007;

5° het besluit van de Waalse Regering van 6 november 1997 tot uitvoering van het decreet van 18 juli 1997 houdende creatie van een doorstromingsprogramma;

6° het koninklijk besluit van 11 juli 2002 tot vaststelling van de financiële tussenkomst vanwege het openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn in de loonkost van een gerechtigde op maatschappelijke integratie die wordt tewerkgesteld in een doorstromingsprogramma;

7° het koninklijk besluit van 14 november 2002 tot vaststelling van de financiële tussenkomst vanwege het openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn in de loonkost van een rechthebbende op financiële maatschappelijke hulp die wordt tewerkgesteld in een doorstromingsprogramma, gewijzigd bij de koninklijke besluiten van 16 mei 2003 en 1 april 2004;

8° het koninklijk besluit van 19 februari 2003 tot vaststelling van de voorwaarden waaronder werknemers ter beschikking kunnen worden gesteld van gebruikers in het kader van doorstromingsprogramma's, gewijzigd bij het koninklijk besluit van 10 mei 2007;

9° het koninklijk besluit van 6 februari 2007 houdende oprichting van de Federale Raad voor de Meerwaarden-economie, gewijzigd bij het koninklijk besluit van 19 maart 2007;

10° het koninklijk besluit van 25 februari 2007 tot aanwijzing van de organisaties bedoeld in artikel 4, 2° en 3°, van het koninklijk besluit van 6 februari 2007 houdende oprichting van de Federale Raad voor de Meerwaarden-economie, gewijzigd bij het koninklijk besluit van 19 maart 2007;

11° het koninklijk besluit van 27 april 2007 houdende de algemene uitvoeringsbepalingen van de maatregelen ten gunste van de tewerkstelling van jongeren in social profitsector voortspuitend uit de wet van 23 december 2005 betreffende het generatiepact, gewijzigd bij de koninklijke besluiten van 28 oktober 2008 en 31 mei 2009;

12° het koninklijk besluit van 30 april 2007 houdende vaststelling van de enveloppen bestemd voor de tewerkstelling van jongeren in de social profitsector en de verdeling ervan;

13° het ministerieel besluit van 31 mei 2007 tot uitvoering van artikel 82 van de wet van 23 december 2005 betreffende het generatiepact en tot vaststelling van de globale projecten in de sectoren die onder de bevoegdheid van de federale overheid vallen.

Art. 72 - Ongeacht alle andersluidende bepalingen worden nieuwe aanvragen om op grond van hoofdstuk VII van de wet van 5 september 2001 tot de verbetering van de werkgelegenheidsgraad van de werknemers een toelage te krijgen, vanaf het begrotingsjaar 2016 geweigerd.

De uiterlijk op 31 december 2015 goedgekeurde aanvragen om een toelage worden uitbetaald ten laste van de begroting van de Duitstalige Gemeenschap, binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen en onder de toen geldende voorwaarden, voor de dienovereenkomstig bepaalde periode.

Art. 73 - Ongeacht alle andersluidende bepalingen worden vanaf 1 juli 2016 geen nieuwe toeslagen vermeld in de artikelen 131, 131septies/1 en 131septies/2 van het koninklijk besluit van 25 november 1991 houdende de werkloosheidsreglementering meer toegekend.

De uiterlijk op 30 juni 2016 toegekende toeslagen worden uitbetaald ten laste van de begroting van de Duitstalige Gemeenschap, binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen, onder de toen geldende voorwaarden en voor de dienovereenkomstig bepaalde periode.

Art. 74 - De premies en toeslagen vermeld in de artikelen 36sexies, 131septies, 131octies en 131nonies van het koninklijk besluit van 25 november 1991 houdende de werkloosheidsreglementering die tot uiterlijk 30 juni 2016 toegekend werden, worden uitbetaald ten laste van de begroting van de Duitstalige Gemeenschap, binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen en overeenkomstig de toen geldende voorwaarden, voor de dienovereenkomstig bepaalde periode.

Art. 75 - Dit decreet heeft uitwerking met ingang van 1 januari 2016, met uitzondering van:

1° de artikelen 34, 1°, 73 en 74, die in werking treden op 1 juli 2016;

2° de artikelen 5, 19, 34, 2°, 37, 63 en 71, 1° en 4° tot 8°, die in werking treden op 1 oktober 2016;

3° de artikelen 41, 42, 3°, 43, 44, 1° tot 2°, 45, 46, 2°, 47, 48, 49, 50, 2°, 51, 52, 2° tot 6°, 53, 54, 55, 56 en 64, die in werking treden op een door de Regering te bepalen tijdstip.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

Eupen, 25 april 2016.

O. PAASCH

De Minister-President

I. WEYKMANS

De Viceminister-President, Minister van Cultuur, Werkgelegenheid en Toerisme

A. ANTONIADIS

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden

H. MOLLERS

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek

Zitting 2015-2016

Parlementaire stukken: 107 (2015-2016) Nr. 1 Ontwerp van decreet + Erratum

107 (2015-2016) Nr. 2 Verslag

Integraal verslag: 25 april 2016 - Nr. 26 Bespreking en aanneming

REGION WALLONNE — WALLONISCHE REGION — WAALS GEWEST

SERVICE PUBLIC DE WALLONIE

[C - 2016/27129]

12 MAI 2016. — Arrêté du Gouvernement wallon créant la réserve forestière « Das Hohnbachtal » à Hergenrath (La Calamine) et établissant son plan particulier de gestion

Le Gouvernement wallon,

Vu la loi du 12 juillet 1973 sur la conservation de la nature, l'article 6 modifié par le décret du 7 septembre 1989, les articles 21 et 22 modifiés par le décret du 11 avril 1984 et les articles 23 et 24;

Vu l'arrêté royal du 2 avril 1979 établissant le régime de gestion des réserves forestières, modifié par l'arrêté du Gouvernement wallon du 20 décembre 2007;

Vu le plan particulier de gestion de la réserve forestière « Das Hohnbachtal » à Hergenrath (La Calamine) établi par le Ministre de la Nature;

Vu l'avis du Conseil supérieur wallon de la conservation de la nature, donné le 2 septembre 2015;

Vu l'enquête publique sur le plan particulier de gestion de la réserve forestière « Das Hohnbachtal » à Hergenrath (La Calamine) organisée en vertu du Code de l'Environnement qui a été réalisée par la commune de La Calamine du 5 octobre 2015 au 4 novembre 2015;

Vu l'avis du collège provincial de la province de Liège, donné le 15 mars 2016;